

VIERTELJAHRSSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

HERAUSGEGEBEN VON HANS ROTHFELS
UND THEODOR ESCHENBURG

AUS DEM INHALT

EUGEN GERSTENMAIER

Der Kreisauer Kreis

ERNST NOLTE

Zeitgenössische Theorien über den Faschismus

HARALD SCHOLTZ

Die NS-Ordensburgen

DOKUMENTATION

Zur Formulierung der amerikanischen Besatzungspolitik
in Deutschland am Ende des Zweiten Weltkrieges

NOTIZEN / BIBLIOGRAPHIE

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR ZEITGESCHICHTE

Im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte München herausgegeben

von

HANS ROTHFELS und THEODOR ESCHENBURG

in Verbindung mit Theodor Schieder, Werner Conze, Karl Dietrich Erdmann,
Paul Kluge und Walter Bußmann

Schriftleitung: DR. HELMUT KRAUSNICK
Redaktion: HELLMUTH AUERBACH
8 München 27, Möhlstraße 26

INHALTSVERZEICHNIS

AUFSÄTZE

- Eugen Gerstenmaier* . . . Der Kreisauer Kreis 221
Ernst Nolte Zeitgenössische Theorien über den Faschismus 247
Harald Scholtz Die „NS-Ordensburgen“ 269

DOKUMENTATION

- Zur Formulierung der amerikanischen Besatzungspolitik in Deutschland am Ende des Zweiten Weltkrieges (*Günter Moltmann*) 299

- NOTIZEN 325

- BIBLIOGRAPHIE 41

Verlag: Deutsche Verlags-Anstalt GmbH., Stuttgart O, Neckarstr. 121, Tel. 43 36 51. Preis des Einzelheftes DM 9.- = sfr. 10.80; die Bezugsgebühren für das Jahresabonnement (4 Hefte) DM 30.- = sfr. 34.65 zuzüglich Zustellgebühr. Für Studenten im Abonnement jährlich DM 24.-. Erscheinungsweise: Vierteljährlich. Für Abonnenten, die auch die „Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte“ im Abonnement beziehen (2 Bände im Jahr), beträgt der Abonnementspreis im Jahr DM 44.-; für Studenten DM 38.- (zuzüglich Versandkosten). Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen und der Verlag entgegen.

Geschäftliche Mitteilungen sind nur an den Verlag zu richten.
Nachdruck nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verlages gestattet.

Das Fotokopieren aus VIERTELJAHRSHEFTE FÜR ZEITGESCHICHTE ist nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verlages gestattet. Sie gilt als erteilt, wenn jedes Fotokopierblatt mit einer 10-Pf-Wertmarke versehen wird, die von der Inkassostelle für Fotokopiergebühren, Frankfurt/M., Großer Hirschgraben 17/19, zu beziehen ist. Sonstige Möglichkeiten ergeben sich aus dem Rahmenabkommen zwischen dem Börsenverein des Deutschen Buchhandels und dem Bundesverband der Deutschen Industrie vom 14. 6. 1958. – Mit der Einsendung von Beiträgen überträgt der Verfasser dem Verlag auch das Recht, die Genehmigung zum Fotokopieren gemäß diesem Rahmenabkommen zu erteilen.

*Diesem Heft liegen zwei Prospekte des R. Oldenbourg Verlags, München,
ein Prospekt der Nymphenburger Verlagshandlung, München,
ein Prospekt der Arbeitsgemeinschaft Jahrbuch für Geschichte der oberdeutschen Reichsstädte,
Esslingen,
und ein Prospekt der Deutschen Verlags-Anstalt, Stuttgart, bei.*

Druck: Deutsche Verlags-Anstalt GmbH., Stuttgart

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR ZEITGESCHICHTE

15. Jahrgang 1967

3. Heft/Juli

EUGEN GERSTENMAIER

DER KREISAUER KREIS

Zu dem Buch Gerrit van Roons „Neuordnung im Widerstand“¹

Vorbemerkung des Herausgebers

Für das 3. Heft des Jahrganges 1964, das ganz im Zeichen der zwanzigjährigen Wiederkehr des 20. Juli stand, bat der Unterzeichnete Dr. Eugen Gerstenmaier um einen Aufsatz über den Kreisauer Kreis, damit sein auf naher Beteiligung beruhendes Erinnerungsbild für dies wichtige Thema fruchtbar gemacht werden könnte. Es geschah das in voller Kenntnis der Tatsache, daß seit längerem schon eine große, übrigens vom Institut für Zeitgeschichte geförderte, Forschungsarbeit über Kreisau im Gange war. Jeder intimere Beitrag dazu konnte nur willkommen sein.

Der Bundestagspräsident war aus begreiflichen Gründen der Überlastung nicht in der Lage, der damaligen Bitte zu entsprechen. Um so mehr begrüßen wir es, daß die Veröffentlichung des lange erwarteten Buches von G. van Roon ihn zur Feder greifen ließ. Es handelt sich im folgenden nicht im technischen Sinne um eine Besprechung dieses Buches – von Einzelbesprechungen auch wichtiger Neuerscheinungen sehen die Vierteljahrshefte prinzipiell ab –, sondern um teils zustimmende, teils kritische Ergänzungen und Kommentierungen aus eigener Erfahrung und eigener Sicht, die – noch eben rechtzeitig für die Veröffentlichung im Juli-Heft – anstelle des früher geplanten Aufsatzes treten mögen.

H. R.

„Der deutsche Widerstand machte es nach dem Kriege möglich, wieder mit Deutschland zusammenzuarbeiten.“ Das ist eine von neunzehn Thesen, mit denen der holländische Historiker Gerrit van Roon vor der Freien Universität in Amsterdam in öffentlicher Disputation seine Doktorarbeit verteidigte. Sie hat in Holland Aufsehen erregt, weil damit vielen, die es nicht wußten – und wohl auch manchem, der es nicht wissen wollte – in das Bewußtsein gerufen wurde, daß es zu Hitlers Zeiten auch ein anderes Deutschland gab und was es damit auf sich hatte.

Die politische Bedeutung der Arbeit van Roons darf auch dann nicht unterschätzt werden, wenn man der genannten These – gerade als Deutscher – mit kritischer Zurückhaltung begegnet. Was daran wahr ist, habe ich in vielen Teilen der Welt unmittelbar erfahren. Die Tatsache, daß es einen entschlossenen Widerstand auch von Deutschen gegen Hitler und seine Welt gab, ermöglichte tatsächlich vielen

¹ München, R. Oldenbourg Verlag 1967, 652 S.

Ausländern erst wieder eine neue fruchtbare innere und äußere Beziehung zu Deutschland. Aber man muß sich natürlich darüber klar sein, daß der Zwang welt-politischer Realitäten die Zusammenarbeit mit Deutschland noch in ganz anderer Weise gefördert hat als die nur langsam und partiell wachsende Einsicht in den deutschen Widerstand. Die Einigung Europas und die Abwehr des sowjetrussischen Nachkriegsimperialismus machten die Einbeziehung Deutschlands in die organisierte Gemeinschaft der freien Welt auch in deren Interesse einfach notwendig.

Beides wurde jedoch dadurch erleichtert, daß sich im Nachkriegsdeutschland Köpfe fanden, die in ihrer Person das andere Deutschland repräsentierten. In der Begegnung mit ihnen gewannen führende politische Persönlichkeiten des Auslandes oft den ersten nachhaltigen Eindruck vom deutschen Widerstand und stießen damit auf ein erstes wirksames Korrektiv des damals gängigen, rein negativen Pauschalurteils über die Deutschen. Das fand nicht selten auch einen publizistischen Niederschlag. So schrieb Allan Dulles, der einflußreiche Bruder des amerikanischen Außenministers, das erste zusammenfassende Buch über den deutschen Widerstand² und John J. McCloy jun., der Sohn des ehemaligen amerikanischen Hochkommissars, veröffentlichte Jahre später – nachhaltig bestärkt von seinen Eltern – die respektvolle Studie „Die Verschwörung gegen Hitler“³. Ähnliche Berichte und Würdigungen gibt es auch aus der Feder englischer und französischer Historiker und Publizisten⁴. Die politische Wirkung der so entstandenen Literatur darf für die Beurteilung Deutschlands alles in allem denkbar positiv veranschlagt werden, auch wenn man davon ausgehen kann, daß Churchill und einige andere führende Staatsmänner schon zuvor gescheit genug waren, Thesen wie denen Shirers zu mißtrauen, daß die Deutschen schon ihrer Natur nach potentielle Nazis, im Goebbels-Jargon „Untermenschen“ seien⁵.

Van Roon hat sich mit seinem Werk, sowohl was Gründlichkeit der Forschung wie Noblesse der Gesinnung anbelangt, in die erste Reihe der Ausländer gestellt, die über das andere Deutschland berichtet haben. Sein Buch ist die sorgfältige Gegenwehr eines kritischen Ausländers gegen das Schwarz in Schwarz eines noch immer weit verbreiteten Deutschlandbildes. Darin liegt seine unmittelbare politische Bedeutung. Seine *historische* Bedeutung ist jedoch noch größer. Mit seinen

² Allan Welsh Dulles, *Germany's Untergrund*, New York 1947; deutsche Übersetzung: *Die Verschwörung in Deutschland*, Kassel 1949.

³ John J. McCloy jun., *A gift to Germany's future*; deutsche Übersetzung: *Die Verschwörung gegen Hitler – Ein Geschenk an die deutsche Zukunft*, Stuttgart 1963.

⁴ Terence Prittie, *Germans against Hitler*, Boston u. London 1964; deutsche Übersetzung: *Deutsche gegen Hitler, Eine Darstellung des deutschen Widerstands gegen den Nationalsozialismus während der Herrschaft Hitlers*, Tübingen 1965. – Alain Desroches, *Opération Walkyrie*, Paris 1966. Und schon vorher die Darstellung des führenden französischen Historikers Maurice Baumont, *La grade conjuration contre Hitler*, Paris 1963.

⁵ William L. Shirer, *The Rise and Fall of the Third Reich, A history of Nazi Germany*, New York 1960; deutsche Übersetzung: *Aufstieg und Fall des Dritten Reiches*, Köln, Berlin 1961. Vgl. dazu: Klaus Epstein, Shirers „Aufstieg und Fall des Dritten Reiches“, in dieser Zeitschrift 10 (1962), S. 95–112.

475 Seiten Text und seiner 120 Seiten starken Dokumentation bringt das Buch eine solche Fülle auch bislang unbekanntem Materials, daß die zukünftige Geschichtsschreibung darüber nicht mehr hinweggehen kann.

Gerrit van Roon hat damit erst zureichende Voraussetzungen für die künftige historische Behandlung jenes Teiles des deutschen Widerstandes geschaffen, der als Kreisauer Kreis bekannt geworden ist. Bislang haben die Kreisauer in der Darstellung des deutschen Widerstandes ein mehr oder weniger idealisiertes oder verzeichnetes, mehr oder weniger richtiges oder widersprüchliches Kapitel eingenommen. Mehr als jede andere Gruppe des deutschen Widerstandes waren sie der subjektiven Deutung und Mißdeutung ausgesetzt; auch hat sich mancher Schriftsteller wenig Mühe mit dem tatsächlichen historischen Sachverhalt gegeben.

I

Eine Hauptursache dafür war freilich, daß die *Quellen* für die Beschreibung des Kreisauer Kreises vor der Untersuchung van Roons unbefriedigend, ja schlecht erschlossen waren. Zwar hat sich der Kern des Kreisauer Kreises auf einige schriftlich niedergelegte Grundsatzserklärungen geeinigt, die von dokumentarischer Bedeutung für den ganzen Kreis sind. Dazu zählen vor allem die 1949 von Theodor Steltzer veröffentlichten Grundsätze für die Neuordnung des deutschen politischen Lebens nach dem Ende der Herrschaft des Nationalsozialismus⁶. Unter der Federführung Moltkes waren im Sommer 1943 die zum Teil jahrelangen Gespräche, Diskussionen und Erwägungen der Kreisauer in dieser Grundsatzserklärung zusammengefaßt worden. Sie stellt zwar auch kein in der einzelnen Formulierung unbedingt verbindliches Dokument dar, aber sie ist doch ein weithin gemeinsam verfaßter Extrakt der Übereinstimmungen, die zwischen den Mitgliedern des Kreisauer Kreises bestanden und die sich zu einer politischen Programmatik verdichtet haben. Auch nach der Verhaftung Moltkes im Januar 1944 wurde daran bis in den Sommer 1944 hinein weitergearbeitet. Zu einer vollständig durchgeführten und gemeinsam verabschiedeten Schlußfassung ist es jedoch durch die Ereignisse des Sommers 1944 nicht mehr gekommen.

Van Roon hat nun in sechsjähriger mühevoller Arbeit ein historisches Material zusammengetragen, geprüft und gesichtet, das weit darüber hinaus Aufschluß gibt über die im Kreisauer Kreis sich begegnenden und verbindenden Denkweisen. Neben der genannten Grundsatzserklärung und einigen Aufzeichnungen ähnlichen Ranges finden sich in dem Dokumentationsteil van Roons eine Reihe von Texten, die von Bedeutung sind für die Orientierungsversuche der Kreisauer in den verschiedensten Bereichen. Sie sind mehr Fragment als fertiger Beschluß. Es finden sich darunter Ausarbeitungen zur Wirtschafts- und Außenpolitik von Mitgliedern und sachverständigen Mitarbeitern des Kreises⁷. Sie stammen zum größeren Teil aus den Jahren 1941 bis 1942 und dienten dem Kern des Kreises als Stützen für seine eigene politische Willensbildung. Ein verbindlicher Beschluß darüber ist nur

⁶ Theodor Steltzer, *Von deutscher Politik*, Frankfurt/M. 1949, S. 156ff.

⁷ van Roon, S. 498ff.

in einzelnen Fällen zustande gekommen. Deshalb können diese Papiere nur mit Vorbehalt für die Darstellung der tatsächlichen politischen Programmatik des Kreises herangezogen werden.

Ein Mangel, der sich für die Geschichtsschreibung über den Kreisauer Kreis höchst nachteilig auswirkt – das beweist auch das Buch van Roons – ist die Tatsache, daß es über das enge Zusammenwirken der in Berlin ansässigen Mitglieder des Kreisauer Kreises keine Protokolle gibt. Dieses über einige Jahre sich erstreckende Zusammenleben mit seiner oft täglichen Begegnung und wöchentlichen Diskussion war nach meinem Eindruck am wichtigsten für die Arbeit des Kreises.

Ein gewissenhafter Historiker, wie van Roon es ist, wäre auf die mehr oder weniger klaren Erinnerungen der wenigen überlebenden Mitglieder des Kreisauer Kreises aus jenen Jahren angewiesen, wenn nicht Helmuth von Moltke ein ausgezeichneter Briefschreiber gewesen wäre. Die Briefe, die er in den Jahren 1940/1941 mit einem anderen führenden Kopf des Kreisauer Kreises, mit Peter Graf Yorck von Wartenburg, gewechselt hat, zeigen die Grundsteinstellung beider in den Kernfragen ihrer politischen und geistigen Existenz⁸. Diese Briefe sind zwar ohne praktische Bedeutung für die spätere politische Programmatik des Kreisauer Kreises, aber sie werfen doch ein bezeichnendes Licht auf charakteristische Fragestellungen der Kreisauer überhaupt.

Als Quelle für die politische Arbeit des Kreises wichtiger sind jedoch die Briefe, die Moltke in den Jahren 1941 bis zu seiner Verhaftung an seine Frau geschrieben hat. Sie saß mit ihren beiden kleinen Söhnen auf dem Familiengut in Kreisau in Schlesien. Sie trug die Sorge für Haus und Hof. Aber sie, eine weltkundige Juristin, nahm auch lebhaften Anteil an jeder Phase der geistigen Entwicklung ihres Mannes und seines politischen Wirkens. Ihm war es ein Bedürfnis, mit ihr in dauernder auch gedanklicher Verbindung zu sein. Daraus und nicht eigentlich unter historischen Gesichtspunkten erklären sich seine Briefe an seine Frau. Sie waren ein Wagnis, weil sie jeden von uns Kreisauern schon lange vor dem 20. Juli 1944 um Kopf und Kragen hätten bringen können, wenn auch nur einer dieser Briefe in unrechte Hände gefallen wäre. Das geschah zum Glück nicht. Freya von Moltke wußte sie durch alle Fährnisse und Nachstellungen hindurch sicher zu schützen.

Van Roons Buch hätte ohne diese Briefe schwerlich geschrieben werden können. Aber sie sind keine Protokolle. Sie sind partielle Kommentare, nicht für die Veröffentlichung geschrieben und wahrscheinlich noch nicht einmal als Gedächtnisstützen für zukünftige literarische Bearbeitungen gedacht. Es sind spontane, persönliche, oft emotionale Bemerkungen, wie sie zwischen einem Ehepaar üblich sind, das sich nicht nur in der gemeinsamen Sorge um Haus und Familie einig weiß, sondern auch in einer größeren Sache. Für den Historiker sind diese Briefe dennoch eine wichtige Quelle. Aber sie reichen bei weitem nicht aus, um ein objektives, zureichendes Bild vom ganzen zu geben. Diese Briefe sind zugleich eine Ursache dafür, daß aus van Roons Buch mehr eine Biographie Helmuth von Moltkes als eine streng historische Monographie über den Kreisauer Kreis geworden

⁸ A. a. O., S. 475 ff.

ist. Auch dies ist ein verdienstvolles Ergebnis. Denn die Gestalt Helmuth von Moltkes verdient ihrem menschlichen Range wie ihrer geschichtlichen Bedeutung nach seit langem eine ihr angemessene große Biographie. Für eine solche bietet van Roon's Buch eine solche Fülle wichtigen Materials, daß sein Untertitel besser heißen würde „Helmuth James Graf von Moltke im deutschen Widerstand“ statt „Der Kreisauer Kreis innerhalb der deutschen Widerstandsbewegung“.

Unter biographischen Aspekten wird vieles auch von dem, was van Roon zur Vorgeschichte des Kreisauer Kreises bringt, interessant, während es für die Geschichte der Kreisauer selbst, für ihre politische Programmatik und ihr politisches Handeln nur einen begrenzten Wert hat. So ist z. B. die Boberhaus-Epoche des jungen Jurastudenten Helmuth von Moltke unzweifelhaft biographisch reizvoll und interessant. Für den Kreisauer Kreis, für seine politische Gestalt und Aktion aber ist sie nur von ähnlicher Bedeutung wie etwa die literarischen und philosophischen Versuche der Primaner Carlo Mierendorff und Theo Haubach in ihrer stürmischen Darmstädter Zeit, Adam von Trotts Hegelstudium oder meine eigene studentische und jugendbewegte Vergangenheit. Gewiß war das alles wichtig für unser persönliches geistiges Werden, für die Geschichte des Kreisauer Kreises und sein politisches Handeln aber ist es ohne unmittelbare Bedeutung.

In dem Bemühen, die Wurzeln freizulegen und die Quellen aufzuzeigen, aus denen sich der Versuch der Kreisauer nährte, hat der holländische Historiker vieles mit unendlichem Fleiß zusammengetragen und oft auch mit Kunst dargestellt. Von größeren Arbeiten konnte er sich auf Steltzer's Buch „Von deutscher Politik“⁹ und seine Autobiographie¹⁰ stützen sowie auf die Biographien Reichweins¹¹ und Schulenburgs¹² und einen Bericht van Husens aus dem Jahre 1945¹³. Von den kleineren biographischen Arbeiten und einschlägigen Monographien ist ihm entweder nicht alles zur Kenntnis gekommen oder er hat keinen Gebrauch davon gemacht. Hilfreich erwies sich auch für van Roon die Materialsammlung, die Clarita von Trott zu Solz, die Witwe Adam von Trotts, angelegt hat, um das Andenken an ihren Mann zu pflegen.

Im übrigen aber war van Roon angewiesen auf die Antworten, die er auf seine Fragen zu Einzelheiten bekam, und auf mündliche zusammenhängende Berichte und Erzählungen, für die ihm insbesondere die Gräfinnen Moltke und Yorck, aber wohl auch Steltzer, Rösch und Poelchau zur Verfügung standen. Diese Befragungen erbrachten eine wesentliche Bereicherung des historischen Materials. Daß dabei nach 20 Jahren auch Irrtümer unterliefen, ist verständlich. Ich gestehe, daß van Roon's geduldige Arbeit mein eigenes Erinnerungsvermögen in vielen Einzelheiten erst wieder so geschärft hat, daß ich dazu Stellung nehmen kann.

⁹ S. Anm. 6.

¹⁰ Theodor Steltzer, *Sechzig Jahre Zeitgenosse*, München 1966.

¹¹ James Henderson, *Adolf Reichwein*, Stuttgart 1958, vgl. van Roon S. 100, Anm. 1.

¹² Albert Krebs, *Fritz Dietloff Graf v. d. Schulenburg, Zwischen Staatsraison und Hochverrat*, Hamburg 1964.

¹³ Paulus van Husen, *Report on my participation in the enterprise of the 20 July 1944*; geschrieben 18. 10. 1945 (unveröffentlicht).

Obwohl vieles – insbesondere auch die Faszination, die Helmuth von Moltke auf van Roon ausübt – dafür sprach, sich auf eine Moltke-Biographie zu beschränken, wollte van Roon zweifellos von Anbeginn ein Buch über den Kreisauer Kreis schreiben. Den Rahmen dafür hat er weit, in manchem zu weit gezogen. In neunzehn mehr oder weniger geglückten Einzeldarstellungen hat er die geistige und politische Herkunft der Kreisauer darzustellen versucht. Im Vergleich zu seiner breiten und von Bewunderung getragenen Darstellung Helmuth von Moltkes sind die meisten dieser Darstellungen Kurzporträts, zuweilen wirken sie wie ein Blick in die Komparserie. In einer Biographie Moltkes wäre das durchaus vertretbar. In einer Darstellung des Kreisauer Kreises ist es gefährlich, weil es mit den Proportionen auch die Relationen verschiebt und dadurch zu einem nicht unproblematischen Gesamtbild führt. Insofern ist das Buch nicht ausgewogen. Die Vielfalt des biographischen und problemgeschichtlichen Materials wird zur Gefahr bei der Nachzeichnung der Strukturen und politischen Willenssetzungen des Kreises. Insbesondere der Teil V des Buches, in dem die Auffassungen des Kreises und seiner Mitglieder in den Bereichen der Kulturpolitik, des Staates, der Wirtschaft, der Agrarwirtschaft und der Außenpolitik wiedergegeben werden, ist mit historischen Vergewärtigungen so überlastet, daß dadurch die auf die Tat hin gespannte Energie des Kreises eher verdunkelt als erhellt wird.

Ohne Frage hat van Roon sich große Mühe damit gemacht, diese Auffassungen auch in ihrer ideengeschichtlichen Besonderheit zur Darstellung zu bringen, indem er sie von den allgemeinen und traditionellen Auffassungen abhebt. Es gelingen ihm dabei zuweilen ausgezeichnete problemgeschichtliche Abrisse¹⁴. Für den Sachkundigen bringen diese Exkurse jedoch nichts Neues, während sie für den Nichtsachkundigen in mancher Hinsicht deshalb nicht unbedenklich sind, weil sie Verkürzungen und Formulierungen enthalten, die für den näher Vertrauten schwer erträglich sind. Wenn van Roon in einem solchen Exkurs über das Verhältnis von Kirche und Staat z. B. die Zwei-Reichelehre Luthers charakterisiert und dabei den lapidaren Satz formuliert: „Die Kirche ist der berufene Zensor des Staates“¹⁵, so verfällt er damit einem in historischer wie theologischer und politischer Hinsicht gleich verhängnisvollen Irrtum.

Die Anlage dieses problemgeschichtlichen V. Teils bei van Roon legt die Vermutung nahe, daß hier der Historiker dem Pädagogen weichen mußte. Für das Buch und seinen Leserkreis halte ich das für keinen Vorteil. Es bekommt dadurch zuviel Ballast.

Aber auch diese breiten allgemeinen Partien des Buches verbergen nicht, wie sehr es von der Gestalt Helmuth von Moltkes her und auf sie hin geschrieben ist. Nun ist zwar der Kreisauer Kreis ohne Helmuth von Moltke nicht zu denken. Er war sein Initiator und seine führende und zusammenhaltende Kraft. Aber der Kreis als solcher ist dennoch nicht richtig gezeichnet, wenn seine Mitglieder mehr oder weniger als Beigeordnete des Grafen Moltke oder allenfalls des Paares Moltke-Yorck

¹⁴ Zum Beispiel der Abschnitt über die Schul- und Bildungspolitik (S. 356 ff.).

¹⁵ van Roon, S. 349.

erscheinen. In dieser Beziehung muß ich vor allem im Blick auf Gestalten wie Carlo Mierendorff, Adam von Trott zu Stolz, Adolf Reichwein und Theo Haubach Einwände erheben. Unzweifelhaft hat Helmuth von Moltke den Kreis geführt. Er tat es durch seine unermüdliche planvolle Vorarbeit und seine Bemühungen um Systematik und weitgespannte Organisation. Aber es war die Führung eines Teams, das aus selbständigen Köpfen bestand, von denen jeder wußte, was er wollte, und die über Arbeits- und Wirkungsbereiche verfügten, in die Moltke selbst oft eine nur begrenzte Einsicht hatte. Nicht nur Moltkes Führung, sondern der ganze Charakter des Zusammenwirkens der Kreisauer ist mißverstanden, wenn van Roon z. B. davon spricht, daß obwohl Moltke bei der Führung des Kreises „streng sein konnte und keine Seitensprünge erlaubte, die anderen sich dieser Führung gefügt haben“¹⁶. Das taten sie, aber jeder blieb dabei ein freier Mann. Es gab nicht einmal Mehrheitsbeschlüsse, sondern nur freie Übereinkünfte. Was dabei herauskam, war nicht perfekt, es schuf jedoch eine breite Basis für alle.

Die Frage, wer eigentlich zum Kreisauer Kreis gehörte, ist bislang nicht abschließend beantwortet. Van Roon charakterisiert in seinen neunzehn Porträts Persönlichkeiten, die ein sehr unterschiedliches Verhältnis zu dem Kreis besaßen. Eine formelle Mitgliedschaft gab es nie. Man begegnete sich, man wirkte zusammen in größerer oder geringerer Intensität und Lebensdichte, aber auch in verschiedener Funktion. An den wöchentlich oft mehrfach stattfindenden Begegnungen der in Berlin lebenden Mitglieder des Kreises nahmen von 1942 bis 1944 regelmäßig teil Moltke, Yorck, Reichwein, Mierendorff, Trott, Haubach, van Husen und ich. Steltzer war immer zugegen, wenn er von Norwegen kommend in Berlin war. König lernte ich nur als Kurier von Rösch und Delp kennen, Poelchau trat nach seiner Beteiligung an der ersten Kreisauer Tagung zu Pfingsten 1942 erst später im Gefängnis von Tegel wieder mit uns in regelmäßigen Kontakt. Haeflens hielt sich teils aus Sicherheits-, teils aus gesundheitlichen Gründen von den meisten Abend-sitzungen im Hause Moltkes oder Yorcks fern, und Lukaschek habe ich erst nach dem Kriege persönlich kennengelernt. Von Schmolders und Peters habe ich nur als geschätzten Experten reden hören, während Einsiedel und Trotha unregelmäßig, aber nicht ganz selten zugezogen wurden. Delp habe ich bei der zweiten Tagung in Kreisau kennen- und sogleich schätzengelert. Von Rösch hörte ich zwar oft, bekam ihn selbst aber erst nach dem Krieg zu Gesicht. Gelegentlich trafen wir uns auch mehr oder weniger vollständig im Hause van Husens, in der Wohnung von Trotts oder bei mir. Ich erinnere mich auch an einige Gespräche im Hause von Haeflens.

Von besonderer Erlebnisdichte war für mich die enge Lebensgemeinschaft mit Yorck und Moltke im Herbst und Winter 1943/44. Die Royal Air Force hatte uns dazu verholfen, indem sie Moltkes und meine Wohnung in derselben Nacht ausbombte. Peter Yorck nahm uns beide sogleich gastfreundlich auf. Nahezu alles, was ich über die Kreisauer zu berichten habe, bezieht sich im wesentlichen auf diesen engsten Kreis.

¹⁶ Ebenda, S. 287.

Ich habe Bedenken dagegen, so wie van Roon es tut, Julius Leber zum Kreisauer Kreis zu zählen. Man tritt Leber damit nicht zu nahe. Meines Wissens nahm er nicht ein einziges Mal an den Sitzungen des Kreises selbst teil. Er schickte zwar seinen ihm sehr nahestehenden Freund Hermann Maass zu den Tagungen nach Kreisau, aber ich hatte auch auf Grund der unmittelbaren Begegnung mit Leber immer wieder den Eindruck, daß er sich nicht ohne weiteres in die Kreisauer Programmatik und Denkweise einbeziehen ließ. Er stand ihr immer frei gegenüber. Dieses Gegenüber war nicht gegensätzlicher, aber es war in vielem anderer Art. Es ließ sich, wenn man nicht fünf gerade sein lassen wollte, in wichtigen Fragen der Wirtschafts- und der Innenpolitik auch nicht einfach mit den Kreisauer Vorstellungen synchronisieren.

Mit mindestens dem gleichen Recht wie Julius Leber müßte in der Aufstellung van Roons Fritz Graf von der Schulenburg erscheinen. Er war weit öfter unter uns als Leber, König, Peters, und mancher andere, der zu Recht dem Kreise zugezählt wird. Wir haben von ihm, dem ausgezeichneten Verwaltungsfachmann, viele Anregungen empfangen. Eines seiner Lieblingsthemen war die Neugliederung der Länder und der Verwaltungsaufbau nach dem Krieg. Die bei van Roon zitierte Karte der Neueinteilung der Länder ist von Schulenburg entworfen worden¹⁷. Ich erinnere mich, wie er mich nicht ohne Stolz einmal vor das großgezeichnete Original dieser Karte in seinem Amtszimmer führte.

Wichtiger für uns war Schulenburg jedoch als ein Verbindungsmann „zu den Generälen“. Er war ein unbeirrbarer Dränger und Mahner zur Tat. Ihm war es niemals genug, Pläne und Karten zu entwerfen. Er, der ehemalige Nationalsozialist, hielt die Beseitigung Hitlers und seiner Leute schon verhältnismäßig früh für unerlässlich. Auch er war so sensibel, daß ihm vor dem, was er dazu für notwendig hielt, eher ekelte als graute. Aber er erlaubte sich nicht, diesem Ekel nachzugeben. Er arbeitete in immer neuen Varianten an der Ermöglichung der Tat. Ich stimmte darin völlig mit ihm überein. Hingegen war ich mit seinen Ideen zur Reichsreform¹⁸ nicht recht einverstanden. Sie waren mir damals nicht so wichtig, auch deshalb nicht, weil ich immer wieder die Erfahrung machte, daß es darüber (übrigens nicht nur mit den Bayern) zu Streitigkeiten kam, die ich zu jener Zeit für unnötig hielt. Überhaupt versprach ich mir von der Verwaltungsreform nicht ganz soviel wie die Verwaltungsfachleute, unter denen Steltzer und Schulenburg obenan standen.

Daß diese Vielfalt selbständiger Köpfe sich nahezu unablässig mindestens zwei Jahre hindurch nicht nur zur politischen Diskussion, sondern auch zur systematischen Arbeit verband, ist in erster Linie das Verdienst Helmuth von Moltkes. Wir wichen keiner Frage von Bedeutung dabei aus, obwohl wir nicht selten große Mühe hatten, zu praktikierbaren Ergebnissen zu kommen. Einige Meinungsverschieden-

¹⁷ Ebenda, S. 396.

¹⁸ Vgl. W. Münchheimer, Die Verfassungs- und Verwaltungsreformpläne der deutschen Opposition gegen Hitler am 20. 7. 1944; in: Europa-Archiv 5 (1950), S. 3188–3200. Siehe auch: Albert Krebs, a. a. O., S. 269ff.

heiten – auch solche von Gewicht – blieben trotz des guten Willens aller Kreisauer zwischen uns bestehen.

Wir besitzen z. B. einen Aufruf Mierendorffs vom 14. 6. 1943 zu einer sozialistischen Aktion¹⁹. Es lohnt sich, diesen Aufruf genauer anzusehen, weil sich dabei zeigt, wie vielköpfig und selbständig die Kreisauer unter Moltkes Führung immer waren und geblieben sind. Mierendorff hat seinen Aufruf verfaßt, während die anderen führenden Mitglieder des Kreises in Kreisau tagten und dort die Grundzüge formulierten

- a) für die innere Neuordnung Deutschlands;
- b) für eine deutsche Außenpolitik der Nachkriegszeit;
- c) für die Bestrafung der Rechtsschänder;
- d) für eine erste Weisung an die Landesverweser, d. h. an die einstweiligen Länderchefs, einschließlich der eventuell besetzten Gebiete Deutschlands.

Im Unterschied zu diesen Grundsatzserklärungen blieb Mierendorffs Aufruf ohne programmatische Verbindlichkeit für den Kreisauer Kreis. Mierendorff selber kam es mit seinem Aufruf auch weniger auf die politische Programmatik an als auf die Förderung des Staatsstreichs. Ihm ging es einfach nicht energisch genug vorwärts. Er drängte zum Handeln. Er war unzufrieden mit den Generalen, aber er wollte sich auch nicht begnügen mit der Planungsarbeit der Kreisauer. Der politische Gehalt des Aufrufs Mierendorffs vom Juni 1943 kann in wichtigen Teilen mit den Vorstellungen des Kreisauer Kreises als solchem zur Deckung gebracht werden. Aber das ist in anderen wichtigen Teilen ganz unmöglich. So sehr die Kreisauer sich insbesondere auch mit Hilfe von Schmölders um eine von den Sozialisten wie von den Nichtsozialisten zu akzeptierende neue Formulierung der Wirtschaftspolitik bemühten, so wenig hätten sie sich z. B. doch als ganzes für die von Mierendorff proklamierte „Enteignung der Schlüsselbetriebe der Schwerindustrie . . . als Grundlage der sozialistischen Ordnung der Wirtschaft“²⁰ ausgesprochen.

Ähnliche bis zum Schluß nicht überwundene Meinungsverschiedenheiten gab es im Kreis z. B. in der Frage der christlichen Gemeinschafts- oder Bekenntnisschule. Van Husen und Lukaschek vertraten mit Demut, aber Beständigkeit die Forderung nach der Bekenntnisschule. Die Mehrheit der Kreisauer hingegen war von Anfang an für die christliche Gemeinschaftsschule²¹. Der Konflikt wurde nie gelöst. Ungeachtet der Unterschiede, die in diesen Fragen sowie in der Frage der Neugliederung der Länder nicht ausgeräumt wurden, war die politische Programmatik der Kreisauer im Herbst 1943 jedoch so weit geklärt und abgeschlossen, daß sie eine hinreichende Grundlage abgegeben hätte für die Regierungserklärung einer neuen deutschen Regierung. Daraufhin war sie angelegt, das war ihr praktischer Zweck. Dennoch sind die Kreisauer Dokumente nicht nur ihrer Absicht, sondern ihrem Gehalt nach noch etwas anderes als der Entwurf eines Koalitionspapiers für den Tag X.

¹⁹ van Roon, S. 589f.

²⁰ Punkt 5) im Aufruf Mierendorffs v. 14. 6. 1943.

²¹ Vergleiche van Roon, S. 359.

II

„Die Schilderung des Grafen von Moltke, die nach dem Kriege von seinen englischen Freunden gegeben wurde, hat zu einer Legendenbildung beigetragen, die abgelehnt werden muß.“ Dies ist eine der Thesen van Roons aus seiner Doktordisputation. Er belegt sie Stück für Stück in seinem Buch. Sie richtet sich gegen die von Lionel Curtis in die Welt gesetzte fatale Idealisierung der Kreisauer, insbesondere Moltkes²². Vielleicht wäre es van Roon geglückt, dieser Idealisierung, die da und dort sogar zu einer Art von Mythologisierung führte, den Garaus zu machen. Ich fürchte jedoch, daß er sich selbst um diesen Erfolg gebracht hat, weil er auf halbem Wege stehenblieb.

Curtis hat, als er die letzten Briefe Moltkes zum erstenmal herausgab, unsere gemeinsame Einlassung vor dem Volksgerichtshof und der Gestapo für bare Münze genommen und guten, aber einfältigen Glaubens zumindest um Helmuth von Moltkes Stirn den Kranz des Märtyrers gewunden. Wir hätten „nichts getan“, wir hätten keine Gewalttätigkeit im Schilde geführt, wir hätten „nur gedacht“. Daraus wurde dann jenes Bild der märtyrergleichen Christen vor den Despoten des Hitleriums. Es war ebenso schön wie falsch. Lionel Curtis war sich, als er jene letzten Briefe Moltkes zum erstenmal veröffentlichte, nicht bewußt, daß Moltkes Bericht an seine Frau über die Verhandlung vor dem Volksgerichtshof so abgefaßt war, daß er unsere Verteidigungsthese nicht gefährden konnte. Zwischen unserer Verteidigungsthese und dem, was wir wirklich wollten und taten, war jedoch ein profunder Unterschied. Wir können nicht geltend machen, jenem Gericht „die Wahrheit“ gesagt zu haben. Wir taten das Gegenteil. Hätten wir anders gehandelt, hätten wir viele unserer Freunde, unserer Verwandten und Gefährten mit uns in den Abgrund gerissen. Außerdem waren wir uns völlig darüber im klaren, vor wem wir standen. Unabhängiges Gericht? Recht? Wahrheit? Von all dem war hier die Rede nicht. Es ging um die Fortsetzung des Kampfes mit anderen Mitteln. Es ging um unseren Kopf und die Köpfe vieler anderer. Das klingt nicht erhaben. Aber das war die Wirklichkeit, vor die wir gestellt waren. Sie hatten wir zu bestehen.

Der Gräfin Moltke, an die jene Briefe und Berichte ihres Mannes gerichtet waren, war das ebenso bewußt wie allen anderen Kreisauern und ihren Angehörigen. Deshalb war es ganz unnötig, das in jenen Briefen auch noch ausdrücklich darzulegen. Zudem wäre es gefährlich gewesen, da dieser Bericht Moltkes ebenso wie die Manuskripte Delps und meine Briefe aus dem Gefängnis herausgeschmuggelt werden mußten. Dennoch ist jener Bericht Moltkes im Entscheidenden wahr. Er bringt den unüberbrückbaren Gegensatz zwischen den Kumpanen Hitlers und dem anderen Deutschland vielleicht noch markanter heraus, als er in den Verhandlungen zutage trat, die Freisler gegen andere Mitglieder des Widerstandes – z. B. gegen Graf Yorck, von Haeften und Wimmer – führte.

Zwischen Freisler und Moltke war es bei der Verhandlung zu einer zwar knappen, die letzten Beweggründe unseres Handelns aber doch scharf beleuchtenden Aus-

²² Lionel Curtis, *A German of the Resistance, The last letters of Count Helmuth James von Moltke*, in: *Round Table* 38 (1945/46), S. 215–231.

einandersetzung gekommen. Im übrigen hatte Freisler den Vorwurf des Landesverrats, ja sogar der erwiesenen Teilnahme an einem hochverräterischen Unternehmen zumindest gegen uns beide, sowie gegen Fürst Fugger und Dr. Reisert, fallen lassen. Insofern hatten wir mit unserer sorgfältig aufeinander abgestimmten Verteidigung Erfolg. Aber wir hatten nicht in Abrede stellen können, von Goerdeler, Beck und anderen gehört zu haben. Für Freisler bedeutete das die Anwendung des § 139 StGB: Nichtanzeige des Vorhabens eines Hochverrats. Diese Bestimmung ermöglichte es, nach Belieben Zuchthaus- oder Todesstrafen zu verhängen. Während Freisler mir, dem „Weltfremden“, zögernd zwar zu konzedieren bereit war, daß mir die weittragenden Folgen der Unterlassung einer solchen Anzeige nicht bewußt gewesen seien, erklärte er, daß dem in Deutschland und England zugelassenen Anwalt Graf Moltke das nicht konzediert werden könne. Infolgedessen sei bei ihm auf Todesstrafe, bei mir auf Zuchthausstrafe zu erkennen.

In van Roons Buch fehlen diese Einzelheiten, aber das ändert nichts daran, daß es der Legende, daß die Kreisauer „nur gedacht“ hätten, den Garaus machen könnte. Denn van Roon zeigt unübersehbar, daß Moltke selbst jahrelang darauf hoffte, daß die Generale „Hitler die Führung aus der Hand nähmen“ (S. 237). Wie sich Moltke – darin übrigens eher in Übereinstimmung mit Goerdeler und einigen seiner Freunde als mit der Mehrheit der Kreisauer – eine solche Operation vorstellte, ist, wie ich glaube, ebenfalls verlässlich auf Grund eines Berichts von Lukaschek bei van Roon (S. 284) nachzulesen. Hitler und Genossen würden, so meinte Moltke z. B., bei der für den 13. August 1943 geplanten Überwältigung der Wolfsschanze durch eine des Staatsstreichs fähige Panzerdivision „gefangen gesetzt und anschließend vor ein Gericht gestellt werden“.

Van Roon berichtet ebenfalls richtig und ausführlich darüber, „wie stark der Kreisauer Kreis, auch Moltke, in Zusammenarbeit mit anderen auf eine Aktion gegen das nationalsozialistische Regime hingewirkt habe“²³. In der Tat: der – politischen und psychologischen – Ermöglichung einer solchen Aktion dienten nicht nur die Bemühungen der Kreisauer um ein klares innenpolitisches Programm, sondern auch ihre jahrelangen Anstrengungen um eine Verständigung mit den Westmächten, vor allem mit England. Ein konkretes Ziel war dabei, die Engländer und die Amerikaner von der Forderung nach bedingungsloser Kapitulation abzubringen. Sie stand einem deutschen Staatsstreich absolut im Wege. Er war stets nur militärisch und das heißt mit einer verhältnismäßig breiten Unterstützung deutscher militärischer Führer und Truppenteile durchführbar. In Erkenntnis dessen – aber auch weil wir die bedingungslose Kapitulation überhaupt ablehnten – haben sich nicht nur Trott, Schönfeld und ich, sondern auch Moltke bis in den Herbst 1943 hinein unablässig darum bemüht, daß sie fallengelassen wurde. Van Roon hat das zwar bei weitem nicht vollständig, aber doch hinreichend klar dargestellt und dokumentiert²⁴.

²³ van Roon, S. 284.

²⁴ Ebenda, Teil IV, S. 295 ff.; ferner Dokumentenanhang S. 572 ff. Vgl. auch Hans Rothfels, Die deutsche Opposition gegen Hitler, Frankfurt/Hamburg 1958, S. 137 ff.

Wenn van Roon gegen die Legendenbildung um den Kreisauer Kreis dennoch nicht wirklich aufkommt, so liegt das nicht allein an Helmuth von Moltkes persönlicher Einstellung zum Attentat, sondern vor allem daran, daß für van Roon die persönliche Anschauung Moltkes auch in dieser Frage so dominiert, daß er sie de facto für den ganzen Kreis übernimmt. Hier liegt sein größter Irrtum. Er ist so in ihn verstrickt, daß er ihm auch handfeste, erwiesene Tatsachen unterwirft, indem er sie bagatellisiert oder in der Darstellung zuweilen unverständlich zurücktreten läßt. Objektiv falsch ist in diesem Zusammenhang z. B. die Darstellung, daß es nach der Verhaftung Moltkes im Januar 1944 gar keinen Kreisauer Kreis mehr gegeben habe, sondern nur noch Kreisauer, die sich in das Schlepptau von Aktivisten wie Stauffenberg und Schulenburg hätten nehmen lassen. Dieser Schilderung fehlt schon die Logik, denn van Roon hat selbst gegen die Legende von Lionel Curtis den Nachweis geführt, daß sich die meisten Kreisauer einschließlich Moltkes lange um den Staatsstreich bemühten²⁵.

Die Darstellung geht aber auch von einer unhaltbaren Auffassung der inneren Struktur und des Charakters des Kreises selber aus. Denn bei aller Bedeutung Moltkes für den ganzen Kreis kann doch keine Rede davon sein, daß der Kreis nach Moltkes Verhaftung gewissermaßen kopflos fremden Einflüssen verfallen wäre, die in Moltkes Anwesenheit nicht hätten aufkommen können. Wer sich die Sache so vorstellt, hat keine Ahnung von dem Charakter und der Selbständigkeit aller Kreisauer.

Er verkennt auch die nüchterne Haltung Moltkes zur Zusammenarbeit im Kreis. Sie war niemals ernstlich bedroht. Aber es wäre um sie geschehen gewesen, wenn Moltke seine persönliche Ablehnung des Attentats und zeitweilig auch des Staatsstreichs überhaupt für den Kreis als solchen hätte verbindlich machen wollen. Er verfügte über zuviel politische Vernunft, um das zu versuchen. Wie fatal sich van Roons Auffassung in dieser Beziehung auswirkt, ergibt sich aus der ganz unrichtigen Behauptung, daß die Entscheidung für das Attentat bei den meisten Kreisauern erst gefallen sei, nachdem Reichwein, also einer aus unserem Kern, zusammen mit Leber Anfang Juli 1944 verhaftet worden war. Diese Darstellung ist deshalb so fatal, weil sie zu dem Schluß verleitet, daß wir Kreisauer „Denker und Programmierer“ uns erst dann zu dem einzigen, was in der Geschichte schließlich entscheidet, nämlich zur Tat, mitentschlossen hätten, als es uns selber an den Kragen ging.

Der Schluß ist falsch, schon weil die Prämissen, auf die er gestellt wird, unzutreffend sind. Zwar ist es richtig, daß Moltke das Attentat für seine Person abgelehnt hat. In dieser Ablehnung spiegelten sich nicht preußisch-deutsche Vorstellungen vom Fahneneid, sondern eher sein puritanisch-angelsächsisches Erbe. Seine Ablehnung des Attentats war nicht eigentlich religiös, sondern moralisch begründet. Theologisch erschien mir diese Argumentation immer unzureichend. Ich mache kein Geheimnis daraus, daß ich darin mit Alfred Delp stets einer Meinung war, während Moltke kräftig unterstützt wurde von Steltzer, der Moltkes moralische

²⁵ van Roon, S. 278 ff.

Motive ins Religiöse vertiefte und die Ablehnung des Attentats außerdem noch mit der politisch einleuchtenden Gefahr einer neuen Dolchstoßlegende verband²⁶. Mehr unterschwellig kam Moltke und Steltzer zu Hilfe unsere gemeinsame Abscheu vor einer Tat, die dem Meuchelmord allerdings verzweifelt ähnlich sah. Die Gewissenskultur, in der jeder von uns erzogen war, hieß uns die Tat ablehnen. Ich erinnere mich, wie mich Graf Yorck am Ende eines Gesprächs, in dem wir über die unumgängliche Notwendigkeit des Attentats einig waren, voller Qual fragte: „Aber ist es nicht doch Meuchelmord?“ Nun, wir haben Jahre dazu gebraucht, um mit den herkömmlichen Normen und Regulativen unserer Gewissenskultur fertig zu werden. Es bedurfte dazu mehr als rationaler und nationaler Erwägungen. Ich glaube, daß nur der Einblick in die ruchlosen Frevel, die im Namen Deutschlands geschahen, uns dazu bereit machte. Sie brachten die meisten von uns Kreisauern aber schon zu einer Zeit, als Helmuth von Moltke noch lange unter uns war, zu der Erkenntnis, daß es sein *müsse*, und daß jeder von uns bereit sein *müsse*, dabei den Part zu übernehmen, der auf ihn falle.

Als mich Fritz von der Schulenburg im Sommer 1942 fragte, ob ich bereit sein würde, zusammen mit einer Gruppe von Offizieren an einem Attentat auf Hitler teilzunehmen, sagte ich deshalb auch ohne Zaudern Ja. Aus dem gleichen Grund hätte ich es mir auch nicht vergeben, nicht zur Stelle zu sein, als ich am Nachmittag des 20. Juli 1944 von Peter von Yorck – wie verabredet – zu Klaus von Stauffenberg in die Bendlerstraße gerufen wurde.

Van Roon berichtet zwar²⁷, daß Trott und Gerstenmaier für das Attentat gewesen seien, und er fügt hinzu, daß auch Moltke „die Frage überdacht und sie nicht nur schlechthin als ‚nicht erlaubt‘ abgewiesen“ habe. Für van Roons Darstellung ist aber charakteristisch, daß er diese wichtige Bemerkung in einer Fußnote bringt, während er im Text selbst einen Bericht Hans Christoph von Stauffenbergs, eines Veters von Klaus, wiedergibt, in dem Moltkes prinzipielle Ablehnung ausführlich dargestellt wird. Ebenso bringt er die sehr wichtige Bestätigung van Husens, wiederum nur in einer kurzen Fußnote²⁸, daß nach seiner Erinnerung „schließlich alle mit dem Schritt (dem Attentat) einverstanden“ gewesen seien. Van Husen gibt nur wieder, was schon lange zuvor für die große Mehrheit des Kreises galt. Auf der gleichen Linie liegt, daß van Roon meine ausführliche, ihm selbst gegebene mündliche Schilderung über mein letztes Gespräch mit Moltke in drei Zeilen²⁹ wiedergibt und es zudem mit einem Kommentar versieht, der den Sinn jenes Gesprächs in Frage stellt.

Nach unserer Verurteilung im Januar 1945 hatte ich zwei Wachtmeister in Tegel dafür gewonnen, daß sie mir ein etwa einstündiges Gespräch mit Moltke

²⁶ Theodor Steltzer hat sich nach dem Krieg von dieser Beurteilung selber getrennt und den Staatsstreich samt Attentat bejaht. Vgl. seine Rede: Das Vermächtnis des deutschen Widerstandes, in: *Kommunität*, Berlin, Jg. 8 (1964) H. 32, S. Iff.

²⁷ van Roon, S. 285, Anm. 44.

²⁸ Ebenda, S. 289, Anm. 18.

²⁹ Ebenda, S. 290.

unter vier Augen ermöglichten. Der Hauptwachtmeister Klaus arrangierte die Begegnung zusammen mit einem Sanitätswachtmeister. Moltke und ich waren sicher, daß wir dabei frei miteinander sprechen konnten. Ich sagte Helmuth von Moltke, daß es nicht unmöglich sei, daß die Gestapo Freislers über mich gefälltes Urteil nicht anerkenne und mich umbringe. Andererseits hielt ich es nicht für ganz ausgeschlossen, daß sich Himmler von seinem, Moltkes, Überleben einen persönlichen Nutzen verspreche. Aber wer von uns auch überleben sollte, ich sei gekommen, um ihm zu sagen, daß ich nicht bereute, daß der Staatsstreich stattgefunden habe und ich an ihm teilgenommen hätte.

Ich versuchte noch einmal, Moltke davon zu überzeugen, daß seine Grundeinstellung zu dem Attentat in theologischer und religiöser Hinsicht unzureichend sei. Sie entspräche zwar einem strengen Moralismus, wie er z. B. für die Puritaner charakteristisch sei, aber sie befände sich nicht auf der Höhe des Gebotes Jesu, das uns vor allem heiße, Gott und den Nächsten zu lieben. Ich hätte mir nie vergeben, wenn wir Deutsche zugelassen hätten, daß Millionen Unschuldiger von der Hand des Unmenschen erwürgt würden, ohne daß wir auch nur einmal den sichtbaren Versuch machten, ihm mit allen Mitteln, die wir aufzubieten vermochten, in den Arm zu fallen. Hinter dieser Verpflichtung, die nach meiner Überzeugung für ein an der Bibel orientiertes Gewissen unabweisbar sei, trete selbst das andere mir fast ebenso wichtige Argument zurück, daß wir es Deutschlands Existenz und Ehre schuldig gewesen seien, so zu handeln. Niemals hätten wir ohne diese Tat anderen Völkern und künftigen Geschlechtern gegenüber hinreichend glaubwürdig machen können, daß es ein anderes Deutschland gegeben habe. Denn dieses Deutschland beglaubige sich nicht mit schönen Gedanken und guten Plänen, sondern schließlich allein durch eine Tat, in der wir uns ohne Rücksicht selbst einsetzten.

Auf Moltkes erneuten Einwand, daß diese Tat gegen Gottes Gebot verstoße, antwortete ich, daß das nach meiner Erkenntnis nur scheinbar richtig sei, denn sie entspreche dem Liebesgebot Jesu. Aber selbst wenn ein auch von mir empfundener, nicht auflösbarer Fragenrest bliebe, so stehe über ihm und der Tat noch immer die Verheißung der Vergebung. Wenn ich gehängt würde, so schiede ich von dieser Welt jedenfalls in Dankbarkeit dafür, daß es geschehen sei und daß mich Gott gewürdigt habe, daran teilzunehmen.

Ich bat Helmuth von Moltke, sich dieser Beurteilung anzuschließen und damit endlich seinen Frieden zu machen mit einer Meinungsverschiedenheit, die jahrelang innerhalb des Kreises bestand.

Vielleicht würde ich zuviel sagen, wenn ich behauptete, daß Helmuth von Moltke das in jener Stunde getan habe. Aber er hat die Gemeinschaft mit den lebenden und toten Freunden auch in jener Stunde ausdrücklich und ohne Einschränkung bestätigt, und er hat meinen Argumenten über die Notwendigkeit und Richtigkeit des Staatsstreiches schließlich kein Argument und keinen Einwand mehr entgegengesetzt. Meines Wissens gibt es keine gegenteilige Äußerung mehr von ihm danach zu dieser Sache. Van Roon kommentiert indessen meinen Bericht mit den Worten: „Daraus darf jedoch nicht geschlossen werden, daß er [Moltke] schließlich

doch einverstanden war. Das erscheint, besonders bei einem Gesprächspartner wie Moltke, zweifelhaft“ (S. 290). Ich will einen Zweifel dieser Art nicht unbedingt ausschließen. Ich will nur sagen, daß mein eigener Eindruck von meinem letzten Gespräch mit Graf Moltke ein anderer war. Van Roon folgt wie an anderen Stellen seines Buches auch hier einer Deutung des Kreisauer Kreises, die ich – selbst unter Berücksichtigung der besonderen Haltung Moltkes in der Frage des Attentats – für zu einseitig halte³⁰. Man muß jedoch zugeben, daß die Mißdeutung der Kreisauer als reine Denker und Programmatiker sich nicht nur auf den Kommentar von Lionel Curtis von 1945/46 gründet. Sie stützt sich auch auf authentische Äußerungen Moltkes und ihm besonders Nahestehender. Dennoch ist es unrichtig, anzunehmen, daß dieses Selbstverständnis im Kreisauer Kreis jemals dominiert habe. Daß ein solcher Eindruck über uns Kreisauer allerdings schon bei anderen Gruppen des deutschen Widerstandes geraume Zeit vor dem 20. Juli 1944 bestand, ist nicht zu bestreiten. Aber er war immer falsch. In diesem Zusammenhang unterliegt van Roon einem für seine Darstellung Moltkes charakteristischen Mißverständnis. Er zieht aus dem auch von mir gelegentlich gehörten Satz Schulenburgs: „Ich bin ja dumm, Moltke ist klug“ den Schluß, daß Schulenburg damit seine Bewunderung gegenüber Moltke zum Ausdruck gebracht habe. Der Satz ist jedoch reine Ironie. Schulenburg brachte damit zuweilen seine eigene skeptische Distanz zu einigen Gedankengängen Moltkes zum Ausdruck. Er hielt nichts davon, eben „nur Denker sein zu wollen“. Schulenburg war bei weitem nicht der einzige, der die Einstellung Moltkes und Steltzers zum Attentat für fatal, ja inkonsequent hielt. Es mag sein, daß ihm die Tiefe und Subtilität der geistigen Existenz Helmuth von Moltkes verschlossen blieb. Aber auch van Roon gelingt es auf sechshundert Seiten nicht, plausibel zu machen, wie man einerseits von „den Generalen“ erwarten konnte, daß sie „etwas täten“, was auch bei flüchtigem Nachdenken schließlich doch nur als handfester Staatsstreich vorgestellt werden konnte, und wie sie andererseits diesen Staatsstreich zum Erfolg führen sollten, ohne Hitler und möglichst viele seiner nächsten Mitverbrecher gleich am Anfang umzubringen. Theoretische Lösungen dafür wurden immer wieder diskutiert, aber nicht ein einziger dieser Vorschläge besaß soviel handfeste Verlässlichkeit, daß ein verantwortungsbewußter Mann sich darauf einlassen konnte. Auch Goerdeler und manche seiner Anhänger waren sich offenbar nicht immer darüber im klaren, daß der Despot, der den Rechtsstaat zerbricht, damit auch selber auf die Sicherheit verzichten muß, die im Rechtsstaat jedem, den Führern wie den Geführten, zukommt³¹. Wer sich über das Recht erhebt und nach Willkür herrscht, der muß wissen, daß er auch jederzeit aus dem Dunkel und aus dem Hinterhalt angefallen werden kann.

³⁰ Die Einleitung zu den letzten Auflagen der vom Karl H. Henssel Verlag herausgegebenen „Letzten Briefe Moltkes“ wird Moltke nach meiner Überzeugung in dieser Frage gerechter als van Roon; vgl. Helmuth James Graf von Moltke, Letzte Briefe aus dem Gefängnis Tegel, 8. Aufl., Berlin 1959, S. 16.

³¹ Vgl. Gerhard Ritter, Carl Goerdeler und die deutsche Widerstandsbewegung, Stuttgart 1954, S. 352f.

In dem Bemühen, auch bedenkenlos verbrecherischen Gewalthabern mit rechtsstaatlichen Methoden zu begegnen, lag etwas Nobles, aber auch immer etwas Unrealistisches, ja Dilettantisches. Darin waren sich die meisten Kreisauer einig. Man kann nicht Mierendorff, Haubach, Reichwein oder gar Leber, um nur einmal die Sozialisten zu nennen, erst zum Kreisauer Kreis rechnen und dann an der Tatsache vorbeigehen, daß sie immer und jederzeit vor allem an der Beseitigung Hitlers interessiert waren. Solange diese unterblieb, gab es keinen neuen Start, wie immer er auch aussehen mochte.

Graf Yorck, mit Schulenburg befreundet und ein Vetter Stauffenbergs, stand an Scharfsinn und Gewissenskultur Moltke in nichts nach. Vielleicht war er der weniger Intellektuelle, sicher aber der Konservativere. Auch ihn quälten die moralischen und die gefühlsmäßigen Seiten des Attentats. Ich habe aber niemals erlebt, daß er sich darüber nicht mit jener noblen, lautlosen Selbstverleugnung erhoben hätte, die ein Teil seines Wesens war. Durch Peter Yorck standen wir Kreisauer in der fortgesetzten Verbindung mit dem Kreis von Offizieren, die im Oberkommando der Wehrmacht und im Oberkommando des Heeres seit Jahr und Tag am Sturze Hitlers arbeiteten. Als Klaus von Stauffenberg dann in Erscheinung trat, wurde die Verbindung zu ihnen noch enger. Van Roon ist schlecht unterrichtet, wenn er in diesem Zusammenhang nur von „einer losen Verbindung“ spricht (S. 286).

Abschließend kann ich in dieser Sache zu van Roon und einigen seiner Informanten nur sagen, daß wir Kreisauer nach dem Maße unserer Kraft auf den 20. Juli 1944 hingearbeitet haben. Es war deshalb geschichtlich richtig und angemessen, daß Graf Yorck und ich nicht als Einzelgänger, sondern als Repräsentanten des Kreisauer Kreises am 20. Juli 1944 bei Stauffenberg im Mittelpunkt des Staatsstreiches waren und zusammen ins Gefängnis gingen. Das war richtig und angemessen, weil wir Kreisauer unserer Gesinnung und unseren Absichten, unserem Willen und unserer Denkweise nach mit dem deutschen Widerstand zusammengehörten, unbeschadet von Meinungsverschiedenheiten in dieser oder jener Frage.

III

Im Vergleich zu dieser Kern- und Charakterfrage des Kreisauer Kreises treten eine Reihe anderer bei van Roon ausführlich dargestellter und auch wichtiger Sachfragen und persönliche Einzelheiten zurück. Es ist nicht der Sinn meiner Darlegung, heute, nach einem Vierteljahrhundert, zu prüfen, was von den Ideen der Kreisauer geschichtlich wirksam wurde. Wenn man eine solche Prüfung überhaupt anstellen will, dann sollte man von den Grundsatzklärungen des Kreises aus dem Jahre 1943 (bei van Roon im Anhang die Texte Nr. 4, 7, 8, 9 und 10)⁸² und dem außenpolitischen Memorandum⁸³ von Ende April 1942 ausgehen.

Dieses Memorandum entstammt nach meiner Erinnerung einer Anregung von

⁸² van Roon, S. 550 bis 571.

⁸³ Ebenda, S. 572ff.; vgl. Text und Kommentierung des Memorandums in dieser Zeitschrift 5 (1957), S. 588ff.

Hans Schönfeld aus dem Spätherbst 1941. Ich schrieb im Winter 1941/1942 dafür einen ersten Entwurf, den ich Trott und Haeften übergab mit der Bitte, ihn zu überarbeiten. Insbesondere Trott beschäftigte sich lange mit dem Papier. Dann setzten wir uns mehrere Abende hindurch mit Haeften in meiner Wohnung in Charlottenburg zusammen, um der Sache eine definitive Gestalt zu geben. Schönfeld hatte erklärt, daß er über den Generalsekretär des Ökumenischen Rates in Genf, Dr. Visser't Hooft, eine Möglichkeit sähe, ein Memorandum über die Anschauungen und Bemühungen des deutschen Widerstandes an die englische Regierung heranzubringen. Es dauerte ziemlich lange, bis das Papier in seiner deutschen Endfassung von Schönfeld in Berlin übernommen und unter beträchtlichem Risiko nach Genf mitgenommen werden konnte. Ich glaube, später gehört zu haben, daß es in Genf auch noch von Albrecht von Kessel, damals Konsul am deutschen Konsulat, und Hans Schönfeld selbst überarbeitet wurde. Diese Endfassung habe ich meines Wissens nicht gesehen. Schließlich wurde es dann von Visser't Hooft nach England mitgenommen, worauf wir nichts mehr davon hörten.

Bei meinem ersten Besuch in London nach dem Krieg, im Frühjahr 1947, berichtete mir der Lordbischof von Chichester, Dr. George Bell, daß Visser't Hooft ihm seinerzeit unser Memorandum übergeben habe. Er habe es dem damaligen britischen Außenminister Mr. Eden überreicht mit der Bitte, es Churchill vorzulegen. Erst nach längerer Zeit und erneuter Anfrage habe er dann von Eden gehört, daß die britische Regierung auf das Memorandum nicht eingehen könne oder wolle. Im Sommer 1945 hatte mir Dr. Visser't Hooft in Genf schon erzählt, daß unser Papier zwar von Churchill gelesen worden sei, daß er es aber lediglich mit dem handschriftlichen Vermerk versehen habe „very encouraging“.

Am 8. August 1950 hatte ich darüber ein Gespräch mit Churchill in Straßburg. Er war damals Mitglied der Beratenden Versammlung des Europarates und hatte einige von uns Deutschen zum Abendessen eingeladen. Nach Tisch kamen wir auf jene Denkschrift zu sprechen. Er erinnerte sich und bedauerte den Verlauf der Sache.

Die Bemerkung van Roons, daß dieses Memorandum nicht allein von Trott stammen könne, sondern im Kreisauer Kreis entstanden sein müsse, weil es in Übereinstimmung stehe mit Gedanken und Begriffen, die auf den Kreisauer Tagungen der Jahre 1942 und 1943 wiederkehrten, ist insofern richtig, als tatsächlich Adam von Trott nicht allein hinter der Sache steckt. Aber das Memorandum stammt nicht aus dem Kreisauer Kreis, sondern es hat umgekehrt die außenpolitische Diskussion im Kreis mitbestimmt.

Die Bemerkungen zum Friedensprogramm der amerikanischen Kirchen vom November 1943, die van Roon auf S. 578ff. wiedergibt, sind im Unterschied dazu nach meiner Erinnerung von Anfang an unter der Federführung Trotts entstanden. Auch sie haben den Kreisauer Kreis als ganzen nicht beschäftigt. Ihre Gesinnung und Gedankenführung hätte jedoch vom ganzen Kreis gebilligt werden können²⁴.

Es ist auch in historischer Hinsicht bedauerlich, daß in van Roons Buch das

²⁴ Vgl. Trott und die Außenpolitik des Widerstandes (Dokumentation von Hans Rothfels), in dieser Zeitschrift 12 (1964), S. 500ff.

breite Wirken Hans Schönfelds nahezu ganz unter den Tisch gefallen ist. Wenn man Peters, Lukaschek und Rösch zu Recht dem Kreisauer Kreis zurechnet, dann müßte das auch mit Hans Schönfeld geschehen. Er war immer sehr viel mehr als unser Kurier. Er war mein nächster Mitarbeiter im Bereich der Auslandsbeziehungen der Deutschen Evangelischen Kirche und er war sicher der aktivste und beweglichste Vertreter des deutschen Widerstandes in der ökumenischen Welt.

Zur Entschuldigung van Roons muß allerdings gesagt werden, daß die angemessene Berücksichtigung Schönfelds deshalb große Schwierigkeiten bereitet, weil es eine wissenschaftlich gesicherte Darstellung der ökumenischen Arbeit der Deutschen Evangelischen Kirche, insbesondere des Kirchlichen Außenamtes, im Dritten Reich noch immer nicht gibt. Diese Arbeit litt immer unter dem Verdacht, nazihörig, mindestens aber obrigkeitshörig zu sein. In Wirklichkeit war sie spätestens seit den großen ökumenischen Konferenzen von 1937 das Gegenteil davon. Das Kirchliche Außenamt hat dem deutschen Widerstand schon lange vor dem Krieg Möglichkeiten geboten, die mindestens von Schönfeld und mir auch bedenkenlos ausgenutzt wurden.

Hans Schönfeld hat sich dabei mehr als irgendein anderer mir bekannter Mann in dem Niemandsland zwischen den Fronten bewegt und bewegen müssen. In diesem Gelände wird man leicht von beiden Seiten beschossen. Das war jahrelang unser gemeinsames Schicksal. Adam von Trott ist bitter ungerecht verdächtigt worden. Obwohl er am Galgen starb und Männer wie Rothfels und Bethge ihn und seine Ehre vor der Mißdeutung entschieden in Schutz nahmen, blieb er davor nicht bewahrt.

Hans Schönfeld starb, ein erschöpfter Mann, Jahre nach dem Krieg in geistiger Umnachtung. Nach meiner Schätzung zerbrach er, weil er, der ebenso sensible wie mutige und stille Mann, mit der Mißdeutung nicht fertig wurde, der er sich schon im Krieg und erst recht darnach bis in den eigenen Arbeitsbereich hinein gegenüberübersah. Adam von Trott und Hans Schönfeld sind wohl diejenigen von uns, die am schwersten unter dem Konflikt zu leiden hatten, denen der Patriot im Widerstand, insbesondere im Krieg unweigerlich ausgesetzt ist. Der eingängige Satz „meines Feindes Feind ist mein Freund“ stimmt in diesem Fall selten. Der deutsche Widerstand mußte – das hat auch van Roon exakt gezeigt – die bittere Erfahrung machen, daß der Krieg schließlich eben nicht nur gegen Hitler und sein Reich, sondern gegen Deutschland in jeder Gestalt geführt wurde. Das wird ohne Vorwurf gesagt, denn der Krieg war von Deutschen im Namen Deutschlands begonnen worden, und mit den Greueln verhielt es sich ebenso.

Der deutsche Widerstand war allerdings auch von Anfang bis zum Ende seiner politischen wie moralischen Orientierung nach etwas qualitativ anderes als eine Fünfte Kolonne der Kriegsgegner Deutschlands. Das gilt auch – und zwar unbedingt – für Helmuth von Moltke. Der eine oder andere Satz von ihm, der dagegen ins Feld geführt wird (z. B. aus seinem Brief an Lionel Curtis von 1942⁸⁵), widerlegt

⁸⁵ „Wir hoffen, ihr seid euch darüber im klaren, daß wir bereit sind, euch zu helfen, den Krieg und den Frieden zu gewinnen“, in: „Letzte Briefe“, a. a. O., S. 22.

das überhaupt nicht. Auch Helmuth von Moltke war sich des Konflikts zwischen moralischen und nationalen Pflichten, wie jener Brief an Curtis zeigt, durchaus bewußt, und er litt darunter. Der deutsche Widerstand wurde jedenfalls nicht geleistet, um die alliierten Kriegsziele durchsetzen zu helfen, sondern um Deutschland zu retten und Millionen vor sinnlosen Leiden zu bewahren. Mit einzelnen Äußerungen ist dagegen sowenig anzukommen wie mit dem unstatthaften Versuch, Fünfte Kolonnen der Kriegsgegner Deutschlands kurzerhand dem deutschen Widerstand anzuhängen. Auch für ihn gab es Grenzfälle, die genau verantwortet werden mußten⁸⁶. Aber das ändert nichts daran, daß der deutsche Widerstand seinem Willen und Bewußtsein nach im Dienste des Vaterlandes geschah.

Wenn man sich diese Grundorientierung vergegenwärtigt, dann versteht sich von selbst, daß das bei van Roon unter Nr. 4 auf S. 582 nachgedruckte außenpolitische Memorandum weder mit der Auffassung Moltkes noch mit der des Kreises übereinstimmt. Tatsächlich wurde dieses Papier nach Angabe van Roons⁸⁷ von Wilbrandt und Rüstow verfaßt. Sie gehörten dem Kreisauer Kreis nicht an, sondern lebten in der Emigration in der Türkei. In dem Papier ist auch nicht vom Kreisauer Kreis die Rede, sondern von „der Einstellung der pro-angelsächsischen Oppositionsgruppe“. Außerdem wird ausdrücklich erklärt, daß es nicht von einem Angehörigen dieser Gruppe verfaßt sei. Dieses Papier kann dem Kreisauer Kreis aber auch deshalb nicht zugeschrieben werden, weil es sich in entscheidenden Partien weder mit der Gesinnung noch mit der politischen Orientierung des Kreises im ganzen vereinbaren läßt.

Besser noch als die fleißige Darstellung der Auffassungen des Kreisauer Kreises ist van Roon der Vergleich der Kreisauer mit anderen Gruppen des deutschen Widerstandes gelungen. Einen fast durchgängigen Vergleich stellt er dabei mit Goerdeler und seiner Gedankenwelt an. In einer eindrucksvollen und wie mir scheint im ganzen richtigen Weise bringt er die charakteristischen Unterschiede zur Darstellung, die den Kreisauer Kreis von der breiten Gruppe Goerdelers unterschieden haben.

Für Goerdeler und die ältere Schicht war die Rückkehr zu einem mehr oder weniger korrigierten Parlamentarismus der Weimarer Zeit wahrscheinlich selbstverständlich. Die Kreisauer jedoch, in ihrem aktiven Kern wesentlich jünger, standen unter dem Eindruck des Zusammenbruchs des Weimarer Parlamentarismus und hatten wenig Lust, zu seinen Risiken und Anfälligkeiten zurückzukehren. Man könnte allenfalls sagen, daß die Ideen der Kreisauer zur Reichsreform bzw. zum Neuaufbau des Staates nur für eine Übergangszeit gedacht waren. Denn daß am Tage nach dem Staatsstreich das parlamentarische System in Deutschland nicht eingeführt werden könne, war ihre selbstverständliche Überzeugung. Auch die älteren Widerstandsleute um Goerdeler zeigten hier deutliche Hemmungen. Der einzige, der mir gegenüber energisch die alsbaldige Rückkehr zum parlamentarischen System verfocht, war nach meiner Erinnerung Joseph Wirmer.

⁸⁶ Z. B. der Fall Oster, vgl. dazu Hermann Graml in dieser Zeitschrift 14 (1966), S. 26ff. und Gerstenmaier, *Neuer Nationalismus*, Stuttgart 1965, S. 33f.

⁸⁷ Vgl. S. 522 Text und Fußnote 25.

Daran glaubten wir Kreisauer jedoch nicht. Unser Reichs- und Verwaltungsaufbau war eine Absage an eine Wiederholung der Weimarer Parteienverhältnisse. Das ergibt sich nicht nur aus den Grundsatzserklärungen des Kreises, sondern z. B. auch aus Mierendorffs Pfingstaufruf von 1943. Wir waren so sehr gebrannte Kinder der Weimarer Parteienkonstellationen, daß wir in diese Verhältnisse nicht zurück wollten. Daraus erklärt sich der Versuch der Kreisauer, zu einem anderen parlamentarischen Aufbau zu kommen. Er mutet manchen romantisch, vielleicht verschoben an. Die Parlamente sollten durch Persönlichkeitswahlen im „überschaubaren Umkreis“ nach dem Delegationsprinzip von unten nach oben gebildet werden. Ich hatte an diesem Verfahren von jeher Zweifel, aber wenn man nicht zu den alten Parteien zurückwollte – und das wollten wir Kreisauer möglichst nicht, – dann blieb wenig anderes übrig. Ich glaube schon lange nicht mehr daran, daß sich ein solches Verfahren längere Zeit hätte halten lassen.

Wichtig ist in diesem Zusammenhang jedoch nur, daß die Kreisauer im Unterschied und Gegensatz zu Goerdeler und seinem Kreis es für notwendig hielten, an die Stelle der herkömmlichen Parteien-Koalition den Versuch einer neuen inneren *Integration* zu setzen. Van Roon hat damit den Unterschied zwischen Goerdeler und dem Kreisauer Kreis im Entscheidenden richtig getroffen⁹⁸. Nur wenn man die für Goerdeler selbstverständliche Anlehnung an das herkömmliche parlamentarische Zusammen- und Gegeneinanderwirken der Parteien einerseits und die Integrationsbemühungen der Kreisauer andererseits versteht, wird man dem in der Literatur so oft ganz unbefriedigend dargestellten Gegensatz gerecht werden, der zwischen den beiden Kreisen tatsächlich bestand.

Die Kreisauer haben sich von der Wiederkehr der alten Parteien nichts versprochen. Auch deshalb war es ihnen so sehr zu tun um die *gesinnungsmäßige Eini-gung* und programmatische Verständigung ganz verschiedener Gruppen und Kräfte. Von den Gewerkschaften bis zu den Kirchen sollte integriert werden, was an verantwortungswilligen, tragenden Kräften im deutschen Volk zu finden war. Für ein auf Integration gestimmtes politisches System, wie es die Kreisauer im Sinne hatten, mußte natürlich die Übereinstimmung in der geistigen Orientierung als Basis der politischen Verständigung und der praktischen Zusammenarbeit entscheidend wichtig sein. Deshalb kam den mit ebensoviel Zustimmung wie skeptischer Ablehnung bedachten Verlautbarungen der Kreisauer über die neue innere Orientierung der Deutschen, „über das Bild des Menschen“, auch eine nüchterne politische Bedeutung zu.

Eine ganz andere Frage ist es, ob die Leitidee des Kreisauer Staats- und Wirtschaftsaufbaus von unten nach oben in Anbetracht der modernen Wirtschaftsentwicklung und der weltpolitischen Realitäten in der sich zur *einen Welt* verdichtenden Wirklichkeit so durchsetzbar gewesen wäre, wie es sich insbesondere die Verwaltungsexperten, die Landräte und Regierungspräsidenten des Kreises dachten. Daran hat es immer Zweifel auch unter uns gegeben. Sie waren jedoch schon deshalb

⁹⁸ A. a. O., S. 267 f.

nicht besonders gravierend, weil diese Sache uns zwar wichtig, aber doch auch nicht eine Frage auf Leben und Tod war. Außerdem war uns bei unseren Beratungen und Übereinkünften immer bewußt – was bei van Roon allerdings nicht in Erscheinung tritt – daß wir es am Tage X plus eins, also nach dem Staatsstreich in einer sehr realen Weise auch mit den Vorstellungen anders orientierter Gruppen, mindestens mit denjenigen Goerdelers zu tun gehabt hätten. Wir konnten niemals davon ausgehen, daß wir unsere eigene politische Programmatik und unsere Kreisauer Organisationsvorstellungen kompromißlos hätten verwirklichen können. Es wäre so oder so auf Kompromisse oder, um in Begriffen zu sprechen, die wir nicht schätzten, auf Koalitionen hinausgelaufen.

Es ist mit Recht auch durch van Roon gesagt worden, daß es den Kreisauern vor allem auf die geistige Erneuerung Deutschlands angekommen sei. Aber das bedeutet nicht, daß unsere politischen Ideen und Vorschläge für uns selbst nur Spiel- oder Diskussionsmaterial gewesen wären. Dazu war uns die Sache zu ernst, und die Realitäten des Alltags waren auch uns dafür zu wichtig.

Deshalb war es den Kreisauern auch keineswegs gleichgültig, wie sich das Deutschland der Nachkriegszeit in eine europäische Föderation einfügen solle. Van Roon hat recht, wenn er davon berichtet, daß wir sie mit Nachdruck anstrebten.

Zu Mißverständnissen führen muß die Darstellung van Roons allerdings, wenn er schreibt, daß nach Auffassung des Kreisauer Kreises die starke Föderalisierung Deutschlands auch ein außenpolitisches Erfordernis sei, das „mehrere deutsche Staaten unter Aufteilung Preußens, anstatt des einen Deutschland“ notwendig mache³⁹. Darunter ist nicht eine Aufteilung Deutschlands in mehrere Staaten zu verstehen, sondern die Aufgliederung des Reiches in Länder von allerdings überhöhter Selbständigkeit. Van Roon hat in seinem Kapitel über den Staat diese Gedankengänge des Kreises erläutert⁴⁰. Man hat sich im Kreisauer Kreis, je mehr die Katastrophe herannahte, desto weniger Illusionen über das Schicksal Deutschlands hingegen. Aber eine ganz andere Sache ist es, was der Kreisauer Kreis – Moltke eingeschlossen – auch durch die Katastrophe hindurch gerettet wissen wollte. Dazu gehörte die Einheit des Deutschen Reiches. In dem Absatz 7 der Grundsätze für die Neuordnung vom 9. 8. 1943 heißt es ausdrücklich: „Die besondere Verantwortung und Treue, die jeder einzelne seinem nationalen Ursprung, seiner Sprache, der geistigen und geschichtlichen Überlieferung seines Volkes schuldet, muß geachtet und geschützt werden. Das Reich bleibt die oberste Führungsmacht des deutschen Volkes.“⁴¹

Das Buch Gerrit van Roons ist in den Tagen erschienen, in denen Helmuth von Moltke sechzig Jahre alt geworden wäre. Auch wenn einige beträchtliche Korrekturen erforderlich sind, ist und bleibt diese historische Untersuchung eine bedeutende Leistung. Daß ein solches Buch in einem Land geschrieben wurde, in dem noch lange unvergessen sein wird, was ihm im deutschen Namen angetan wurde,

³⁹ Ebenda, S. 457.

⁴⁰ Ebenda, S. 395.

⁴¹ Ebenda, S. 562.

gibt dieser ernsten und vornehmen Würdigung des Grafen Helmuth von Moltke und seiner Gefährten ihren besonderen Glanz.

Notizen

Ich füge diesen Bemerkungen zur Substanz des Buches van Roons noch einige Notizen an, die unerheblich sind für die Gedankenführung des Buches im ganzen, die ich dem Verfasser und dem historischen Detail aber glaube schuldig zu sein. Ich nehme damit nicht in Anspruch, alle diejenigen Einzelheiten der Darstellung van Roons korrigieren zu können, die einer Nachprüfung nicht standhalten. Keine der im folgenden korrigierten Unrichtigkeiten kann Dr. van Roon zur Last gelegt werden. Er ist in allen diesen Fällen nur der Berichterstatter dessen, was ihm andere Auskunftspersonen mitgeteilt haben. Auch ihnen ist kein Vorwurf zu machen, denn wir sind alle dem Irrtum unterworfen. In einer von Erlebnissen gedrängt vollen Zeit ist der sterbliche Mensch mehr noch als in anderen Zeiten dem Irrtum auch in seiner eigenen Erinnerung unterworfen. Dies vorausgeschickt und uneingeschränkt auch auf mich angewandt, empfehle ich die folgenden Berichtigungen. Sie werden nicht in systematischer Reihenfolge vorgebracht, sondern der Darstellung des Buches folgend.

1. Zu S. 165: Auf „Mitte September“ 1944 datiert van Roon die Verlegung der Gefangenen des 20. Juli aus dem Gefängnis Lehrter Straße nach Tegel. Das genaue Datum ist der 27. September 1944.
2. Zu S. 228: Bei der Frage, inwieweit Ernst von Harnack, der Sohn Adolf von Harnacks, unmittelbar am Kreisauer Kreis beteiligt war, stützt sich Dr. van Roon auf Lukaschek, der ihn „als Teilnehmer an mehreren kleineren Zusammenkünften des Kreises“ erwähnt. Hier hat sich Lukaschek nach meiner Überzeugung getäuscht, denn Ernst von Harnack stand nach meiner Erinnerung zu keiner Zeit mit dem Kreisauer Kreis in unmittelbarer persönlicher Verbindung. Vielleicht hat Lukaschek ihn bei anderen Begegnungen getroffen, bei denen auch der eine oder andere Kreisauer zugegen war.
3. Zu S. 228, Fußnote 20: Adolf von Harnack, Ernst von Harnacks Vater, wird richtig als der Verfasser einer berühmten Dogmengeschichte ausgewiesen. Hinzuzufügen wäre, daß seine Bedeutung für die deutsche Theologie und die gesamte Wissenschaft auf einem sehr viel breiteren Gesamtwerk steht, was hier aber nicht ausgeführt zu werden braucht.
4. Zu S. 241 f.: Der Landesbischof von Württemberg, D. Theophil Wurm, rückte nicht erst mit seinem Widerspruch gegen die Euthanasie „in den Mittelpunkt des kirchlichen Widerstandes“, sondern schon mit seinem nachdrücklichen Protest gegen die Gleichschaltungsversuche der evangelischen Kirchen durch den Nationalsozialismus im Herbst und Winter 1933/34. Wurm war von jener Zeit bis zum Zusammenbruch des Dritten Reiches ein unentwegter und entschiedener Gegner des Nationalsozialismus, auch wenn er ebenso wie sein Freund und Kampfgefährte D. Meiser, der ehemalige Landesbischof von Bayern, sich auch dabei noch darum bemühte, dem Staat gegenüber loyal zu sein nach der Weisung Jesu „Geht dem Kaiser, was des Kaisers, und Gott, was Gottes ist“.

5. Zu S. 242: Die Schilderung meines Besuches bei Moltke, der mich in einem Brief an seine Frau als „Mann von Wurm“ apostrophiert, ist ungenau. In Wirklichkeit kam ich nicht im Auftrag von Wurm, sondern auf Anregung von Schönfeld, der seinerseits von Steltzer (vielleicht auch von von der Gablentz) auf Moltke und seine Bemühungen hingewiesen worden war. Ich hatte mich zuvor bei Trott, mit dem ich im Winter 1939/40 im Auswärtigen Amt zusammengearbeitet hatte, über Moltke erkundigt. Außerdem hatte ich mich mit meinen damaligen nächsten Freunden im deutschen Widerstand, dem Berliner Rechtsanwalt Joseph Wirmer und dem späteren schleswig-holsteinischen Innenminister Dr. Dr. Paul Pagel über den Besuch bei Moltke verständigt. Ich wußte deshalb schon vorher, daß Moltke Verbindung zu den Kirchen und den Kirchenführern suchte. Bischof Wurm kam in jenen Jahren oft nach Berlin. Mit einiger Vorsicht war er geneigt, meiner Auffassung zuzustimmen, daß es nicht mehr länger vertretbar sei, daß sich die Kirche nur „um die Freiheit ihrer Verkündigung“ bemühe, alles andere aber seinen Lauf nehmen lasse. Diese Einsicht war die Grundlage seiner Bereitschaft, über die Grenze des Kirchenkampfes hinaus mit führenden Köpfen des politischen Widerstandes in Kontakt zu treten. Auf dieser Grundlage wurde auch das Gespräch zwischen Wurm und Moltke vorbereitet. Es fand nach van Roons Bericht am 24. 6. 1942 statt, und zwar in der kleinen Wohnung Moltkes in der Derfflingerstraße 10 in Berlin. Außer Moltke und Wurm nahmen an der Besprechung Graf Yorck und ich teil.
6. Zu S. 243: Das von Dr. van Roon zitierte Urteil Emil Henks, die Sozialentwürfe der Jesuiten seien so ausgezeichnet gewesen, „daß aus ihnen die totale Wendung der führenden Männer der katholischen Kirche zum Sozialismus eindeutig und unwiderlegbar hervorging“, stellt eine Überinterpretation dar, die in der Sache selbst keine zureichende Begründung findet.
7. Zu S. 245f.: Über den Kontakt des Kreisauer Kreises zu den Bischöfen wäre noch erläuternd anzumerken: Ich habe die süddeutschen Bischöfe, insbesondere D. Wurm, dafür zu gewinnen versucht, daß die Kirchenführerkonferenz der Deutschen Evangelischen Kirche einmal ausschließlich zu den politischen Verbrechen Stellung nehmen möge. Sie tat das im allgemeinen in Verbindung mit der Verfechtung der sogenannten „legitim kirchlichen Anliegen“. Ich hielt es aus mehreren Gründen jedoch für notwendig, einen nachdrücklichen Protest auch einmal ohne die Verflechtung mit kirchlichen Wünschen und Interessen öffentlich auszusprechen. Dafür schrieb ich einen Entwurf, den Wurm wohl auch im Kreise seiner Amtsbrüder zur Diskussion stellte. Das Ergebnis war unbefriedigend, weil schließlich doch nur wieder eines jener würdigen kirchlichen „Worte“ daraus wurde, an die sich Freund und Feind inzwischen gewöhnt hatten. Das Verfahren bei beiden Kirchen glich sich in solchen Fällen damals in auffallender Weise.
8. Zu S. 246: Nach einer Mitteilung, die Dr. van Roon von Pressel über dessen Besprechung mit Moltke in Stuttgart um den Jahreswechsel 1943/44 erhielt, rechnete Moltke damals mit seiner unmittelbar bevorstehenden Verhaftung. Das erscheint mir in hohem Maße unwahrscheinlich. Meinem Freund, dem Oberkirchenrat Wilhelm Pressel in Stuttgart, ist hier nahezu mit Sicherheit ein Irrtum unterlaufen, der nach 19 Jahren erklärlich ist. Moltke rechnete im Januar 1944 keineswegs damit, daß seine Verhaftung unmittelbar bevorstehe. Sie kam für ihn wie für uns gleich überraschend, und sie hatte auch gar nichts mit dem Kreisauer Kreis zu tun. Hingegen bezieht sich Pressels Mitteilung höchstwahrscheinlich auf folgenden Sachverhalt: Am 18. und 19. Juli 1944 hatte ich in Stuttgart Gespräche mit Wurm wie mit Pressel. Meine Frau und ich waren in Österreich gewesen

und mir war bekannt, daß ich nach der Rückkehr nach Berlin in einer Sache, die wiederum nichts mit dem Kreisauer Kreis zu tun hatte, sondern mit dem Evangelischen Hilfswerk für Internierte und Kriegsgefangene, von der Gestapo verhaftet werden würde. Da ich durch eine unverfänglich abgefaßte Postkarte Peter von Yorcks davon unterrichtet war, daß jeden Tag mit dem Attentat zu rechnen sei, besprach ich auf der Rückreise mit Landesbischof Wurm einen Rundfunkaufruf, den wir für den Fall des Gelingens des Staatsstreiches für ihn vorbereitet hatten. An diesen Besprechungen nahm Pressel auch zeitweilig teil und in seiner Mitteilung an Dr. van Roon ist er sicherlich dieser naheliegenden Verwechslung zum Opfer gefallen.

9. Zu S. 258: Zweifel muß ich anmelden gegenüber dem von Dr. van Roon erwähnten Bericht Lukascheks, daß ihm Moltke im August 1943 eine Bestellung zum „Reichskommissar für die Ostgrenze“ überreicht habe. Ein exekutives Handeln dieser Art lag völlig außerhalb dessen, was Moltke in jenen Jahren zu tun pflegte. Ich kann mich auch nicht erinnern, daß vor einem der öfters unmittelbar bevorstehenden Staatsstreichtermine Moltke oder ein Kreisauer in ähnlicher Weise aktiv geworden wäre. Wir hatten dazu weder Vollmachten, noch gab es m. W. entsprechende präzise Abreden.
10. Zu S. 259: Mit Zurückhaltung sind auch verschiedene von Dr. van Roon herangezogene Berichte und seine Schlußfolgerungen über geplante Ämterbesetzungen im Falle des geglückten Staatsstreiches zu bewerten. Es gab zwar eine unkontrollierbare Vielzahl von Abreden zwischen Persönlichkeiten und Gruppen im deutschen Widerstand. Auch im Kreisauer Kreis gab es Bemerkungen darüber, aber sie konzentrierten und beschränkten sich auf die wenigen Leute an der Spitze. Die Kandidatur Goerdeler zum Reichskanzler war immer wieder Gegenstand solcher Gespräche, aber ich erinnere mich nicht an eine einzige Sitzung oder Besprechung bei der über Ämterbesetzungen durch die Kreisauer selbst verhandelt oder entsprechende Forderungen gestellt worden wären. Ich glaube, daß wir damit rechnet, daß Goerdeler mindestens einige Zeit Reichskanzler sein würde, und daß auch wir Kreisauer einer solchen Regierung loyal zur Seite treten müßten. Wenn van Roon unter Berufung auf mich berichtet, daß unsere Hoffnung jedoch gewesen sei, Leber als Kanzler zu sehen, so muß ich – einschränkend – hinzufügen, daß ich Herrn van Roon seinerzeit gesagt habe, daß jedenfalls viele von uns Leber den Vorzug vor Goerdeler gegeben hätten, daß wir es aber darüber nie zur großen Auseinandersetzung hätten kommen lassen. Es mag sein, daß dieser oder jener auch in unserem Kreis an Reichwein als Kultusminister gedacht hat, aber ich entsinne mich nicht, daß wir das zu einer Forderung der Kreisauer gemacht hätten. Eine Übertreibung ist es ganz sicher, zu behaupten, daß der „Kandidat der Kreisauer“ für das Reichsjustizministerium der Rechtsanwalt Reisert in Augsburg gewesen sei. Ich halte es für möglich, daß Vorschläge dieser Art aus Bayern an uns herangebracht wurden, aber ich erinnere mich nicht, daß darüber gesprochen oder gar ein Beschluß des Kreises gefaßt worden wäre. Im Berliner Widerstand, den Kreisauer Kreis eingeschlossen, galt in jenen Jahren Joseph Wirmer weit über die einzelnen Gruppen hinaus als der dafür berufene Mann. Die Darstellung Dr. van Roons über Helmuth von Moltke (S. 260) ist zu unterstreichen: Er war für seine eigene Person ohne den mindesten Ehrgeiz. Ich kann mich auch bei noch so berühmtem Nachdenken nicht erinnern, daß er jemals auch nur die Andeutung eines Wunsches, geschweige gar einer Forderung für sich selbst geäußert hätte.

Zu der Anmerkung 19 (S. 259) über die vermutliche Rolle des württembergischen Bauernführers Stooß (des heutigen Bundestagsabgeordneten) kann ich aus eigener Erinnerung beitragen, daß Stooß uns einmal von Pressel genannt wurde, als wir nach einem einflußreichen Verbindungsmann zur württembergischen Bauernschaft suchten.

Mit all dem soll nicht gesagt werden, daß die Kreisauer uninteressiert an wichtigen Personalfragen gewesen wären. Ich will damit nur betonen, daß wir uns weder als Kreis noch als Einzelne nach Ämtern drängten und uns nicht selten über die Bemühungen anderer Leute in dieser Richtung mokierten.

11. Zu S. 270f.: Der Bericht van Roons über die Begegnung der Kreisauer mit Goerdeler, Hassell, Popitz und anderen unter dem Vorsitz von Beck am 8. 1. 1943 ist in Anbetracht der Bedeutung dieser Zusammenkunft unzureichend. Van Roon kann allerdings geltend machen, daß dieser Abend von anderen, so z. B. von Ulrich von Hassell, hinreichend geschildert ist. Moltke hat sich zu Darlegungen Goerdelers übrigens nicht mit der Bemerkung „Kerenski-Lösung“ geäußert, sondern er sagte – neben mir sitzend – halblaut vor sich hin: „Kerenski!“ Das subjektiv und wahrscheinlich auch objektiv nicht berechnete Wort wurde aber auch von anderen Gesprächsteilnehmern aufgefangen und wirkte sich nicht gut aus.
12. Zu Teil IV: Die Darstellung van Roons im Teil IV seines Buches „Der Kreis und das Ausland“ über die Beziehungen der Kreisauer insbesondere nach Schweden und der Schweiz ist äußerst lückenhaft. Die Schilderung verrät z. B. keine weitere Kenntnis von der streng durchgehaltenen Verbindung unserer ökumenischen Arbeit mit dem politischen Widerstand. Was van Roon dazu berichtet (insbesondere S. 308 ff.) ist bruchstückhaft und ganz von außen kommend. In Anbetracht der Quellenlage ist van Roon daraus jedoch kein Vorwurf zu machen.
13. Zu S. 312: Die Mitteilung Adam von Trotts an Allan Dulles, Waetjen könne nicht verantwortlich für den Kreisauer Kreis sprechen, glaubt Dr. van Roon auf eine „gewisse Animosität“ zwischen beiden und ein Mißtrauen Trotts gegenüber Waetjen zurückführen zu können. Gegen diese Darstellung van Roons muß ich Adam von Trott ausdrücklich in Schutz nehmen. Eduard Waetjen ist in den Anfängen des Kreisauer Kreises als Freund Moltkes gelegentlich in Kreisau gewesen. Während des Krieges gehörte er formell der Abwehr unter Canaris als Vizekonsul (zusammen mit Gisevius) in Zürich an. Seine Schwägerin, Marie-Luise Sarre, war verhaftet, und auch die übrige Familie galt wohl den Nationalsozialisten als suspekt. Waetjen tat deshalb gut daran, seine Aufenthalte in Deutschland in den für den Kreisauer Kreis entscheidenden Jahren auf ein Minimum zu beschränken. Das hatte aber zur Folge, daß er mit den Kreisauern nur noch einen sehr losen Kontakt unterhalten konnte. Ich habe ihn in den Jahren 1942 bis 1944 niemals bei einer Besprechung oder Begegnung der Kreisauer gesehen. Adam von Trott handelte deshalb keineswegs aus persönlicher Animosität oder aus politischen Vorbehalten gegenüber Waetjen, wenn er wissen ließ, daß dieser nicht verantwortlich für den Kreis sprechen könne. Das war eine objektive Feststellung. Man tut Trott Unrecht, wenn man ihm persönliche Vorbehalte gegenüber Waetjen unterstellt. Ich habe niemals eine Äußerung Trotts über Waetjen gehört, die darauf schließen ließ, und Waetjen hätte eine solche auch gar nicht verdient.
14. Zu S. 376: Einem Zitat Brunstäds über den Staat fügt Dr. van Roon in Fußnote 24 eine „richtige“ Bemerkung von Eduard Heimann sowie einen Hinweis auf die Kritik in Wilhelm Raimund Beyers „Hegel-Bilder“ an. Dagegen wäre zu sagen, daß Heimann der Brunstädschen Theologie und Philosophie so wenig gerecht wird

wie Beyer der Philosophie Hegels. Wenn van Roon auf die Übernahme solcher Urteile, die ohnehin nichts mit dem Kreisauer Kreis zu tun haben, verzichtet hätte, wäre er davor bewahrt geblieben, das eklatante Fehlurteil abzugeben, daß Brunstäd mit seiner Lehre von der Schöpfungsordnung „der Gefahr der ‚Verabsolutierung‘ und ‚Sanktionierung‘ der Welt“ verfallen sei.

15. Zu S. 389: Ich glaube nicht, daß vom ganzen Kreisauer Kreis gesagt werden kann, daß für ihn „die Wiedereinführung der Monarchie Reaktion“ bedeutete. Dieser Frage wurde im Kreisauer Kreis niemals Bedeutung zugemessen, weil man sie nicht für aktuell hielt. Eine negative Festlegung ist aber auch nicht erfolgt.
16. Zu S. 396: Gestützt auf eine Mitteilung Pater Röschs berichtet Dr. van Roon über die Debatte auf der zweiten Kreisauer Tagung 1942 zum Verhältnis zwischen Reich und Ländern. Danach soll für den Kreis Preußen „in seiner jetzigen Form . . . eine Herausforderung für die Welt“ gewesen sein. Dafür hat der Kreis Preußen niemals gehalten. Es kann auch keine Rede davon sein, daß sich der Kreis als solcher zu einem Föderalismus à la Constantin Frantz bekannt habe. Van Roon gibt hier bayerische Stimmen wieder, die nicht charakteristisch sind für den Kreisauer Kreis im ganzen.

ERNST NOLTE

ZEITGENÖSSISCHE THEORIEN ÜBER DEN FASCHISMUS

Vorbemerkung des Herausgebers

Die nachfolgenden Seiten stellen einen Teilabdruck aus der Einleitung zu einem für den Herbst d. J. angekündigten Buche dar, das unter dem Titel „Theorien über den Faschismus“ im Rahmen der „Neuen Wissenschaftlichen Bibliothek“ bei Kiepenheuer & Witsch erscheinen wird. Diese Einleitung trägt die Überschrift „Vierzig Jahre Theorien über den Faschismus“ und zerfällt in fünf Kapitel, welche die Zeitabschnitte 1921–1925, 1925–1933, 1933–1939, 1939–1945 und 1945–1960 zum Thema haben.

Aus Raumgründen wird hier neben der kurzen Einführung nur das zweite Kapitel gedruckt. Die im ersten Kapitel hauptsächlich behandelten Autoren sind: Giovanni Zibordi, Torquato Nanni, Arturo Labriola, Karl Radek, Clara Zetkin, Giovanni Gentile, Luigi Salvatorelli und Benedetto Croce. Bei ihnen klingen eine Reihe der wichtigsten Fragestellungen schon an, so die nach dem singulären oder generischen, heteronomen oder autonomen Charakter des Faschismus, nach seiner klassenmäßigen und sozialpsychologischen Bestimmtheit. Das zweite Kapitel verfolgt die Fortentwicklung dieser Fragestellungen und das Entstehen neuer Interpretationen. H. R.

Während Liberalismus und Sozialismus in ihren Anfängen jahrzehntelang bestimmte Auffassungen von der Natur des gesellschaftlichen Lebens entwickelten und zunächst nur wegen dieser Auffassungen von Fall zu Fall zum Gegenstand der Angriffe ihrer Gegner wurden, sind die Theorien über den Faschismus so alt wie der Faschismus selbst.

Als Mussolini im Jahre 1921 noch heftig gegen den „agrарischen Faschismus“ polemisierte, der mit den im März 1919 gegründeten „Fasci di combattimento“ bloß den Namen gemeinsam habe, kam eine zur Untersuchung der Vorgänge von Bologna eingesetzte parlamentarische Kommission zu dem Ergebnis, es habe sich bei der bürgerkriegsmäßigen Zerschlagung der sozialistischen Organisationen durch bewaffnete Faschisten um eine „jacquerie borghese“ gehandelt, d. h. um eine gewalttätige Reaktionsbewegung des in der roten Hauptstadt der Emilia und überhaupt in der Poebene durch die Erfolge der Sozialisten bedrohten und aufs äußerste erbitterten Bürgertums. Und als der ehemalige Führer des italienischen Sozialismus anderthalb Jahre später nach vergeblichen Widerstandsversuchen sich zum „Duce“ jenes „agrарischen“, d. h. nicht mehr nur antibolschewistischen, sondern eindeutig antisozialistischen, mit der nationalistischen Rechten eng verbündeten Faschismus hatte machen lassen und seine inzwischen perfekt organisierten Verbände zum Marsch auf Rom und damit zu einer Revolution bisher unbekanntem Typs in Bewegung setzte, da existierte bereits eine kleine Bibliothek von Schriften über den Faschismus.

Es handelte sich um Broschüren von Anhängern und Gegnern, und es gab auch schon erste Versuche wissenschaftlicher Betrachtung. Aber selbst sie waren von

dezidierten Stellungnahmen erfüllt, und eine stellungnehmende Literatur ist die Literatur über den Faschismus bis heute geblieben. Wenn nur dasjenige Theorie heißen darf, was sich in der olympischen Distanz etwa der Astronomie entfaltet, dann gibt es keine Theorie über den Faschismus. Wie vor allen lebendigen Phänomenen geistiger und politischer Art bleibt auch die Wissenschaft, sofern sie sich nicht auf die bloße Rekonstruktion von Tatsachenreihen beschränkt, in eine der großen Grundkonzeptionen eingebunden, die mit einem historisch allzusehr belasteten Ausdruck Ideologien genannt werden. Aber der Unterschied zwischen bloßer Polemik und ernsthaften Versuchen des Begreifens oder mindestens der Kennzeichnung ist meist so evident, daß der Terminus „Theorie“ seine Berechtigung behält, obgleich es immer nur sozialistische, konservative, kommunistische, faschistische oder liberale Theorien gegeben hat. Und der Wille zur Theorie, d. h. zu einer umfassenden Betrachtungsweise, ist mehr als die einzelne Theorie selbst: in eins mit den Stößen der gedanklich nie adäquat erfaßten Realität verwandelt er die ideologischen Kategoriensysteme und bereitet neue Synthesen vor.

Der *sozialistische* Typus der Theorie muß aus vielen Gründen als erster genannt werden. Vor allen anderen Gegnern wandte sich der Faschismus zuerst gegen den Sozialismus, sei es auch nur in der Gestalt, die er den „Marxismus“ nannte; früher als irgendeine andere Partei hat die sozialistische den neuen Feind erkannt und angeprangert. Mit einem Körnchen Salz könnte man sagen, daß die sozialistische Auslegung des Faschismus älter ist als der Faschismus selbst. Denn die italienische Sozialistische Partei hatte sich im Jahre 1915 den Übergang Mussolinis zum Interventionismus nur durch die Behauptung zu erklären vermocht, der Mann, durch welchen sie 1912 auf die revolutionäre Bahn zurückgebracht worden war, habe sich von der kriegshetzerischen Bourgeoisie bestechen lassen. Mithin mußten auch die „Fasci d'azione rivoluzionaria“, die er wenig später mit einer Anzahl von Freunden aus dem revolutionären und syndikalistischen Lager gründete, eine gekaufte Hilfstuppe des Bürgertums sein. Man verkannte dabei, daß die Entscheidung Mussolinis nicht bloß eine individuelle war und daß sie im Rahmen eines Marxismus, der nicht mit dem bürgerlichen Pazifismus identisch werden wollte, mindestens eine genuine Alternative darstellte. Aber die Entwicklung des Faschismus von 1919 bis 1922 schien die alte Auffassung weitgehend zu bestätigen, und diese Auffassung war ein klassischer Typ von Theorie, wenn Theorie nichts weiter als die Zurückführung von etwas Unerkanntem auf eine bekannte Grundwirklichkeit bedeutet. Zugleich wurde an ihrem Beispiel schon früh offenbar, daß eine Theorie über den Faschismus als konstitutives Element in die Entwicklung des Faschismus selbst einging. Denn wie Mussolinis Verhalten zum Sozialismus ganz wesentlich durch die Erbitterung gegenüber dem Vorwurf bestimmt wurde, ein „gekauft Instrument der Bourgeoisie“ zu sein, so haben alle späteren Versuche faschistischer Selbsteutung das Bewußtsein der analogen sozialistischen Interpretation bereits als Stachel vorausgesetzt. Schließlich muß es einer Anzahl von sozialistischen Schriftstellern zur Ehre angerechnet werden, daß sie sich mit dem klassischen Typ der Theorie nicht begnügten und die Ansätze einer phänomenologischen Theorie

lieferten, die ihren Gegenstand zunächst einmal zur Kenntnis nimmt und ihn sich gleichsam selbst beschreiben läßt.

Gerade das Fehlen dieser Tendenz charakterisiert die *kommunistische* Interpretation, die als starres Festhalten an der ursprünglichen sozialistischen Position erscheint. Gleichwohl dürfte es zulässig sein, in ihr einen eigenen Typ von Theorie zu erblicken, nicht nur wegen der historischen Rolle, die sie in immer prononcierterer Unterschiedenheit zu spielen berufen war, sondern auch deshalb, weil die Wandlungen, denen sogar sie sich ausgesetzt sah, besonders aufschlußreich sind.

Der kommunistischen Auslegung am schroffsten entgegengesetzt ist natürlich das *faschistische* Selbstverständnis. Auch dieses Selbstverständnis ist eine „Theorie über den Faschismus“ und nicht ohne weiteres mit den „Theorien des Faschismus“ identisch. Der frühe italienische Faschismus war zweifellos eine untheoretische Bewegung, wenn man auch nicht übersehen darf, daß Mussolini eine ebenso interessante wie symptomatische geistige Entwicklung durchgemacht hatte und daß der italienische Nationalismus seit langem über eine gut ausgebildete Doktrin verfügte. Aber schon in dieser frühen Zeit war die Lehre von den Gegnern und damit von der Natur des Faschismus selbst der harte Kern der embryonalen Theorie des Faschismus, und sie wurde im Laufe der Zeit immer weiter ausgebaut. Ihre innere Logik ist es, die den Faschismus am unzweideutigsten individualisiert.

In Italien hat sie sich schon sehr früh auch gegen den (katholischen) *Konservatismus* gerichtet. Das faschistische Programm von 1919 forderte die Enteignung der Kirchengüter, und *F. T. Marinetti* machte wenig später den Vorschlag, den Papst nach Avignon zu verbannen. Aber gerade die Wendung nach rechts, die Mussolini zum Führer des „agrarischen“ Faschismus werden ließ, führte ihn von seinem ererbten Antiklerikalismus fort und jenem antichristlichen Katholizismus zu, der von den Nationalisten in der Spur von *Charles Maurras* ausgebildet worden war. So blieb das Verhältnis des Faschismus zum (katholischen) Konservatismus von einer tiefen Zweideutigkeit erfüllt, die in Italien zwar nur zu den ersten Ansätzen einer eigenen konservativen Theorie über den Faschismus führte, die aber potentiell ein fruchtbares Feld war.

Sehr viel früher klärte sich die Zweideutigkeit im Verhältnis von Faschismus und *Liberalismus*. Sogar unter dem Eindruck der scheinbar bevorstehenden sozialistischen Revolution nahm in den Jahren 1920 bis 1922 nur ein Teil der liberalen öffentlichen Meinung für den Faschismus Partei und nicht einmal „die“ Finanzwelt erwies sich als einheitliche Größe. 1925 war ein kleiner Teil der Liberalen (unter ihnen Giovanni Gentile) zum Faschismus übergegangen, der größere Teil dagegen (unter ihnen die ehemaligen Ministerpräsidenten Orlando und Giolitti) hatte die Opposition gewählt. Eine liberale Theorie des Faschismus gab es in ihren ersten Anfängen nicht später als die sozialistische; wenn sie sich von dieser und gar der kommunistischen durch geringere Geschlossenheit und Eindeutigkeit unterschied, so konnte sie doch für sich eine größere Sensibilität und eine stärkere Neigung zur allseitigen Betrachtung in Anspruch nehmen, und daher ist es gerechtfertigt, sie im ganzen als die letzte zu nennen.

Alle diese Typen der Theorie waren in den Grundzügen ausgebildet, als der Faschismus im Jahre 1925, nach der Überwindung der Matteotti-Krise, zum zweitenmal und diesmal auf totale Weise die Macht ergriff. Bei allen ließ sich bereits erkennen, wie sie, bzw. ihre verschiedenen Versionen und Schattierungen, zu der bald auftauchenden Grundfrage nach dem singulären oder generischen Charakter des Faschismus Stellung nehmen würden. Aber ihre Fortbildung vollzog sich in so engem Zusammenhang mit den historischen Ereignissen, daß auch eine Einteilung nach Phasen angebracht ist. . . .

*

Als im Jahre 1928 *Filippo Turati*, der große alte Mann der italienischen Sozialisten, von Paris aus in einem kurzen, aber durch Prägnanz ausgezeichneten Aufsatz zur Frage des Faschismus das Wort ergriff, da hatte sich das faschistische Regime in Italien längst gefestigt, wenn auch mit Mitteln, die im außerrussischen Europa ebenso neuartig waren wie die Methoden, durch welche er die Macht errungen hatte: alle Parteien waren aufgelöst, die Presse war gleichgeschaltet, eine politische Sondergerichtsbarkeit war eingeführt, und die Gegner des Regimes saßen, soweit sie sich nicht geschickt getarnt hatten oder in die Emigration gegangen waren, in den Gefängnissen und auf den „Inseln“. Turati gibt zunächst eine Ätiologie des Faschismus, die dasjenige knapp zusammenfaßt, was von den verschiedensten Beobachtern seit geraumer Zeit konstatiert worden war: die Bedeutung des Krieges, das Bündnis von Plutokratie und Deklassierten, die „bolschewistische Trunkenheit“, die Krise der Demokratie und des Parlamentarismus. Da alle diese Ursachen in allen kapitalistischen Ländern vorhanden sind, gibt es für Turati keinen Zweifel, daß der Faschismus überall in Europa möglich ist; er stellt sich also mit aller Entschiedenheit auf die Seite der generischen Interpretation des Faschismus. Aber er ist der erste, der nicht nur die unmittelbaren Ursachen, sondern auch die Zukunftsmöglichkeiten des Faschismus ins Auge faßt, und so gelangt er zu der überaus bemerkenswerten Prophetie, daß der Faschismus unter Umständen imstande sein werde, in der Welt einen permanenten Kriegszustand und innerhalb jedes einzelnen Staates, im Gegensatz zu allen bisherigen Vorstellungen von den Entwicklungstendenzen der Geschichte, eine Scheidung nicht mehr von Klassen, sondern von Rassen (*Stirpi*), nämlich von winzigen Herren- und riesigen Sklavenschichten zu schaffen. Wenn das aber so ist, dann kann der Faschismus keine bloße Funktion des Kapitalismus sein, der in seiner ganzen geschichtlichen Entfaltung zwar gelegentlich zum Aushilfsmittel der Diktatur gegriffen hat, aber seinem Begriff nach ein flüssiges und in Fluß bringendes, aller starren Herrschafts- und gar Kastenordnung feindliches System war. Die Kennzeichnung durch den abstrakten Begriff des Privateigentums muß dann als ebenso unzureichend und verwischend gelten wie die Bestimmung durch den Begriff der Verfügungsgewalt, der vom Standpunkt des Anarchismus auch die uneingeschränkste Staatswirtschaft als „Kapitalismus“ (d. h. Staatskapitalismus) erscheinen läßt. So wäre denn der Faschismus zwar durch den Kapitalismus bedingt und stände doch vorkapitalistischen, ja

archaischen Lebensformen näher als ihm: er wäre autonom, wengleich gewiß nicht durch Jungfrauengeburt entstanden, und die bloß kausale Analyse wäre zwar nicht unrichtig, aber unzureichend. Der teleologische Hinblick auf eine mögliche Zukunft führt also bei Turati zu einem ähnlichen Ergebnis, wie es Labriola durch die phänomenologische Beschreibung der Realität des Faschismus erreicht hatte: zur autonomistischen im Gegensatz zur heteronomistischen bzw. instrumentalischen Interpretation. Und damit ändert sich sofort das Postulat des praktisch-politischen Handelns, das in jeder theoretischen Analyse des Faschismus beschlossen liegt: die autonomistische Interpretation will nicht, wie etwa Gobetti es getan hatte, den Willen hervorrufen, im Faschismus nur um so energischer den altbekannten, bloß oberflächlich verwandelten Gegner zu bekämpfen, sondern sie drängt auf ein Bündnis „aller nationalen Kräfte – welcher Klasse und Partei auch immer – welche die Grundfreiheiten und die Würde des Vaterlandes respektieren“¹. Weil der Faschismus nicht mehr nur als Drohung gegen das Proletariat, sondern als Gefahr für „die Zivilisation“ gesehen wird, zeichnet sich eine neue Frontbildung ab: die Scheidung zwischen „Demokratie“ und „Totalitarismus“.

Aber wenn es schon Turati ohne Zweifel fern lag, eine Identifizierung von Bolschewismus und Faschismus vorzunehmen, so gibt das Beispiel *Hermann Hellers*, eines der wenigen sozialdemokratischen Rechtslehrer an deutschen Universitäten, noch klarer zu erkennen, wie wenig die Allgemeinheit des Begriffes der „Diktatur“ am Ende der zwanziger Jahre das Empfinden für konkrete Unterschiedlichkeiten gleichsam verschluckt hatte. Denn nicht daß der Faschismus eine Diktatur ist, scheint Heller das entscheidende zu sein, sondern daß er eine Diktatur ohne Glaubensgrundlage und eigenes Wertsystem ist, ein Produkt des Relativismus und bestenfalls der Gegenschlag eines normalen Macht Denkens gegen die bloß noch formale Normativität des demokratischen Positivismus. So gelangt Heller zu der Definition: „Faschismus ist Mussolinismus, und dieser, je nach der augenblicklichen Situation Staatsverneinung oder Staatsvergottung, Sozialismus oder Kapitalismus, Syndikalismus oder Zentralismus, Katholizismus oder Paganismus“, ein „zynisch zersetzendes Spiel mit allen normativen Gehalten, seien sie nun religiöser, ethischer oder juristischer Natur“² und mithin, wie man hinzufügen muß, ein typisches Produkt der europäischen Geistesgeschichte der letzten 50 Jahre. Diesen geistesgeschichtlichen Hintergrund des Faschismus gezeichnet zu haben, ist ein Hauptverdienst des zuerst 1929 erschienenen Buches und insbesondere der Nachweis, daß der eigentümliche Archaismus des Faschismus durch ganz moderne und keineswegs nur ökonomische Entwicklungen bedingt ist: „Die natürliche und eben deshalb auch gesollte Überordnung des Herrn über den Sklaven, die moralinfreie Selbstdurchsetzung des Starken ist ja die einzig mögliche Moral eines irrationalen Voluntarismus und Aktualismus“ (S. 55). Heller bleibt aber bei den geistesgeschichtlichen Voraussetzungen keineswegs stehen, sondern unterzieht die faschistische

¹ Filippo Turati, *Il fascismo*, in: *Antologia di scritti critici a cura di Costanzo Casucci* Bologna 1961, S. 255.

² Hermann Heller, *Europa und der Faschismus*, 2. Aufl., Berlin 1951, S. 66.

Realität einer unerbittlichen Kritik, welche die Gewalt als den einzigen wesentlichen Integrationsfaktor des faschistischen Staates zu erweisen sucht, unter anderem durch den Hinweis auf die innere Unwahrhaftigkeit des sogenannten Korporativismus und den permanenten Terror einer politischen Ausnahmegesetzgebung, die beispielsweise imstande ist, Familienangehörige von Kommunisten auf den bloßen Verdacht der Mitwirkung an Propagandaaktionen hin zu vieljährigen Gefängnisstrafen zu verurteilen. Spöttisch weist er die faschistische „Staats“ideologie zurück und nennt 15 Jahre vor Ernst Fraenkel den faschistischen (und nur den faschistischen) Staat einen „gespaltenen Staat“ (S. 107), in welchem das monarchistische Heer und die sich bürokratisierende Partei einander gegenüberstehen.

Bei all dem erklärt Heller den Faschismus mehrfach und nachdrücklich für eine italienische Eigentümlichkeit, welcher hauptsächlich die Funktion einer Warnung für die europäische Demokratie zukomme. Aber die Gesamttendenz des Buches läuft auf ein anderes Ergebnis hinaus: wie könnte ein Phänomen, das so eng mit der europäischen Geistes- und Sozialgeschichte im ganzen verknüpft ist, bloßen Lokalcharakter haben? Muß man doch nach Heller den faschistischen Korporationsstaat für die modernste statt für die reaktionärste Regierungsform halten, sobald man „an die Zukunft der Arbeiterklasse und damit Europas“ nicht mehr *glaubt* (S. 135)! Und daher wirkt es inmitten des so scharfsinnigen Buches wie ein allzu angestrebter Glaubensakt, wenn Heller in der 1931 erschienenen zweiten Auflage zwar konstatiert, daß der deutsche Nationalsozialismus „realsoziologisch von den gleichen ideologischen und kleinbürgerlich-kapitalistischen Kräften“ getragen werde wie der italienische Faschismus der ersten Stunde und sich den Faschismus zum Vorbild nehme, wenn er ihm aber offenbar keine Chance einräumt, weil „Hitlers schlechte Mussolinikopie“ zeige, „daß die europäische Staatenwelt schon deshalb nichts Positives vom Faschismus lernen kann, weil die Diktatur auf einer Person beruht und keine zu übernehmende Institution ist“ (S. 155).

Dagegen steht im gleichen Jahre 1931 für den belgischen Sozialisten *Hendrik de Man*, der damals Dozent an der Universität Frankfurt war, in seiner Broschüre „Sozialismus und Nationalfaschismus“ die deutsche Entwicklung schon ganz beherrschend im Vordergrund, d. h. statt des gewalttätigen italienischen Kaderfaschismus der im Zeichen der Weltwirtschaftskrise zu gigantischen Wählerzahlen anschwellende deutsche Massenfaschismus. Gerade dieses Massenhafte beunruhigt de Man und bestätigt ihn zugleich in jener Kritik am Marxismus, durch die er wenige Jahre zuvor bekannt geworden war. Denn aus den marxistischen Prämissen läßt sich das Anwachsen des „Nationalfaschismus“ zur Massenhaftigkeit nicht erklären. Zwar handelt es sich auch nach Auffassung de Mans um eine „typische Bewegung von Mittelständlern und Stehkragenproletariern“³, zwar haben sich Marx' Voraussagen insofern bewahrheitet, als gerade die Verelendung dieser Schichten zu ihrer politischen Aktivierung geführt hat. Aber daß sie trotz der ökonomischen Nivellierung sich *als* Schichten erhalten haben und daß die Zahl ihrer Glieder

³ Hendrik de Man, *Sozialismus und Nationalfaschismus*, Potsdam 1931, S. 10.

nicht abnimmt, sondern wächst: das ist die Tatsache, die der Erklärung bedürftig ist. Marx ist einem Irrtum unterlegen, als er glaubte, daß die Zahl der Industrieproletarier unablässig und bis zur ungeheuren Majorität ansteigen werde; in Wirklichkeit hat der Prozeß der Industrialisierung von einem bestimmten Zeitpunkt ab die neue Gruppe der „Stehkragenproletarier“ sich stärker vermehren lassen, und er hat sie trotz aller ihrer antikapitalistischen Ressentiments zum Bündnis mit den alten Mittelschichten und dem Großbürgertum geführt. So ist es zu der Paradoxie gekommen, „daß der Nationalfaschismus einerseits eine politische Folge dieser von Marx vorausgesagten Entwicklung ist und andererseits eine Bewegung, deren wirksamstes Schlagwort ‚Gegen den Marxismus‘ lautet“ (S. 11). Zwar nennt auch de Man die politische Haltung dieser kleinbürgerlichen Massen ein „falsches Bewußtsein“, aber er tut doch einen bedeutenden Schritt, wenn er zur Aufhellung dieses problematischen Begriffs das Beispiel der „armen Weißen“ im amerikanischen Süden heranzieht, und er wäre vielleicht noch weiter gekommen, wenn er auf die anschauliche Basis des Marxschen Begriffs vom „Proletarier“ und auf das Verhältnis von ökonomischer Klasse, politischer Partei und Parteiführerschaft eingegangen wäre. Jedenfalls bleibt er bei immanent-psychologischen Erörterungen, die ihm z. B. einen Vergleich zwischen den Mentalitäten der kleinbürgerlichen Faschisten und der proletarischen Kommunisten nahelegen, nicht stehen und führt auch politische Ursachen für das Anwachsen des Nationalfaschismus an: den Verzicht des Sozialismus auf den Appell an die Sehnsucht der Massen nach Mythen und Führerverehrung, das außersozilogische Verlangen der Jugend nach dem Neuen, die Schwäche des Parlamentarismus vor den neuen Aufgaben. Wie Turati läßt de Man die Möglichkeit eines nationalfaschistischen Triumphes ausdrücklich zu; aber wenn er sie „für viel weniger wahrscheinlich als [die] eines siegreichen sozialistischen Gegenstoßes“ erklärt (S. 59), so dürften doch dem rückschauenden Blick die Symptome jener inneren Unsicherheit an manchen Stellen der Broschüre evident werden, die de Man als den Präsidenten der belgischen Sozialistischen Partei zehn Jahre später zur temporären Kapitulation gegenüber dem siegreichen Deutschland Hitlers veranlaßte.

Dagegen lag die Gefahr für die *kommunistische* Theorie gerade in ihrer mehr und mehr sich verschärfenden Starrheit, die ihr allerdings zugleich den Wert eines festen Pols in der Fülle der Denkmöglichkeiten gab. Die Tendenz ging seit 1925, vereinfachend gesagt, dahin, jene Hinweise und Nebentöne, die den Reden Radeks und Clara Zetkins Lebendigkeit und Farbe gegeben hatten, zugunsten der großen Linien zu unterdrücken oder in Nebensätze abzudrängen. So wird die Theorie in einem solchen Maße generalisierend, daß Clara Zetkins Warnung vor der Verwechslung des Faschismus mit „anderen reaktionären Regimes“ oft genug vergessen wird und „der“ Faschismus ebenso wie „der“ Kapitalismus inmitten der verschiedenartigsten Verhältnisse als staunenswerte Einheit auftaucht. Die heteronomistische Auslegung des Faschismus wird an manchen Stellen bis zur blanken Identifizierung von Faschismus und Kapitalismus fortgetrieben, so noch 1933 in der berühmten Definition des 13. Plenums des EKKI, der Faschismus sei „die offene

Vierteljahrshefte 3/3

terroristische Diktatur der am meisten reaktionären, am meisten chauvinistischen, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals“. Daß die Theorie im Hinblick auf die beginnenden Versuche, Bolschewismus und Faschismus anhand evidenter und möglicherweise nicht bloß formaler Gemeinsamkeiten zu identifizieren, schroff differenzierend und entgegensetzend ist, versteht sich von selbst; weniger selbstverständlich und dennoch konsequent ist die Auslegung der Sozialdemokratie als „Sozialfaschismus“, die aber ausgerechnet von Stalin 1924 inauguriert worden war und doch nur dann unvermeidlich ist, wenn man die Entscheidung zwischen „Kapitalismus“ und „Sozialismus“ für unmittelbar bevorstehend und die einzige wesentliche Alternative hält.

Aber die Orthodoxie war in diesen frühen Jahren noch nicht so übermächtig, daß sich vor der befremdenden Neuartigkeit des Phänomens an den Rändern des kommunistischen Bereichs nicht eine Reihe von Versionen ausgebildet hätten, die ein besonderes Interesse beanspruchen dürfen, auch und gerade dann, wenn sie von der innerparteilichen Opposition, von Abgefallenen oder von bloßen Verbündeten stammen.

Die „Thesen von Lyon“, die von der Kommunistischen Partei Italiens unter der Direktion Antonio Gramscis im Januar 1926 aufgestellt wurden, sind zwar ein parteioffizielles Dokument, aber sie nähern sich der singularisierenden Interpretation mehr als irgendeine andere kommunistische Verlautbarung. Mit einer historischen Gründlichkeit, zu der es in den Programmen anderer Parteien schwerlich eine Parallele gibt, werden die spezifischen Gegebenheiten des ökonomischen und politischen Lebens in Italien analysiert: die mangelhafte Entwicklung der Industrie, der Kolonialstatus des Südens gegenüber dem Norden, der Cliquencharakter der Liberalen, die Rolle des Vatikans, die fehlende Konsistenz der Sozialistischen Partei. In diesem Koordinatensystem hat der Faschismus seinen nur allzuleicht begreifbaren Platz: „Der Faschismus fügt sich, als eine Bewegung bewaffneter Reaktion mit der Absicht, die Arbeiterklasse zu desorganisieren und unbeweglich zu machen, in den Rahmen der traditionellen Politik der italienischen herrschenden Klasse und in den Kampf des Kapitalismus gegen die Arbeiterklasse ein.“⁴ Er ist weder etwas Neues noch gar eine Revolution, sondern nur „eine andere Konzeption der Vereinheitlichung der reaktionären Kräfte“. Aber eben weil sich im Grunde nichts geändert hat, sind die Siegeschancen des Proletariats in Italien nach wie vor ausgezeichnet, denn „in Italien bestätigt sich die These, daß die günstigsten Bedingungen für die proletarische Revolution nicht notwendig immer in den Ländern vorhanden sind, wo Kapitalismus und Industrialismus sich aufs stärkste entwickelt haben, sondern daß sie vielmehr dort vorhanden sein können, wo das Gewebe des kapitalistischen Systems durch seine strukturellen Schwächen einem Angriff der revolutionären Klasse und ihrer Verbündeten weniger Widerstand entgegenzusetzen kann“ (S. 421). Das ist nun, trotz der vorsichtigen Formulierung, eine revolutionäre These, die den Marxismus gleichsam vom Kopf auf die Füße stellt und

⁴ Paolo Alatri (Hrsg.), *L'antifascismo italiano*, Rom 1961, Bd. I, S. 426.

den Faschismus nicht als letzte Karte im Spiel „der“ Bourgeoisie, sondern als Organisationsform eines jungen Kapitalismus erscheinen läßt. Aber gerade infolge der Umkehrung der marxistischen Voraussetzungen ist die Siegeszuversicht der jungen Partei so groß, daß sie die Warnung Radeks, für eine kleine, aber reine Partei finde sich leicht Platz im Gefängnis, in den Wind schlägt und nicht nur jede Zusammenarbeit mit den bürgerlichen Oppositionsparteien (die sich nur über ihre essentielle Identität mit dem Faschismus hinwegtäuschen) ablehnt, sondern auch die Sozialdemokratie „als linken Flügel des Bürgertums“ zu den Elementen jenes „bürgerlichen“ Staates rechnet, dessen interne Zwistigkeiten man zwar ausnutzen soll, aber nur deshalb, um ihn möglichst bald als Ganzen zu Boden zu werfen.

Noch zwei Jahre später betont *Palmiro Togliatti* in seinem Aufsatz „A proposito del fascismo“ die spezifisch italienischen Voraussetzungen und Kennzeichen des Faschismus mit großem Nachdruck, so daß er zu dem Ergebnis kommt, es gebe „wenig Wahrscheinlichkeit, daß eine dem italienischen Faschismus ähnliche Bewegung in einer gänzlich verschiedenen historischen und sozialen Umwelt und insbesondere in einem Lande aufkommt, wo der Kapitalismus sehr stark wäre“⁶. Aber er hebt doch im Gegensatz zu den Thesen von Lyon die „Komplexität“ des Faschismus stark hervor und gesteht ihm den Rang einer „autonomen politischen Bewegung“ zu, die sich fähig gezeigt hat, mindestens einen Teil der alten herrschenden Schichten zu entmachten. Am auffallendsten ist, daß er die Existenz einer faschistischen Ideologie anerkennt, für welche die Verwendung marxistischer Termini im Dienste des Imperialismus kennzeichnend sei. Aber Togliatti biegt in die Bahnen der orthodoxen Auffassung zurück, indem er dem italienischen Faschismus doch wieder Typencharakter zuschreibt (*fascismo tipo*), eine dauernde Abschwächung der Autonomie gegenüber dem kapitalistischen Großbürgertum konstatieren zu dürfen glaubt und die Ideologie für nichts anderes als „die logische Krönung der bürgerlichen Diktatur“ erklärt (S. 103).

Im Falle *August Thalheimers*, der in den frühen zwanziger Jahren wie Togliatti zu den führenden Köpfen der nationalen Partei und der Internationale gehört hatte, bildete sich die Differenz in der Beurteilung des Faschismus, insbesondere des „Sozialfaschismus“, bis zum Bruch fort. Dabei war Thalheimer der erste, der auf den naheliegenden Gedanken kam, sich unmittelbar bei Marx und Engels Rat zu holen. In seinem Aufsatz „Über den Faschismus“, der zu Beginn des Jahres 1930 in der Zeitschrift der KPD (Opposition) „Gegen den Strom“ erschien, unternimmt er es, den Marxschen Begriff des Bonapartismus für die Interpretation des Faschismus fruchtbar zu machen. Für Marx und Engels bedeutet der Bonapartismus bekanntlich die „Verselbständigung der Exekutivgewalt“ infolge des Verzichts der Bourgeoisie auf ihre politische Macht zwecks Aufrechterhaltung jener gesellschaftlichen Macht, die sie durch den revolutionären Ansturm des Proletariats in den Junitagen von 1848 bedroht gesehen hatte, einer Exekutivgewalt freilich, die mit der schon vorhandenen Bürokratie nicht identisch ist, sondern einen gekrönten Abenteurer

⁶ Alatri, a. a. O., Bd. II, S. 94.

als Spitze, ein Konglomerat von Deklassierten aller Klassen als Nutznießer, die Armee als Stütze und die Masse der französischen Parzellenbauern als Basis hat. Daher glaubt Thalheimer den Bonapartismus als „offene Diktatur des Kapitals“ bezeichnen und ihm den Faschismus als „andere . . . aber nahe verwandte“ Form dieser Diktatur an die Seite stellen zu dürfen⁶. Die faschistische Partei entspricht der „Dezembergesellschaft“ Louis Bonapartes; der durch den Carbonarismus hindurchgegangene Kaiser nimmt den durch die Sozialdemokratie(1) hindurchgegangenen Duce vorweg, der faschistische Staat betätigt sich wie der napoleonische „Imperialismus“ als Vermittler zwischen Bourgeoisie und Arbeiterklasse. Die Unterschiede dagegen sind vergleichsweise untergeordneter Art: der Faschismus ist auf offenere Weise reaktionär und zugleich als Massenorganisation nicht mehr dem Typus der rudimentären Parteien des 19. Jahrhunderts zugehörig, sondern „das konterrevolutionäre Gegenstück zur Kommunistischen Partei Sowjetrußlands“⁷.

Die Gefahren, welche diese Parallelisierung für die orthodoxe kommunistische Interpretation in sich schließt, springen freilich ins Auge: wenn der Faschismus nicht *die* Form der Diktatur des Kapitals ist, sondern nur eine dieser Formen, dann muß er nicht notwendig die letzte Etappe vor der siegreichen proletarischen Revolution sein, die Erinnerung an Marx' Deskription der Rolle der „Deklassierten“ entwertet eins der wichtigsten Elemente der gewohnten Ätiologie, eine verselbständigte Exekutive kann nicht die Diktatur des Kapitals sein. Und schon der Begriff der älteren Parallelerscheinung zum Faschismus mußte Bedenken hervorrufen, denn das Ältere weist immer auf noch Älteres hin, und am Ende mochte ein Ariadnefaden gar auf vor- und außerkapitalistische Wurzeln des Faschismus führen.

Diese Wurzeln hat niemand auf überzeugendere Weise ans Licht gehoben als Ernst Bloch, und die wichtigsten seiner 1935 unter dem Titel „Erbschaft dieser Zeit“ veröffentlichten Aufsätze gehen in das Jahr 1932 zurück. Gewiß war bei anderen marxistischen Theoretikern von den „Überresten vorkapitalistischer Wirtschaftsformen“ und den „zurückgebliebenen Schichten“ oft genug die Rede gewesen; aber wenn Bloch von den „ungleichzeitigen“ Gruppen spricht, von den „älteren Seinsarten“, die mitten in der modernen Stadt wiederkehren, von der Fortexistenz der „Überbauten, die längst umgewälzt schienen“⁸, dann nimmt das Triviale einen Goldglanz und eine Tiefendimension an, die es noch bei keinem Marxisten gehabt hatte. Denn es handelt sich ja nicht um bloße Irrtümer und Überreste. In aller Jugend taucht immer von neuem ein Stück vorgeschichtlichen Lebens auf, auf den Dörfern gibt es Gesichter, „die bei aller Jugend so alt sind, daß sich die ältesten Leute in der Stadt nicht mehr an sie erinnern“ (S. 106); und „die heute grassierende Ideologie hat lange Wurzeln und längere als das Kleinbürgertum“, unter dem sie sich vornehmlich verbreitet und das deshalb von kurz-sichtigen Interpreten für ihre Ursache gehalten wird. Dieses „lebende Gestern“ ist Blochs Thema, und es muß sein Thema sein, weil für ihn der Mensch wesent-

⁶ Gegen den Strom, 3. Jg. (1930), Nr. 3 vom 18. 1. 1930, S. 48.

⁷ Ebenda, Nr. 4, S. 66.

⁸ Ernst Bloch, Erbschaft dieser Zeit, Neuausgabe Frankfurt/M. 1962, S. 109.

lich nicht nur im Heute, sondern auch im Gestern und im Morgen lebt. Daraus ergibt sich aber ein ganz anderes Bild des „Kapitalismus“: die Gesellschaft der Gegenwart ist nur ihrem Idealtyp nach jene Dichotomie der wenigen Ausbeuter und der unzähligen Ausgebeuteten: in Wirklichkeit ist sie eine Vielheit älterer und jüngerer Lebensformen, die sich nicht nur als Produktionsweisen darstellen, sondern in Bildern, Hoffnungen und Sehnsüchten perpetuieren und wie aus einem unterirdischen See gerade aus ihrem Alter Kraft gewinnen, ist sie ein zugleich auflösender und konservierender, Gegensätze vielfältigster Art hervortreibender und abstumpfender Prozeß. Und daraus ergibt sich mit zwingender Konsequenz, wie völlig begreiflich es ist, wenn Bauern und Kleinbürger sich nicht den Kommunisten anschließen, obwohl ihre „Interessen“ dafür zu sprechen scheinen, denn das menschliche Interesse setzt sich aus viel mehr Komponenten zusammen als nur aus der Berechnung eines gegenwärtigen Vorteils.

So erschüttert Bloch nicht nur Marx' Lehre vom Überbau, sondern er entwickelt auch ein überraschendes Postulat für die Strategie der Kommunistischen Partei: sie werde erst siegen, wenn sie das lebende Gestern innehatte und umtaufe und es dadurch Hitler entziehe. Denn es ist bereits Hitler, dem Blochs ganze Aufmerksamkeit gilt und den er als den Bewegter gewaltiger und genuiner Kräfte weitaus ernster nimmt, als irgendein marxistischer Theoretiker vor ihm es getan hatte. Wohl ist auch für ihn der Nationalsozialismus ein Faschismus, aber dessen Hauptland ist ihm nicht Italien, sondern Deutschland als „das klassische Land der Ungleichzeitigkeit“ (S. 113), und aus diesen Ungleichzeitigkeiten, nicht aus dem Geld der Kapitalisten, schöpft Hitler letzten Endes seine Kraft. Was es bedeutet, daß er die jahrtausendealte Menschensehnsucht nach dem „Retter“ auf sich zu lenken verstanden hat, sieht niemand schärfer als der Denker der Utopie, und erstmals wird in einer Theorie des Faschismus die Hellsichtigkeit des künftigen Opfers relevant, wenn angesichts der Ritualmordanklagen die Veitstänzer und latenten Kinderschlächter des Mittelalters vor Blochs geistigem Auge auftauchen. Als die klassische Form des Faschismus reicht auch der Nationalsozialismus mit seiner tiefsten Wurzel, wenn gleich auf verstellte und verstellende Weise, in den Bereich des Subversiv-Utopischen „des Menschen“ hinein, d. h. in einen Bereich vor aller Zeit, weil ihm die Zeitlichkeit erst entspringt. Damit bahnt Bloch den Weg zu einer transpolitischen Interpretation, welche die ersten Ansätze bei Labriola und Turati weit hinter sich läßt. Seine Hoffnung aber gründet er auf den „gleichzeitigen Widerspruch“, den der „klassenbewußte revolutionäre Prolet“ verkörpert, indem er sich von der echten Utopie des irdischen Paradieses befeuern läßt. Aber es wird freilich die Frage um so quälender, ob die von Bloch geforderte „mehrzeitliche und mehrräumige Dialektik“ (S. 124) von einer Partei geleistet werden kann, deren Propaganda „vielfach kalt, schulmeisterlich, nur ökonomistisch“ (S. 128) und, wie man hinzufügen muß, ganz monolinear war.

Bei *Franz Borkenau*, der mehrere Jahre ein enger Mitarbeiter Manuilskis in der Kommunistischen Internationale gewesen war, ist 1932 die Glaubensvoraussetzung aufgegeben, die Bloch mit der gesamten Linken gemeinsam war, die Vor-

aussetzung, daß die „Arbeiterbewegung“ schlechterdings immer und überall ein Element, ja die Vorhut „des Fortschritts“ sei. Statt dessen unternimmt er in seinem Aufsatz „Zur Soziologie des Faschismus“⁹ den Nachweis, daß gut entwickelte Arbeiterbewegungen überall da zu Hindernissen für den Fortschritt werden, wo sie einem nur wenig entwickelten Kapitalismus gegenüberstehen und damit zwecks Verteidigung der „Interessen“ der Arbeiter gezwungen sind, der erforderlichen Akkumulation und Rationalisierung einen heftigen und reaktionären Widerstand entgegenzusetzen. Wenn in einem solchen Lande der kapitalistische Arbeitsrhythmus überhaupt durchgesetzt werden soll, dann muß die verfrühte politische Macht der Arbeiterschaft (die offenbar gerade nicht aus dem nationalen Wirtschaftsprozeß als solchem, sondern aus dem Beispiel der fortgeschritteneren Staaten und bestimmten außerökonomischen Faktoren wie der Entwicklung der Journalistik hervorgeht) mit Gewalt gebrochen werden, und genau darin sieht Borkenau die Funktion des italienischen Faschismus. Der Faschismus ist also eine Entwicklungsdiktatur, und seine Aufgabe besteht darin, die Entwicklung des Kapitalismus treibhausmäßig zu fördern. Wenn Borkenau damit bis zu einem gewissen Grade auf die singularisierende Interpretation zurückgreift, so führt er die autonomistische bis an ihre äußerste Grenze: die faschistische Partei ist dem Kapitalismus gegenüber nicht nur selbständig, sondern sie ist sogar die Schöpferin des Kapitalismus: der angeblich bloß politische „Überbau“ wird zur Ursache der scheinbar fundamentalen ökonomischen Basis. Es spricht zwar vieles dafür, daß Borkenau die ökonomischen Leistungen des Faschismus überschätzt und in manchen Fragen zum Opfer des faschistischen Selbstlobes wird (z. B. mit der Behauptung, der Faschismus habe die schlechteste der großstaatlichen Armeen zu einer der besten gemacht), aber im ganzen kann doch nicht daran gezweifelt werden, daß er mit dem Verzicht auf prononcierte Glaubensvoraussetzungen und dem Hinblick auf die konkreten Vorbedingungen der wissenschaftlichen Betrachtungsweise einen wichtigen Anstoß gegeben hat. Borkenau ist auch einer der ersten, welche die kleineren faschistischen Bewegungen mit in die Betrachtung einbezogen haben. Aber wie wenig die wissenschaftliche Methode eine Garantie gegen Irrtümer darstellt und wie sehr sie auf die Kategorien angewiesen bleibt, die ihr mit den Ideologien gemeinsam sind, beweist Borkenaus Einschätzung des Nationalsozialismus auf beinahe schmerzhaft Weise. Wohl stellt Borkenau gewisse politische Übereinstimmungen zwischen Italien und Deutschland heraus, aber für seinen soziologischen Ökonomismus, der strukturelle Typen ins Auge faßt, als ob es den Krieg nicht gegeben hätte, muß eine Entwicklungsdiktatur faschistischer Prägung in Deutschland, der nächst den Vereinigten Staaten fortgeschrittensten Industrienation der Welt, unmöglich sein. Die deutsche Bourgeoisie *muß* selbst herrschen und sie *kann* die Arbeiterbewegung nicht zerstören, die im Gegensatz zum frühkapitalistischen Italien nicht reaktionär, sondern ein unentbehrlicher Bestandteil des Systems ist. Die autoritäre Herrschaft des Großbürgertums und der staatlichen Exekutive scheint ihm daher die unaus-

⁹ In: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik 1933.

weichliche Konsequenz zu sein, und er glaubt, in den Ereignissen des Sommers 1932 eine Bestätigung seiner Analysen sehen zu dürfen. Aber als sein Aufsatz im Februarheft des „Archivs für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik“ publiziert wurde, hatte Hitler bereits die Macht ergriffen.

Noch inniger verbunden sind Scharfsinn und Fehldiagnose im Jahre 1932 bei Ernst Niekisch, der zwar nicht einmal ein ehemaliger Kommunist war wie Borkenau, der aber als Hauptvertreter der nationalbolschewistischen Ostorientierung am ehesten an dieser Stelle seinen Platz finden mag. Zugleich darf seine Broschüre „Hitler. Ein deutsches Verhängnis“ als Zeugnis der Berührung der Extreme stellvertretend für jene „antifaschistischen“ Tendenzen innerhalb der deutschen Rechten angeführt werden, denen der Nationalsozialismus nicht deutsch und nicht radikal genug war.

Bei allem schroffen Gegensatz ihrer Methoden und Denkweisen, in denen Niekisch Bloch sehr viel nähersteht, stimmen Niekisch und Borkenau in der Überzeugung überein, daß gerade das Faschistische am Nationalsozialismus den deutschen Verhältnissen nicht entspricht oder gar ein Verhängnis für das deutsche Wesen ist. Der Hitlersche Nationalsozialismus ist für Niekisch die faschistische, romanisch-katholische Verfälschung des deutschen und protestantischen Protestes gegen Versailles. Hitlers Sündenfall war der Entschluß zur Legalität nach seiner Entlassung aus der Festungshaft. „Hitler vollzog die Trennung von Ludendorff und verband sich mit dem ‚Maria-Mutter-Gottes-General‘ Epp. Er wählte sich Mussolini und den italienischen Faschismus zum Vorbild. Er bestätigte das fremdartige Braunhemd, das mit der deutschen Atmosphäre nicht zusammenklingt; wie südeuropäische Besatzungstruppen stehen seitdem seine Scharen auf deutscher Erde. Die römisch-faschistische Grußform wurde verbindlich; an die Stelle der deutschen Fahnen, die herrlich mit dem Winde tanzen, trat die strenge tote Form prangender Standarten von jener Art, wie sie bisher römischen Legionären, italienischen Faschisten, katholischen Prozessionen vorangeleuchtet hatten. Die Bewegung . . . war nicht mehr, was sie 1923 gewesen war. Jetzt hatte sie sich auf römischen Stil ausgerichtet.“¹⁰ Aber die Neuausrichtung war offenbar nicht zufällig. Hitler ist „romanisierter Deutscher“, „gegenreformatorische Instinkte halb Wittelsbacher, halb Habsburger Färbung trägt er in seinem Blut“. Deshalb begreift er den Ernst der deutschen Lage nicht; sein nationaler Messianismus ist ein Gewächs des Mittelmeergestades, letzten Endes jüdischen Ursprungs, für den Deutschen aber ein Gift. „Der Faschismus ist die Unduldsamkeit des nationalen Messianismus in seiner gegenwärtigen Erscheinungsweise.“ (S. 12). Seine innerste Tendenz ist die Auflehnung gegen den einzigen Weg zur deutschen Freiheit, das Bündnis mit den asiatischen Urkräften des bolschewistischen Ostens, und statt dessen die Entschlossenheit, zusammen mit den Westmächten jenen Kreuzzug gegen Rußland zu führen, der Deutschland für immer in die bürgerlich-kapitalistische und abendländische Ordnung hineinzwingen muß: „Der faschistische Nationalsozialismus ist keine

¹⁰ Ernst Niekisch, *Hitler. Ein deutsches Verhängnis*. Berlin 1932, S. 8.

Auflehnung gegen Versailles, sondern der Schatten, den die romanische Übermacht über den deutschen Protest wirft.“ (S. 15).

Es sind nur noch die Kräfte von Blochs „lebendigem Gestern“, die sich bei Niekisch ohne den lösenden Ausblick auf die reelle Utopie gegenüberstehen. Alfredo Rocco würde sich in vielem bestätigt gesehen haben. Aber noch weniger als Gentile nimmt Niekisch jene Negativität wahr, die schon den italienischen Faschismus gegen „Europa“ polemisieren ließ. Und deshalb ist es von seinem Ansatz aus inkonsequent, wenn er den nationalsozialistischen „Vorkämpfern des Abendlandes“ die politische Isolierung und die militärische Katastrophe voraussagt.

Es läßt sich freilich nicht in Abrede stellen, daß diese Negativität auch in der *philofaschistischen* und *faschistischen* Literatur der Jahre 1925–1933 nur in Andeutungen und Ansätzen hervortrat: Männer wie Giulio Evola mit seinem 1928 erschienenen schroff antijüdischen und antichristlichen „Imperialismo pagano“ und Asvero Gravelli mit seiner Zeitschrift „Antieuropa“ blieben in Italien isolierte Erscheinungen. Der Engländer *James Strachey Barnes* etwa deutet 1928 in seinem Buch „The Universal Aspects of Fascism“, das mit einem Vorwort Mussolinis ausgerüstet und insofern offiziell sanktioniert war, den Faschismus mit den Begriffen der Neuscholastik Maritains als eine Art erneuerter katholischer Theokratie. Wenn Napoleon das Zentrum seines Universums gewesen sei, so sei Gott das Zentrum von Mussolinis Universum⁴¹. Die Definition des Faschismus, die Barnes vorlegt, ist die folgende: Der Faschismus ist „eine politische und soziale Bewegung, welche die Wiederherstellung einer politischen und sozialen Ordnung zum Ziel hat, die auf den Hauptstrom der europäischen Überlieferungen gegründet ist, jener Überlieferungen, die von Rom geschaffen wurden, zuerst vom römischen Imperium und dann von der katholischen Kirche. Dementsprechend kann der Faschismus als die Zurückweisung jener individualistischen Geisteshaltung beschrieben werden, die zuerst in der heidnischen Renaissance, dann in der Reformation und später in der Französischen Revolution ihren Ausdruck gefunden hat, um von der industriellen Revolution zu schweigen, die zum Kapitalismus führte und selbst ein Produkt der Reformation war“ (S. 35). Was nicht in dieses konservative Bild hineinpaßt, wird als situationsbedingte Zufälligkeit ausgegeben: der Terror war eine vorübergehende Verteidigungsmaßnahme, und auch Italien hat ein verfassungsmäßiges System von „checks and balances“, die Diktatur ist Mussolini nur für eine gewisse Übergangszeit aufgezwungen worden. Wenn der Faschismus infolge seiner universalen Natur eines Tages auch nach England kommt, dann wird er vermutlich nicht von einer gewalttätigen Revolution begleitet sein, die seinem konservativen Wesen im Grunde widerspricht (S. 240).

Aber auch *Mussolinis* eigene Darstellung der „Doktrin des Faschismus“, die zuerst 1932 in der *Enciclopedia Italiana* veröffentlicht wurde, steht dem konservativ-akademischen Interpretationstyp sehr nahe. Der erste Teil über den „Faschismus als Philosophie“ ist von Gentile geschrieben und in den subtilen Termini des

⁴¹ James Strachey Barnes, *The Universal Aspects of Fascism*, London 1928, S. 29.

Aktualismus gehalten, aber auch er mit starker Betonung des konservativen Aspektes: Verbindung der Individuen und Generationen in den vaterländischen Überlieferungen, Antiutopismus und Antijakobinismus, ganzheitliche („totalitäre“) Staatsauffassung usw. Mussolini selbst beruft sich auf Renan und polemisiert gegen Demokratie und Liberalismus, gegen Marxismus und Freimaurertum mit ganz ähnlichen Argumenten, wie es die Konservativen von jeher getan hatten. Aber wenn er den Krieg als solchen preist und die „weltumspannenden Verbrüderungen“ ausdrücklich ablehnt; wenn er daran erinnert, daß die „Strafexpeditionen“ auch gegen die Popolari und deren Doktrin gerichtet waren, und wenn er von der „Zerschlagung“ der feindlichen Ideologien spricht, dann wird klar, daß er den Faschismus dem Katholizismus nicht unterzuordnen gedenkt, und es ist eine verräterische Wendung, wenn er dem Faschismus „Ehrfurcht vor dem Gott der Büsser, der Heiligen und Helden und auch vor dem Gott, der von dem unschuldigen und schlichten Herzen des Volkes geschaut und angebetet wird“, zuschreibt¹². Auf ganz ähnliche Weise erscheinen die akademischen Sätze über den „ethischen Staat“ als gewichtslos und konventionell gegenüber der Feststellung „Eine Partei, die eine Nation totalitär beherrscht, ist ein neues Faktum in der Geschichte.“ (S. 19). Damit erhebt er für den Faschismus den Anspruch, ein neues Geschichtsprinzip zu sein, das nicht nur, wie Sinowjew einst gesagt hatte, eine „Epoche des Faschismus“, sondern ein ganzes „Jahrhundert des Faschismus“ heraufführt. Aber wenn das innerste Motiv des Faschismus der „Wille zum Imperium“ ist, wie kann er dann ein umfassendes Ordnungsprinzip und nicht der Ausgangspunkt eines Jahrhunderts weltumfassender Kriege sein? Daß man imperialistisch sein könne, ohne auch nur einen einzigen Quadratmeter Land erobern zu wollen, ist doch für einen Lobredner des Krieges offenbar nur ein Vorwand oder eine taktische Finesse!

Daß der Nationalsozialismus sich sehr viel müheloser von der katholischen Kirche distanzieren konnte, liegt auf der Hand; wer darin einen Beweis für die Gegensätzlichkeit der beiden Bewegungen sehen wollte, würde offenkundig sehr in die Irre gehen. Denn insofern der Nationalsozialismus auch ein Erbe des nationalliberalen Nationalismus war, lag ihm die Feindschaft gegen den Katholizismus und das Erbe des römischen Imperiums im Blut; die konservative Hauptmacht, welcher er sich anschloß und gegen die er seine Autonomie gewinnen und behaupten mußte, war das dem Kaiserreich entstammende Heer und die ihm eng verbundenen Kreise aus Beamtschaft und Industrie. Um so symptomatischer ist es, daß der Faschismus nicht nur von Hitler zum Vorbild erklärt, sondern, nachdem zehn Jahre seiner Herrschaft überschaubar waren, auch von *Alfred Rosenberg* dem Nationalsozialismus viel stärker genähert wird, als man es von dem Vorkämpfer der seit Urzeiten unveränderten germanischen „Rassenseele“ erwarten sollte¹³. Denn diese Lehre von der Rassenseele ist weitaus partikularistischer als die faschistische Doktrin: jede Art des Universalismus gilt ihr als Charakterlosigkeit und Chaos (S. 15). Sie ist aber auch weitaus konservativer: die germanischen Rassenwerte, die man wie-

¹² Benito Mussolini, *Der Geist des Faschismus*, München 1943, S. 24.

¹³ Alfred Rosenberg, *Das Wesensgefüge des Nationalsozialismus*, 3. Aufl. München 1932.

derherstellen möchte, reichen „in gerader Linie“ „über Bismarck und Herzog Widukind“ gleich viele Tausende von Jahren bis zu den Trägern der Megalithkultur zurück (S. 18), und die Gemeinplätze der konservativen Gegenwarts kritik nehmen einen apokalyptischen Charakter an: „Heute ist aus den Tiefen der uns alle verseuchenden Weltstädte der Untermensch heraufgestiegen. Millionen unselig Entwurzelter sind auf den Asphalt geworfen . . .“ usw. (S. 54). Aber gerade wegen seiner Radikalität wird dieser partikularistische Konservatismus unmittelbar auf die Bahn einer revolutionären Eroberungs- und Veränderungspolitik getrieben, der Mussolinis vorsichtiges Zögern fremd ist: „Deutschlands“ Untergang wird besiegelt sein, wenn nicht 1. das Fremde (in erster Linie „das Judentum“) „systematisch ausgeschieden“, 2. der Lebensraum nicht erweitert, 3. das Menschentum nicht „biologisch aufgeartet“ wird (S. 16). Ganz wie in „Mein Kampf“ ist der Zusammenhang des künftigen Ausrottungskrieges mit der positiven und der negativen Rassenpolitik unzweideutig herausgestellt. Der Abstand von Mussolinis zahmem Imperialismus, von seiner gutmütigen, nur auf quantitative Vermehrung abgestellten „Bevölkerungspolitik“ und von seiner abstrakten Vorstellung vom demo-liberalen Feinde ist ohne Zweifel sehr groß. Aber es liegt doch das gemeinsame Grundmuster des zu prinzipieller Gewalttätigkeit fortschreitenden nationalistischen Konservatismus vor, der sich vom traditionellen Konservatismus löst, ja sich gegen ihn kehrt, und gerade ein Blick auf den Bolschewismus macht diese Gemeinsamkeit anschaulich. Eben diese Loslösung nun ist es, die Rosenberg am Faschismus scharf beobachtet und in der er die wichtigste Übereinstimmung von Faschismus und Nationalsozialismus erblickt. Ja, er sieht das Vorbildhafte Italiens gerade darin, daß es die Phase der bloßen Auseinandersetzung bereits hinter sich gelassen hat, so daß heute die faschistischen Fahnen mit ihren vorchristlichen Symbolen an den Hochaltären der Kirchen ständen, daß die italienischen Kardinäle, bildlich gesprochen, unterm Purpur das faschistische Schwarzhemd trügen und daß der Papst den antifaschistischen Führer der katholischen Partei, Don Sturzo, zur rechten Zeit habe fallenlassen (S. 46).

Es ist nur allzu begreiflich, daß die Position des *Katholizismus* gegenüber dem Faschismus auch in den Jahren der Konsolidierung außerordentlich schwierig war. Am ehesten hätte man von *Don Sturzo* erwarten dürfen, daß er zu einer klaren Antwort gekommen wäre; aber in den historischen Teilen seines Buches „Italien und der Fascismus“¹⁴ zwingt die Loyalität gegenüber dem Vatikan sogar dem Emigranten eine sehr vorsichtige Sprache auf, und es darf wohl als ein indirekter Weg zur Konstatierung der Unvereinbarkeit von Katholizismus und Faschismus angesehen werden, wenn er als einer der ersten im Schlußkapitel seines Werkes Faschismus und Bolschewismus als Erscheinungsformen der totalitären Gegnerschaft gegen das (christliche) Freiheitsprinzip zusammenstellt, um so mehr, als er keine bloße Identifizierung vornimmt und den Zusammenhang von Konservatismus und Faschismus nicht ins Dunkel rückt. Die Nähe Sturzos zur liberalen

¹⁴ Luigi Sturzo, *Italien und der Fascismus*, Köln 1926.

Auslegung wird aber daran erkennbar, daß für ihn Bolschewismus und Faschismus beides Ausnahmeerscheinungen sind, die sich auf die Dauer gegen das so ganz anders geartete europäische und amerikanische Abendland nicht werden behaupten können. So besteht auch für ihn die nationalitalienische Aufgabe in der Vorbereitung eines „zweiten Risorgimento“, mit dem Italien seine Modernität, d. h. Freiheit und Demokratie, endgültig gewinnen wird.

Papst Pius XI., dem lombardischen Konservativismus entstammend, stand dem liberalen Denken sehr viel kritischer gegenüber als Sturzo, und nichts lag ihm ursprünglich ferner, als im Faschismus einen Feind der Kirche zu erblicken. Gerade weil der Faschismus die antikerikale Tradition des Risorgimento mit scharfen Worten tadelte, hatte der Vatikan mit ihm die Lateranverträge schließen können und hatte der Papst Mussolini als den „Mann der Vorsehung“ gepriesen. Zwar war das Nachspiel ebenso bezeichnend gewesen wie das frühe Vorspiel, das die „Civiltà Cattolica“ in den Jahren 1921 und 1922 mit soviel Kritik und Klage verfolgt hatte: Mussolini machte sich in feierlicher Staatsrede Maurras' und der italienischen Nationalisten Auffassung vom römischen, d. h. antichristlichen Charakter des Katholizismus ausdrücklich zu eigen, und der Papst hatte über diese „häretischen, schlimmer als häretischen Reden“ bittere Klage führen müssen. Dennoch war es für Pius eine unerwartete Überraschung, als die Partei im Frühjahr 1931 eine heftige Kampagne gegen die Katholische Aktion und gegen die Katholische Jugendbewegung mit dem erklärten Ziel inszenierte, diese nach ihrer These politischen und jedenfalls von ihr unabhängigen Organisationen zu zerstören. Nun war Pius gezwungen, zu den Forderungen des Faschismus und zum Faschismus selbst Stellung zu nehmen. Er tat es zunächst in einem Handschreiben vom 26. April 1931 an den Kardinalerzbischof von Mailand und dann in der Enzyklika „Non abbiamo bisogno“ vom 29. Juni 1931¹⁵. Zwar nimmt in beiden Schreiben die Verteidigung der katholischen Organisationen gegen die vom Faschismus erhobenen Vorwürfe den breitesten Raum ein, aber es finden sich doch auch einige Ansätze zu dem, was man eine offizielle katholische Theorie des Faschismus nennen könnte.

Die Enzyklika nimmt ihren Ausgang nicht von ideologischen oder gar soziologischen Analysen, sondern von der Konstatierung von Tatsachen. Eine Kampagne „von falschen und ungerechten Anklagen“ ist der Auflösung der Jugend- und Studentenorganisationen der Katholischen Aktion vorhergegangen, und die Auflösung selbst hat sich in der Form einer Polizeiaktion gegen eine Verbrecherbande abgespielt. Einer bloßen Polizeiaktion? Sie war begleitet von verbaler und physischer Gewalttätigkeit, „und dieser ganze traurige Vorgang von Ehrfurchtlosigkeit und von Gewalt spielte sich unter einer derartigen Teilnahme von Formationen in Parteiuniform, so gleichartig vom einen bis zum anderen Ende Italiens und mit einer solchen Begünstigung durch die Staatsautorität und Polizei ab, daß man notwendig an Befehle von oben denken muß“ (S. 289). An manchen Stellen haben sogar Spottprozessionen stattgefunden und sind Parodien von Hymnen gesungen worden, und des-

¹⁵ In: *Acta Apostolicae Sedis, Annus XXIII, Vol. XXIII, S. 145–150, 285–312.*

halb spricht der Papst von einer „wahren Verfolgung“ der Kirche, die in Italien entfesselt worden sei (S. 293); es sei kein politischer, sondern ein „ausgesprochen moralischer und religiöser Kampf“, der heute in Italien ausgefochten werde. Man mache den Versuch, der Kirche die Jugend zu entreißen, und zwar „zum ausschließlichen Vorteil einer Partei, eines Regimes, die auf eine Ideologie gegründet sind, welche sich erklärtermaßen auf einen ausgeprägt heidnischen Staatsaberglauben reduziert und damit im vollen Gegensatz sowohl zu den natürlichen Rechten der Familie wie zu den übernatürlichen Rechten der Kirche befindet“ (S. 302). Zwar will Pius nicht verkennen, daß der Faschismus viel für die katholische Religion getan hat, aber diese Dankesschuld werde doch weit aufgewogen durch jene Erhöhung des Prestiges und des Kredits, die dem faschistischen Italien durch die freundschaftlichen Beziehungen zum Heiligen Stuhl zugewachsen sei und die nicht wenigen Menschen innerhalb und außerhalb Italiens „übermäßig“ zu sein scheine (S. 292). Bei der Entscheidung der religiösen Fragen dürfe dieses freundliche Verhalten jedoch nicht ins Gewicht fallen, ja „eine Scheinreligiosität läßt sich auf keine Weise mit der katholischen Doktrin und Praxis vereinigen, sondern ist beiden sogar aufs äußerste entgegengesetzt“ (S. 305). Die Kirche lehnt nicht, wie der Liberalismus, einen „subjektiven“, d. h. politischen Totalitarismus des Staates ab, wohl aber jenen „objektiven“, d. h. allumfassenden Totalitarismus, der keinen vorstaatlichen und keinen übernatürlichen Bereich im Menschen anerkennt. Und so muß der Papst, vor die Frage gestellt, ob die Ablegung des faschistischen Eides mit seiner Forderung unbedingten Gehorsams erlaubt sei, mit feierlicher Wendung antworten, ein solcher Eid sei nicht erlaubt.

Aber gerade an dieser Stelle, wo die Frage aufgeworfen werden müßte, was ein Regime zu bedeuten habe, das sich auf die Kirche berufe und ihr Vorteile zuwende, zugleich aber ihrem innersten Geiste feindlich sei, bricht die Enzyklika ab und gibt die Versicherung, sie habe Partei und Regime nicht als solche verurteilen wollen und lasse den Eid zu, wenn er mit einer *reservatio mentalis* ausgesprochen werde. Die Trennung, welche die Kirche wenige Jahre zuvor auf Grund ganz ähnlicher Gegensätze der *Action française* gegenüber vollzogen hatte, wagte sie dem Faschismus gegenüber nicht zu vollziehen. Aber die Differenz war hinfort durch kluge Arrangements allenfalls zu verdecken, nicht mehr aus der Welt zu schaffen.

Daß der Gegensatz der katholischen Kirche zum Nationalsozialismus in Deutschland von Anfang an weitaus klarer zum Vorschein kommen mußte, ergab sich aus dem von vornherein sehr viel „weltanschaulicheren“ Charakter des Nationalsozialismus und der andersartigen Position der Kirche innerhalb des deutschen Staates von selbst: Giulio Evola blieb ein wenig bekannter Außenseiter, aber der „Mythus des 20. Jahrhunderts“ war das Werk des Chefredakteurs der Parteizeitung, und die „demo-liberalen Parteien“ waren nicht wie in Italien die Beherrscher eines antiklerikalen Staates gewesen, sondern hatten seit 1919 der Kirche das Tor zu größerer Freiheit geöffnet. So fehlte es in Deutschland bis 1933 nicht an autoritativen Warnungen vor dem Nationalsozialismus, und regelmäßig wurde von Laien und Bischöfen der Akzent auf die schon begriffsmäßige Unvereinbarkeit der Rassen-

lehre mit dem Katholizismus gelegt. Aber es ist ein Beweis für die Stärke der internationalen Konstellationen, daß auch der deutsche Katholizismus weit davon entfernt blieb, den Nationalsozialismus mit der gleichen Entschiedenheit zu verdammen wie den Kommunismus, ja daß aus der Übereinstimmung in der Feindschaft ein immerhin einigermaßen ähnliches Verhältnis der Ambivalenz resultierte wie in Italien.

Wie wenig der deutsche Katholizismus vor 1933 geneigt war, im Nationalsozialismus *primär* den Feind zu sehen, erhellt sogar aus dem Buch eines Autors, der ganz gewiß kein Freund des Nationalsozialismus war und 1933 in die Emigration gehen mußte. 1931 ließ *Waldemar Gurian* unter dem Pseudonym *Walter Gerhart* sein Buch „Um des Reiches Zukunft“ erscheinen, in dem man die bis dahin wissenschaftlich ernsthafteste Analyse des Nationalsozialismus durch einen deutschen Katholiken sehen darf. Aber es ist der politische Begriff des „demokratischen Cäsarismus“, mit dem Gurian in erster Linie arbeitet, und in diesem Begriff kommen für ihn Nationalsozialismus und Faschismus überein. Beide sind Massenbewegungen, die sich gegen die „Vermassung“ richten, und damit unterscheiden sie sich sowohl vom bonapartistischen Cäsarismus des 19. Jahrhunderts wie vom Bolschewismus. Gerade deshalb sind beide Bewegungen auch gegenüber dem Großbürgertum autonom, das ihren Aufstieg zwar als Gegengewicht gegen die Linke gefördert, aber doch mit Mißtrauen betrachtet hat, zumal in Deutschland, wo die obrigkeitstaatlichen Traditionen dem demokratischen Cäsarismus entgegengesetzt sind. Spezifisch katholisch ist an Gurians Interpretation allenfalls das scharfe Empfinden für die Wichtigkeit der Ideologie und damit des „Glaubens“ bei der Gewinnung dieser Autonomie. Daß der Nationalsozialismus die Gegenwart zu erklären vermag, daß er behauptet, das Wissen um die Vorgänge und Kräfte zu haben, von denen sie bestimmt wird, ist in einem Augenblick, wo große Massen ebenso ratlos wie glaubensstüchtig sind, von ganz fundamentaler Wichtigkeit. Er ist daher so wenig ein Zufall wie bloße Reaktion: gewisse Grundzüge der geschichtlichen Entwicklung werden von ihm richtig erfaßt und genutzt, und erst daraus erklärt sich seine so oft konstatierte Anziehungskraft auf „das Kleinbürgertum“ und die Bauern. Auch wenn er der Ausdruck einer durchaus reaktionären Sehnsucht nach Befreiung von der Kompliziertheit und Undurchschaubarkeit der modernen Welt ist, bringt er doch die Schwäche seiner Gegner ans Licht, die allesamt in weit geringerem Maße Kinder der Nachkriegszeit sind als er. Aber da Gurian ganz ähnlich wie Borkenau die autoritäre und obrigkeitstaatliche Tendenz für die stärkere hält, unterläßt er es, die Frage zu stellen, was der Zusammenstoß dieses neuen, ekstatischen, kritischen Einwänden unzugänglichen Glaubens mit dem viel älteren und längst nicht mehr siegesgewissen katholischen Glauben bedeuten muß.

Das *liberale* Denken hat auch in dieser frühen Zeit seine Funktion, dem Geist der Wissenschaft am engsten verbunden zu bleiben und damit auf eine allseitige Betrachtung sowie eine Revision allzu simpler Kategorien zu drängen, in bemerkenswertem Maße erfüllt. Aber es konnte sich in keinem Augenblick verbergen, daß es selbst Partei war; denn es war gerade das liberale Prinzip der rationalen

Wahrheitsfindung auch in der Politik, das sich zusammen mit dem wissenschaftlichen Postulat der „Objektivität“ grundsätzlich in Frage gestellt sah – vom Faschismus ebensowohl wie vom Bolschewismus. Die Ausbildung des Begriffs des Totalitarismus war die nächstliegende Antwort, und mit diesem Begriff wird eigentlich, dem Wortsinn entgegengesetzt, gerade der Anspruch des Partiellen auf alleinige Geltung zurückgewiesen. Der Begriff steckte schon in der singularisierenden Entgegensetzung von Faschismus und freiheitlichem Risorgimento und mußte bei jeder Ausweitung der Perspektive zu allgemeiner Bedeutung gelangen. Die Frage war, wieweit er selbst totalitär wurde und die materialen Unterschiede in den Bereich des Irrelevanten rückte.

Das ist bis 1933 in geringerem Maße der Fall, als man annehmen sollte. Zwar nähert sich der ehemalige Ministerpräsident *Francesco Nitti*, der Italien 1925 hatte verlassen müssen, in seinem bereits 1926 in deutscher Übersetzung erschienenen Buche „Bolschewismus, Fascismus und Demokratie“ einer blanken Identifizierung sehr, wenn er die These aufstellt: „Fascismus und Bolschewismus beruhen nicht auf entgegengesetzten Grundsätzen, sie bedeuten die Verleugnung derselben Grundsätze von Freiheit und Ordnung, der Grundsätze von 1789, wie Mussolini gesagt hat, also der Grundsätze der amerikanischen Verfassung von 1787 und des englischen öffentlichen Rechts. Sie sind also die Verleugnung aller Grundlagen der modernen Zivilisation, die Rückkehr zur Moral der absoluten Monarchien und der Auffassung des Krieges als die selbstverständlichste Hantierung einer Nation.“¹⁶ Aber diese Sätze beziehen sich offenkundig viel unzweideutiger auf den Faschismus, und Nitti korrigiert sich selbst, wenn er sagt, der Bolschewismus sei in gewisser Weise doch auch eine Wiederaufnahme der Französischen Revolution und er enthalte bei allen seinen Fehlern etwas anderes als bloße Gewalt. Der Faschismus dagegen habe kein Ideal. Er sei das Werk einer Minderheit und speziell Mussolinis, der nichts anderes wolle als die Macht: „Wie man ihn auch beurteilen mag, Mussolini ist für unsere Zivilisation kein Vorläufer, sondern nur ein Nachläufer. Er wiederholt in Sprache, Ausdrucks- und Handlungsweise weit zurückliegende Formen primitiver Kulturen. Er ist nicht nur weit entfernt von jeder Zukunftsidee, sondern auch von der heutigen Zivilisation. Er ist ein Mann des 14. Jahrhunderts inmitten einer schwankenden und unentschlossenen Menge. Er ist nicht ein Mann, der fernhin geht, sondern einer, der fernher kommt.“ (S. 51). Auch für Nitti ist Faschismus also, wie später für Heller, in erster Linie Mussolinismus und darin eine atavistische Regression auf dem Boden moderner Glaubenslosigkeit. Von daher rührt Nittis Siegeszuversicht. Wohl glaubt er nicht, daß der Faschismus schlechthin an Italien gebunden ist, aber die schwachen Nachahmungsversuche, die es geben mag, „werden unmöglich in den großen industriellen Ländern wie Großbritannien, Frankreich, Belgien, Holland, Deutschland und Skandinavien eine bedeutende Entwicklung erleben“ (S. 52). Gerade der nationale Pessimismus des italienischen Intellektuellen begründet den Optimismus des liberalen Weltbürgers.

¹⁶ Francesco Nitti, *Bolschewismus, Fascismus und Demokratie*, München 1926, S. 53.

Sehr viel düsterer war der Ausblick, mit dem *Erwin v. Beckerath* ein Jahr später sein Buch „Wesen und Werden des faschistischen Staates“ enden ließ, ein Buch, das durch die Vereinigung von geschichtlicher Darstellung, geistesgeschichtlicher Analyse und juristischer Argumentation die Methode Hermann Hellers mit größerer Distanz vorwegnahm und neben Gerhard Leibholz' Untersuchung der „Probleme des faschistischen Verfassungsrechts“ ein wegweisender deutscher Beitrag zu der jungen Wissenschaft vom Faschismus war. Im Schlußkapitel definiert v. Beckerath das faschistische Herrschaftssystem als „Spitzendiktatur, welche mit ihren Organen die horizontal gelagerten Klassen durchsetzt und sie mit Hilfe des staatlichen Machtapparates wie eine Klammer zusammenschließt“¹⁷. Das System ist ihm jedoch wichtiger als der Mann an dessen Spitze, und im System der von vitalem Schwung erfüllten Staatspartei erkennt er die Möglichkeit einer Emanzipation der Partei von den Besitzinteressen, mit denen sie zweifellos in ihren Anfängen eng verbunden war. v. Beckerath weist daher die kommunistische These von der Identität des Faschismus und des Kapitalismus zurück und stellt seinerseits die These auf, daß der Faschismus strukturell dem Bolschewismus und dem Absolutismus sehr viel näher stehe als dem Kapitalismus. Da der Bolschewismus für v. Beckerath selbst nichts anderes als eine Art des Staatskapitalismus ist, liegt die Ähnlichkeit auf der Hand. Aber v. Beckerath zeigt ein auffallend scharfes Empfinden für den ideologischen Unterschied der beiden Systeme und ihr gegensätzliches Verhältnis zum Begriff der Demokratie und der Volkssouveränität. Wesentlicher scheint ihm daher die Verwandtschaft des Faschismus mit dem Absolutismus des 17. und 18. Jahrhunderts zu sein, die vor allem in der gemeinsamen Auffassung von der Unterordnung der Wirtschaft unter den Staat ihren Grund habe. Er hätte das Gegenargument Hellers, daß der „ostjüdische“ (wie Heller sagt) Direktor der Banca Commerciale, Toeplitz, mindestens ebensoviel Macht über die Wirtschaft habe wie Mussolini, sicherlich zurückgewiesen, und das sang- und klanglose Verschwinden Toeplitz' hätte ihm wenige Jahre später mindestens im Hinblick auf die individuelle Machtverteilung zweifellos recht gegeben. Und weil das faschistische System als Wohlfahrtsstaat und Erziehungsdiktatur nicht vom Himmel gefallen, sondern ein Resultat von Spannungen und Problemen ist, die nicht nur in Italien zu finden sind, drängt sich unabweislich der Schluß auf: „Wenn, wie anzunehmen, die wirtschaftlichen und politischen Spannungen, unter denen das Europa des 20. Jahrhunderts steht, weiter wachsen, so ist es wahrscheinlich, daß, zugleich mit einer Umformung der politischen Ideologie, der autoritäre Staat innerhalb der abendländischen Kulturgemeinschaft Terrain zurückgewinnt.“ (S. 155).

Ein wissenschaftliches Ereignis war ein Jahr später auch die Herausgabe des Sammelbandes „Internationaler Faschismus“ durch Carl Landauer und Hans Honegger. Erstmals wurde der Faschismus als internationale Bewegung dem Publikum ohne polemische Intention vorgestellt, allerdings mit der charakteristischen Methode, daß sowohl Anhängern wie Gegnern das Wort erteilt wird. Und dem

¹⁷ Erwin v. Beckerath, *Wesen und Werden des faschistischen Staates*, Berlin 1927, S. 142.

Zwang zur Stellungnahme entzieht sich auch *Moritz Julius Bonn* in seinem „Schlußwort“ nicht, in dem man so etwas wie eine Antwort auf Carl Schmitts „Geistesgeschichtliche Lage des heutigen Parlamentarismus“ und das darin angedeutete Verständnis des Faschismus sehen darf. Auch für Bonn ist der Faschismus Antiliberalismus und Antirationalismus, und er legt eine sehr interessante Version der Antwort auf eins der fundamentalsten Probleme vor, wenn er behauptet: „Es ist sehr zweifelhaft, ob an irgendeinem Orte der Welt der Faschismus ohne die Großindustrie große Fortschritte gemacht hätte. Er ist dabei seinem innersten Wesen nach ihr entgegengesetzt.“¹⁸ Aber das wesentlichste ist, daß er den Faschismus unter den Begriff Militarismus subsumiert und diesen Begriff nicht wie Labriola aus der Anschauung eines konkreten Zustandes gewinnt, sondern aus einer ziemlich abstrakten Erörterung der Möglichkeiten gesellschaftlicher Willensbildung. Der Methode der Erörterung und der Überredung, welche die Methode des Parlamentarismus ist, steht das militaristische Befehlsprinzip schroff gegenüber, das im Faschismus seinen jüngsten Ausdruck gefunden hat. Es lag schon dem Absolutismus und der Klassenkampflehre zugrunde, und es verträgt sich heute weder mit dem Pazifismus noch mit dem Willen zur Ausweitung der internationalen Beziehungen. Der Faschismus ist daher auch für Bonn trotz seiner modernen Kunst der Massenbehandlung letzten Endes ein regressives Phänomen, selbständig nur in der Methode dem Bolschewismus zugleich ähnlich und unähnlich. Was aber die Frage seiner Dauer betrifft, so ist Bonn weder so zuversichtlich wie Nitti noch so pessimistisch wie v. Beckerath: „Wird die Umbiegung des Singulären in das Reguläre ebenso möglich sein wie die Umstellung des Regulären zum Singulären? Auf diese Frage ist heute noch keine endgültige Antwort möglich, obwohl sie die Kernfrage des Faschismus ist.“¹⁹

¹⁸ Internationaler Faschismus, hrsg. von Carl Landauer und Hans Honegger, Karlsruhe 1928, S. 152.

¹⁹ Ebenda, S. 150.

HARALD SCHOLTZ

DIE „NS-ORDENSBURGEN“

Erste Deutungen

Die sogenannten NS-Ordensburgen sind sowohl von deutschen wie ausländischen Beobachtern während der Herrschaftszeit des Nationalsozialismus und auch in der späteren Literatur immer wieder als charakteristisches Produkt jener Epoche hervorgehoben worden. Doch da die Bewertung dieser Einrichtung schon in der nationalsozialistischen Literatur unterschiedlich ausfiel¹, wurde in den historischen Darstellungen auf eine eingehende Analyse verzichtet und statt dessen auf Deutungen hingewiesen, die als persönliche, inoffizielle Äußerungen Hitlers gegenüber Hermann Rauschning und eines SS-Führers gegenüber Eugen Kogon besondere Beachtung beanspruchen konnten, weil sie den Schlüssel zu geheimen Absichten der Führungsschicht zu liefern schienen². Wo mit herkömmlichen Maßstäben politischer Urteilsbildung versucht wurde, die Funktion jener drei Neubauten in Pommern, in der Eifel und im Allgäu zu beschreiben, blieben die Deutungen noch weitgehend den vom Nationalsozialismus propagierten Vorstellungen verhaftet³. Einer Untersuchung der wirklichen Bedeutung der Burgen steht nicht

¹ Die einschlägige NS Literatur erwähnte die – schon durch diese Bezeichnung anspruchsvollen – Ordensburgen (O.) nur am Rande; vgl. Helmut Mehringer, Die NSDAP als politische Ausleseorganisation, München 1958, S. 100f., Hans-Bernhard Brause, Die Führungsordnung des deutschen Volkes, Diss. iur. Lpz., Druck Hambg. 1940, S. 179f.; jede Aussage über die O. vermieden R. Benze/G. Gräfer, Erziehungsmächte u. Erziehungshoheit im Großdt. Reich, Lpz. 1940, S. 234.

² In der weitverbreiteten Dokumentensammlung von Walther Hofer, Der Nationalsozialismus, Fischer-Bücherei Nr. 172, 1957, wurden als einzige Quellen zu den Erziehungsabsichten des NS die Aussagen Nr. 46 und 58 herangezogen: beide, Hermann Rauschning, Gespräche mit Hitler, Zürich/New York 1940, S. 237, und Eugen Kogon, Der SS-Staat, Stockholm 1947, S. 21f., bezogen sich auf O. Diesen schien also besondere Bedeutung zuzumessen zu sein. Erst in den letzten Jahren lösten sich von diesem Deutungszusammenhang die Darstellung von Heiner Lichtenstein, Schulung unterm Hakenkreuz, Die Ordensburg Vogelsang, in: Menschen, Landschaft und Geschichte, ein rheinisch-westfälisches Lesebuch hrsg. v. Först, Köln 1965, und die kurze Charakteristik der O. in H. v. Kotze/H. Krausnick, Es spricht der Führer, Gütersloh 1966, S. 111ff., sowie die Dokumentationen von Hans-Jochen Gamm, Führung und Verführung, München 1964, S. 414–421, und Hajo Bernett, NS-Leibeserziehung, Schorn-dorf 1966, S. 157–159.

³ Die realitätsnahe englische Berichterstattung verfiel nicht in diesen Fehler: The Listener vom 10. 11. 37: „Training for Life“, Manchester Guardian vom 17. 11. 37: „Führers' of the Future“, Daily Herald vom 15. 7. 38: „Incubators for Heroes“ (im Pressearchiv der Wiener Library, London, durch das der Verf. zu dieser Darstellung trotz der dürftigen Quellenbasis ermutigt wurde). Sonst aber setzte sich die Deutung durch, die Konrad Heiden, Adolf Hitler, Bd. II, Zürich 1957, S. 177, formulierte: Die O. seien Anzeichen für die Formierung eines „Führerordens“, „einer spartanisch harten und zugleich übermütigen Herrenschicht“, der die Herrschaft zufallen solle. In diesem Sinne in der zeitgenössischen Presse etwa K.O.P(aetel), Deutsche Zeitung Bohemia vom 12. 1. 38: „Führerschulung im dritten Reich“ (aus einer der Presseauschnittsammlungen im Bundesarchiv Koblenz (BA), hier BA, NS 22/463), zugespitzt in St. Galler Tagblatt vom 12. 5. 44 und Nationalzeitung, Basel, vom

zufällig eine nur dürftige Quellengrundlage zur Verfügung: Es wird sich zeigen, daß der Nationalsozialismus Grund hatte, Mutmaßungen über die protzige Fassade des Namens und der Bauten zu nähren, statt der Presse die Berichterstattung über die geleistete Arbeit nahezulegen⁴.

Daher sind zunächst aus den bisherigen Deutungsansätzen erste Fragestellungen für die Untersuchung zu gewinnen. Die Ordensburgen wurden als Beweis für den Willen Hitlers und seiner Gefolgschaft zur Neuordnung der Gesellschaft und zur Veränderung des Menschen angesehen. Die erste Absicht schien sich durch die Äußerung eines SS-Führers zu bestätigen, der im Spätherbst 1937 dem nachmaligen Verfasser des Buches „Der SS-Staat“ einen – zu jener Zeit aktuellen – Plan mitteilte, die Ordensburgen zusammen mit den (SS-)Junkerschulen als „die wahren Hochschulen der kommenden nationalsozialistischen Aristokratie“ auszugeben, als deren „Vorstufe“ er die „Nationalpolitischen Erziehungsanstalten“ (NPEA) ansah. In dieser Äußerung konnte ein Anzeichen für die Formierung eines „SS-Staates“ gesehen werden, dessen Ziel, die Beherrschung eines großgermanischen Reiches, einen „Führerorden“ erfordern mochte. Schon 1934 hatte Hitler die „Politischen Leiter“ seiner Partei als „Offiziere der Bewegung“ bezeichnet; ergab sich daraus eine Koordination der Ausbildungswege in den Ordensburgen und in den Offiziersschulen der SS?⁵ Wenn man schon beide Einrichtungen als „Hochschulen“ ausgab, setzte das eine Vorbildung voraus. So erklärt sich der Hinweis auf eine (notwendige?) „Vorstufe“, auf jene staatlichen höheren Internatsschulen, denen Bernhard Rust 1933, noch in seiner Eigenschaft als Kommissar im preußischen Kultusministerium, die Bezeichnung „Nationalpolitische Erziehungsanstalt“ gegeben hatte⁶. Mit dem traditionellen Verständnis von Hochschulen läßt sich freilich das hier erwartete Ergebnis schwer vereinbaren: die Entstehung einer „Aristokratie“. Es wird also zu fragen sein, in welchem Verhältnis die zu erzeugende Gesinnung zum Wissen und zur sachlichen Kompetenz stehen sollte und wie das ständig von der NSDAP propagierte Grundprinzip des Aufstiegs als „Führer“ allein durch Leistung zu vereinbaren war mit der Einrichtung eines Bildungsweges für hauptberufliche Politiker.

8. 6. 44. Ähnlich: Heinrich Orb, *Nationalsozialismus, 13 Jahre Machtrausch*, Olten 1945, S. 213.

⁴ Der Bau der Burgen fand in der gesamten deutschen Presse Beachtung; über die dort geleistete Arbeit berichtete nur die von Ley dirigierte Presse ausführlicher, vgl. die Artikelserie von Hans Schwarz van Berk in *Der Angriff*, 26. 3.–2. 4. 37: „Die härteste Schule“, außerdem *Arbeitertum*, 15. 2. 37, und *Ruhr-Arbeiter*, 3. 12. 37. Über eine Rundfunkreportage vom Herbst 1938 auf der O. Krössinsee berichtet H. Lichtenstein, dem als Rundfunkredakteur die Bestände des Dt. Rundfunkarchivs Frankfurt/M. offenstanden, a. a. O., S. 137.

⁵ Hitler in seiner Rede auf dem Reichsparteitag am 10. 9. 34 (nach Gerd Rühle, *Das Dritte Reich, das zweite Jahr*, Bln. 1935, S. 317); über die SS-Junkerschulen: *Der Spiegel* 21 (1967), Nr. 5, S. 58.

⁶ Zur Entstehungsgeschichte vgl. Rust, *Erziehung zur Tat*, in: *Deutsche Schulerziehung*, Jahrbuch 1941/42, hrsg. v. R. Benze, Bln. 1945, S. 5f., außerdem Rolf Eilers, *Die NS Schulpolitik*, Köln 1963, S. 41 ff. Eine vergleichende Darstellung der NS Ausleseschulen wird vom Verf. vorbereitet.

Der in dieser Aussage enthaltene Plan war freilich durch die dem „Spätherbst 1937“ vorangegangene Entwicklung bereits überholt:

1. Dr. Robert Ley, der Reichsorganisationsleiter der NSDAP und Inaugurator der „NS-Ordensburgen“, hatte schon im Jahr zuvor vergeblich versucht, die NPEA in einen von ihm geplanten „Erziehungsweg“ für die politischen Amtsträger einzubeziehen. Die NPEA wurden ihm jedoch nicht unterstellt, sondern der Reichsminister für Erziehung, Rust, hielt an dem neuen Inspekteur der NPEA, dem Chef des damaligen „SS-Hauptamtes“, fest, dem er dieses Amt am 9. 3. 36 zunächst kommissarisch übertragen hatte⁷.
2. Ley hatte daraufhin am 15. 1. 37 in Zusammenarbeit mit der „Reichsjugendführung“ „Vorschulen für die nationalsozialistischen Ordensburgen“ gegründet, die „Adolf-Hitler-Schulen“ (AHS). Mit Hitlers Billigung erhoben nun zwei Internatsschultypen den Anspruch, eine Auslese von Schülern für spätere Führungsaufgaben auszubilden^{7a}.
3. Eine Koordination der konkurrierenden Schulungseinrichtungen von Partei und SS kündigte sich zwar an, als im März 1937 von einem Abkommen über die Ausbildung von Lehrern für alle weltanschaulichen Schulungseinrichtungen die Rede war. Die Konzeption jedoch, die Ley im November 1937 für die Qualifizierung von politischen Herrschaftsträgern entwickelte und als für „Partei und Staat“ verbindlich hinstellte, ließ endgültig Einrichtungen der SS außer Betracht⁸.

Eine Verschmelzung der konkurrierenden Hierarchien des Parteiapparates und der SS zugunsten einer horizontalen Schichtung nach dem oft zitierten spartanischen Muster stand also im Herbst 1937 nicht mehr in Aussicht. Daraus ergibt sich, daß die Frage nach der Bedeutung der Ordensburgen nur zureichend beantwortet werden kann, wenn man ihre reale Position im gesamten Herrschaftsgefüge nicht aus dem Auge verliert und außerdem den Ausbildungszusammenhang berücksichtigt, in den sie sich einordnen sollten. Programmatische Äußerungen ‚dokumentieren‘ in der Hitlerzeit selten mehr als den Willen einzelner, sich in einer historisch zu definierenden Situation eine Legitimation für ihr Handeln zu verschaffen. Die tatsächliche Funktion einer nationalsozialistischen Institution wird durch Zitate

⁷ Der Plan vom Sommer 1936, „Die Gemeinschaftshäuser der Partei und die Erziehung des Führernachwuchses“, wurde veröffentlicht in R. Ley, *Wir alle helfen dem Führer*, München 1937, S. 159ff. (zit. *Wir alle*); vgl. auch das letzte Kapitel dieser Darstellung.

^{7a} Dietrich Orlow gelang es in seiner Studie *Die Adolf-Hitler-Schulen*, in dieser Zeitschrift 13 (1965), S. 272–284, nicht, diese Internatsschulen in den Zusammenhang der NS-Schulpolitik einzuordnen. So bleibt beispielsweise das Konkurrenzverhältnis zu den NPEA unberücksichtigt, ebenso die Tatsache, daß auf Grund einer Verfügung aus dem Jahr 1933 schon verschiedene Schulen den Namen Hitlers trugen; von den Ordensburgen wird gesagt, daß sie schon 1933 „ihrer Aufgabe übergeben“ wurden.

⁸ So Der Angriff vom 10. 3. 37. Ley äußerte seine Absichten auf einer Tagung in der O. Sonthofen. Sie wurden am 24. 11. 37 im *Völkischen Beobachter* (VB) unter der Überschrift veröffentlicht: „Dr. Ley: Der Erziehungsweg bei der nationalsozialistischen Führerauslese“ (zit. Ley, *Erziehungsweg*). Sie fanden auch im Ausland Beachtung, doch Hitler, der auf derselben Tagung am 23. 11. 37 sprach, bezog sich in seiner damals unveröffentlichten Rede nicht auf das von Ley vorgeschlagene Erziehungssystem (s. Henry Picker, *Hitlers Tischgespräche im Führerhauptquartier 1941–42*, hrsg. v. Gerhard Ritter, Bonn 1951, S. 443ff., dazu Max Domarus, *Hitler, Reden und Proklamationen I*, 1962, S. 761f.).

dieser Art bestenfalls partiell enthüllt, oft genug aber eher verschleiert, indem eine ideologisch überhöhte Deutung für die Beschreibung einer Realität genommen wird.

Neben dem gesellschaftspolitischen hat sich ein anderer Aspekt des Interesses an den Ordensburgen aus Hermann Rauschnings Veröffentlichung, „Gespräche mit Hitler“, ergeben. In „Aphorismen“, die Rauschning im Anschluß an die eigentlichen Gespräche mitteilte, bezeugte er, daß Hitler selbst einen Zusammenhang zwischen seinem Willen zur „neuen Menschenschöpfung“ und „Ordensburgen“ hergestellt habe⁹. Rauschning leitet diese Aussage mit dem Hinweis ein, Hitler habe über Ley begonnen, diesen seinen Willen „vorsichtig in den nationalsozialistischen Junkerschulen durchzuführen“ (S. 235). In dieser Wiedergabe der Absichten Hitlers war bereits eine Deutung enthalten: sie ließ annehmen, Hitler hätte 1933/34 an besondere Einrichtungen gedacht, in denen durch die Steigerung des vitalen Selbstgefühls bis zur ekstatischen Hingabebereitschaft „die Jugend auf die kommende Stufe der Reife“ vorzubereiten war. Die 1936 eröffneten Ordensburgen nahmen jedoch „Junker“ frühestens im Alter von 25 Jahren auf. Schon deshalb können die Burgen nur als eine der Manifestationen des Willens Hitlers zur Veränderung des Menschen angesehen werden; der ‚totalitäre Subjektivismus‘ (H. Buchheim) kannte keine Selbstbeschränkung. Wenn Hitler tatsächlich „vorsichtig über Ley“ bei der Einrichtung der Ordensburgen zu Werk ging, ja ihnen gegenüber geradezu demonstrativ zurückhaltend war, wie noch zu zeigen ist, so aus taktischen Gründen. Hitler konnte sich keine unwiderrufliche Privilegierung einer Gruppe leisten, die sich konkurrenzlos darauf hätte berufen können, nach dem Willen des Führers erzogen worden zu sein.

Errichtung und Funktion der Ordensburgen

Vieles spricht dafür, daß 1933/34 der Begriff der Ordensburgen für die in Angriff genommenen Neubauten noch nicht geprägt war. Der Anstoß zu ihrem Bau ging von einem Gespräch Hitlers mit Ley während der Besichtigung der Gewerkschaftsschule in Bernau bei Berlin im Juli 1933 aus¹⁰. Die Erörterung wird mehr einer Lieblingsidee Hitlers, der Errichtung neuer, repräsentativer Bauten, gegolten haben als ihrem speziellen Verwendungszweck, denn Ley berichtete rückblickend, daß er im Herbst 1933 „intuitiv“ mit der Planung von „Weihestätten und Erziehungsburgen“ begonnen habe. Zu dieser Zeit entstanden unter seiner Regie schon „Lager“ und „Schulungsburgen“ in großer Zahl zur kurzfristigen Ausbildung von Funktionären der Partei und der Deutschen Arbeitsfront (DAF) unter Einsatz von Mitteln der

⁹ Vgl. Anm. 2. Zuvor hatte Rauschning die gesellschaftspolitische Bedeutung der O. gering eingeschätzt, vgl. *Die Revolution des Nihilismus*, 3. Aufl. Zürich/N. Y. 1938, S. 91 f.: „Der Ordensgedanke ist Literatur. Was dabei praktisch herauskommt, ist ein Ausleseschematismus, der allenfalls eine Schicht von Funktionären für mittlere Positionen heranbringt . . . Fürs erste bleibt festzustellen, daß das nationalsozialistische Erziehungsverfahren keinen Nachwuchs der Elite geben wird.“

¹⁰ Nach Leys Bericht anläßlich der Einweihung der drei Burgen am 24. 4. 36, veröffentlicht in *Westdt. Beobachter* vom 25. 4. 36; auch in Ley, *Wir alle*, S. 173.

DAF. Bis zum Kriegsbeginn verfügte die Partei über die „Reichsschulungsburg Erwitte“, 47 Gau- und 89 Kreisschulungsburgen¹¹. Die Neubauten, die Ley, dem „Völkischen Beobachter“ zufolge, „dem Führer in eigener Verantwortung aufgebaut“ hat, mit einem Hang zur „Gigantomachie“, wie Alfred Rosenberg in seinen letzten Aufzeichnungen bemerkte¹², mußten also noch anderen Zwecken als denen bloßer Schulung dienen. Getreu der Maxime vom Primat der Tat wurde „intuitiv“, ohne Rücksicht auf einen festgestellten Bedarf, etwa das gebaut, was in der Jugendbewegung wenige Jahre zuvor noch als Ziel vieler Wünsche „traum- und rauschhaft“ erschienen war¹³. Der erste Bau wurde in der Nähe von Falkenburg an der pommerschen Seenplatte, am Krössinsee, im Februar 1934 von 500 Arbeitern in Angriff genommen („Die Falkenburg am Krössinsee“); an einem Nordhang der Eifel, oberhalb der Urfttalsperre, entstand „Vogelsang“, im Mai 1935 begann man mit dem dritten Projekt auf dem Kalvarienberg in Sonthofen im Allgäu¹⁴. Die Finanzierung auch dieser Bauten durch die DAF rechtfertigte Ley damit, daß die Arbeiter, Unternehmer und Handwerker gegenüber der Partei eine „Dankesschuld“ abzutragen hätten¹⁵.

Noch während des ersten Bauabschnitts wurde die Planung der Burgen so erweitert, daß jede nach der – niemals erreichten – Fertigstellung 1000 Mann Belegschaft und 500 ständige Angestellte hätte aufnehmen können. Nur jeweils etwa ein Drittel der Anlagen, mit Sport- oder Schwimmhallen, Schießplätzen, Reitställen und Flugplätzen, ist vollendet worden. In Sonthofen, wo man die Burg auf begrenztem Raum zunächst für 350 Mann geplant hatte, zeigten sich die Folgen der Umdisposition besonders kraß¹⁶: neben der romantischen Anlage des „Schönen Hofes“ mit Bauelementen aus Molassesandstein und Holz „im alpenländischen Blockverband“ – ein 700 Meter langer Appellhof, an den sich Betonbauten angeschlossen; neben der „Burgschänke“ mit einer Kachelofenbank und Klubräumen im Stil der Neuen Reichskanzlei – ein Speisesaal mit 2000 Plätzen.

Diese Kontraste waren nicht Folge unvorhersehbarer neuer Aufgaben für die

¹¹ Benze/Gräfer, a. a. O., S. 225.

¹² VB Süddt. Ausg. 20. 6. 41; vgl. Alfred Rosenberg, Letzte Aufzeichnungen, Göttingen 1955, S. 175 u. 180.

¹³ Werner Helwig, Die blaue Blume des Wandervogels, Gütersloh 1960, S. 212.

¹⁴ Ley, Wir alle, S. 166 u. 173. Zu Krössinsee: Rosenberg, a. a. O., S. 177; über Vogelsang hat jüngst der Architekt, C. Klotz, berichtet in: H. Lichtenstein, a. a. O., S. 131f.; über Sonthofen: Emil Maier in: Rundschau dt. Technik, Januar 1938, vgl. auch Anm. 16.

¹⁵ Ley, Wir alle, S. 174. In: Der Weg zur Ordensburg (Sonderdruck des Reichsorganisationsleiters, Bln. etwa Februar 1936, parteiintern, ohne Seitenzählung, 6 Teile, in Kurzfassung auch enthalten in Ley, Wir alle) bekennt Ley: „Ich habe den Bau dieser drei gewaltigen Burgen weit mehr intuitiv begonnen als aus verstandesmäßigem Wissen. Ja, ich muß gestehen, daß mich meine eigenen Mitarbeiter vor dieser gewaltigen geldlichen Belastung der Deutschen Arbeitsfront warnten und doch hielt ich an dem einmal gefaßten Plan stur fest.“

¹⁶ Emil Maier, a. a. O., VB Süddt. Ausg. 27. 5. 38 u. 20. 6. 41. Alwin Seifert übergibt diese Kontraste in seiner Darstellung: Burg und Landschaft in Sonthofen, in: Die NS-Ordensburg Sonthofen, herausgegeben zur Arbeitstagung aller Gauamts- und Kreisleiter vom 16. bis 23. 11. 37.

Burgen, sondern Ausdruck der Flucht eines Kleinbürgers in die Gigantomachie, wie Ley selbst in einem feierlich aufgemachten Bildheft, „Die NS-Ordensburg Sonthofen“, zu erkennen gibt. Es wurde herausgegeben zu einer der Arbeitstagungen, die jährlich, zwischen November 1936 und März 1939, abwechselnd in den drei Burgen stattfanden. Den einleitenden, in großen Lettern gedruckten Worten Leys kann man, unter anderem, seine Vorstellung von der primären Funktion der Burgen als „Weihestätten“ entnehmen. Die Burgen hatten der Selbstdarstellung der Partei vor ihr selber zu dienen, erst sekundär Ausbildungszwecken. Dem Kommentator des Baues, Alwin Seifert, zufolge sollte ein „Hauch von übermenschlicher Größe“ von der Burganlage ausgehen und jene zu „ritterlichem Tun“ inspirieren, die nach Leys Schilderung von den neuen Herrschaftsaufgaben überfordert waren und hier Rückhalt in einer neu auflebenden Kameraderie suchten:

„Wir alten Kämpfer denken oft mit Wehmut und einer unstillbaren Sehnsucht zurück an jenes rauchige, biergeschwängerte Sturmlokal ... [es] war unsere eigentliche Heimat geworden ... , dort wohnte die Treue. Durch die Machtübernahme wurden wir aus diesem uns so lieb gewordenen Milieu herausgerissen. Es entstand das unselige Wort: früher war es doch schöner als heute ... Jedoch die Kameradschaft des kleinen, dumpfen, rauchigen Sturmlokals wollte uns nicht mehr aus dem Sinn. Deshalb habe ich diese alljährlichen Zusammenkünfte der alten Kämpfer ... veranstaltet. Auf den Ordensburgen wollen wir als Kameraden einmal im Jahr zusammenkommen, unsere alten Lieder singen, Erinnerungen austauschen, mit einem Wort, so ganz unter uns sein wie ehemals. Möge die Ordensburg unsere eigentliche Heimat werden, wie es früher das Sturmlokal gewesen.“¹⁷

In ihrer sekundären Funktion als „Erziehungsburgen“ sind die Bauten in typischer Weise ‚occasionell‘ von dem eigentlichen Hausherrn, Ley, genutzt worden. Von einem permanenten Ausbildungsbetrieb, der für die Partei und ihre angeschlossenen Verbände nach mehrjährigem Training jährlich 1000 Mann geschulten Nachwuchses erbringen sollte, war zwar in der Öffentlichkeit die Rede, faktisch aber bestand keine feste Ausbildungsordnung. Der jeweilige Bedarf der Partei gab den Ausschlag. Durch den Beginn des Krieges wurde verschleiert, daß eine auf drei Jahre geplante Ausbildung von ihrem Programm her nicht zu rechtfertigen, daher in ihren psychologischen Folgen bedenklich und in Relation zum Potential der Nachwuchskräfte nicht vertretbar war¹⁸. Aus dem vorliegenden Akten- und Presse-material ergibt sich zwar kein vollständiger, aber ein beweiskräftiger Überblick hinsichtlich der occasionellen Nutzung der drei Bauten als „Erziehungsburgen“:

¹⁷ Walter Kiehl, Mann an der Fahne, Kameraden erzählen von Dr. Ley, München 1938, enthält eine Schilderung und Bilder von Leys „Sturmlokal“.

¹⁸ Zwei interne Berichte aus den Akten des Amtes Rosenberg (den Hinweis auf sie verdankt der Verf. R. Bollmus), der eine über die Tagung des Hauptschulungsamtes vom 7./8. 5. 38 von Otto Schmidt, auf der Johannes Dietel, der zeitweilige Referent für die O. und AHS, über beide berichtete (National Archives Microcopy T-454, Rolle 77), der andere vom dem Gau-schulungsleiter des Gaues Köln-Aachen, Kölker, über die O. Vogelsang vom 1. 7. 39 (zit. Kölker) in BA NS 8/231 lassen diese Problematik erkennen, die im einzelnen noch darzustellen ist. Kölker, der sich mit seinen Reformvorschlägen an Heß und Rosenberg wandte, wußte nicht, daß er mit seiner Kritik das Fazit aus der bei Kriegsbeginn abgebrochenen Arbeit in den O. zog.

1. Ley strebte nach der Einweihung der Bauten am 24. 4. 36 die Einrichtung von mindestens dreijährigen Lehrgängen für junge Erwachsene an, die der NSDAP angehören und Funktionen in ihr oder in den „angeschlossenen Verbänden“ DAF oder NS-Volkswohlfahrt übernehmen sollten. Trotz des prinzipiell vertretenen Monopols der Partei auf „weltanschauliche Schulung“ umfaßte diese Einrichtung also nicht die Nachwuchssicherung für die Führerschaft der „Gliederungen“ (HJ, SA, SS) oder des Reichsarbeitsdienstes.
2. Die Dauer der Ausbildung war von Ley mit Zustimmung Hitlers festgelegt worden; jährlich sollten die Burgen gewechselt werden. Der erste Lehrgang begann in Vogelsang am 5. 5. 36 und wurde entgegen der ursprünglichen Planung bereits am 10. 3. 37 abgeschlossen. Aus ihm gewann Ley vornehmlich die „Stammanschaft“ für die drei Burgen und Erzieher für die AHS¹⁹. Im Oktober 1937 begannen in Vogelsang und Krössinsee Lehrgänge, die vier Jahre dauern sollten. Von Vogelsang wurde schon am 7. 7. 38 berichtet, daß der „zweite Jahrgang der Parteijunker“ in die Heimatgaue zurückgekehrt sei. Die in Krössinsee ausgebildeten Junker wechselten nach Vogelsang über; in Sonthofen war neben den AHS nur eine sportlich besonders qualifizierte Stammanschaft von Junkern stationiert. Der Beginn des Krieges setzte dieser Art der Ausbildung ein Ende²⁰. Sie lebte noch einmal 1943/44 in drei Lehrgängen für Kriegsversehrte auf der Ordensburg Krössinsee auf. Diese viermonatigen Lehrgänge sollten zwar mit der Ordensburgausbildung im Frieden nicht gleichgesetzt werden, doch dienten sie der gleichen Aufgabe, der Partei den hauptberuflichen Nachwuchs für ihre Amtsleiter sicherzustellen. Vor dem Krieg gingen über 2000 Amtsleiteranwärter durch die Ausbildung, an den Lehrgängen während des Krieges nahmen 563 jüngere Versehrte teil²¹.
3. Die von Ley bei den Lehrgangsabschlüssen angekündigte Wiedereinberufung zur Ordensburg erfolgte für viele nach der Besetzung Polens mit dem Ziel der Schulung für Aufgaben in den „Ostgebieten“. Diese Schulung erfaßte nicht ausschließlich „Stammführer“ und „Junker“ der Ordensburgen.
4. Zur Nutzung der Bauten als „Erziehungsburgen“ kann außerdem ihre Belegung durch die „Adolf-Hitler-Schulen“ (AHS) gerechnet werden. Sie unterstanden der gemeinsamen Leitung von Ley und v. Schirach. Obwohl zehn Schulen gleichzeitig am 20. 4. 1937 eingerichtet wurden, ließen sie sich zunächst leicht

¹⁹ Der Angriff, 5. 5. 36, S. 10: Ley eröffnet den „Lehrbetrieb“ in Vogelsang, eine dreijährige Ausbildung ist geplant; ebda. 10. 3. 37: Ley entläßt den Lehrgang und stellt jährliche „Einberufungen“ zu Kurskursen in Aussicht. Über die Gewinnung des Stammpersonals aus diesem Lehrgang: Ruhr-Arbeiter, 3. 12. 37, VB, Wiener Ausg. 28. 3. 39.

²⁰ VB, 7. 7. 38, VB 20. 6. 41: Kriegsaufgaben für Sonthofen, VB 20. 10. 41: Kriegsaufgaben der Ordensburg ‚Die Falkenburg am Krössinsee‘ (besonders über die Vorbereitungskurse für den Einsatz in den besetzten Ostgebieten). Zusammenfassend über die Arbeit vor dem Krieg: F. Marrenbach in Der Hoheitsträger, Heft 1/1943, S. 5.

²¹ Der Hoheitsträger, Heft 9/1943, S. 17 ff., ebda. Folge 59/1944, S. 9 ff., ebda. Folge 62/1944, S. 24, und in „Die Burggemeinschaft“, Organ der O. Krössinsee, Jg. 1943, Folge 11/12 und Jg. 1944, Folge 4/5, S. 6 (im Institut für Zeitgeschichte, München).

auf einer Ordensburg unterbringen, weil man sie jahrgangsweise aufbaute, also jeweils nur 300 Schüler aufnahm. Vornehmlich wegen der akuten Raumnot der Schulen in Sonthofen wandte sich v. Schirach 1940 an den Verwaltungschef der Partei, Reichsschatzmeister Schwarz. Dieser übernahm die Verwaltung der Schulen von der DAF aufgrund eines Abkommens vom 25. 7. 1941 und erklärte die AHS zu „Reichsschulen der NSDAP“²².

5. Im Zuge der Straffung der Parteiführung unter Bormann und Schwarz suchte Schwarz auch auf die Ordensburgen Einfluß zu nehmen, die nicht der Parteifinanzverwaltung unterstanden, sondern der „Zentralstelle für Finanzwirtschaft“ in der DAF. Vermutlich in Übereinstimmung mit Hitler suchte er die Fiktion einer Ordensbildung innerhalb der Partei zu beseitigen, indem er für seinen Befehlsbereich am 28. 7. 1941 anordnete, „für die bisher sogenannten Ordensburgen künftig die Bezeichnung Reichsburgen bzw. Gauburgen vorzusehen“. Gleichwohl hielt Ley noch in einer offiziellen Verlautbarung vom 8. 1. 44, in „Richtlinien für die berufliche Lenkung der Adolf-Hitler-Schüler“, an der Bezeichnung „Ordensburgen“ fest, versah sie sogar mit dem Zusatz „der NSDAP“ und stellte sie weiterhin als notwendige Stufe im Auslese- und Ausbildungsverfahren der Politischen Leiter dar.

Die „Erziehungs“-organisation auf den Ordensburgen wurde, so muß man annehmen, geradezu als Privatunternehmen des Reichsorganisationsleiters angesehen. Sie basierte auf Leys Hausmacht, der Deutschen Arbeitsfront. Die Fragwürdigkeit seines Unternehmens bedingte wohl die Zurückhaltung der nationalsozialistischen Presse. Keinesfalls war sie zur Geheimhaltung verpflichtet, denn Leys Zeitung „Der Angriff“ berichtete ja ausführlich über „die härteste Schule“. Allerdings wurde selbst hier eine ganze Fortsetzungsfolge „Fragen und Zweifeln“ eingeräumt. Die Artikelserie von Hans Schwarz van Berk vom März/April 1937 beweist außerdem, daß das Schweigen der Presse nicht durch verständliche Zurückhaltung einer noch unerprobten Institution gegenüber der Öffentlichkeit zu erklären ist.

Wenn aber Ley keine geheimzuhaltende, sondern eine unpopuläre Organisation aufgebaut hatte, deren Tendenz zur Ordensbildung innerhalb der Partei Spannungen erzeugen mußte, warum ließ Hitler ihn dann gewähren, distanzierte sich aber gleichzeitig merklich von den Ordensburgen? Zunächst sei die Form seiner Distanzierung genauer untersucht. Er ließ sich von Ley die Bauten übergeben, umging dabei jedoch die Bezeichnung „Ordensburg“ ebenso wie jeden Hinweis auf die Funktion, eine Parteilite auszubilden²³. Er sprach lediglich von jenem „Typ des politischen Führers, den wir als politischen Soldaten bezeichnen“. Die besondere

²² Belege dafür und für das Folg. in der Akte 270 I, früher Berlin Document Center, jetzt größtenteils in BA. Die Darstellungen von Eilers und Orlow sind in diesen Punkten korrekturbedürftig.

²³ Die Rede Hitlers vom 24. 4. 36 anlässlich der Einweihung der Burgen wurde vom Rundfunk übertragen. Der Katalog des Rundfunkarchivs verzeichnet als Ortsangabe die „Reichsschulenburg Krösensee“, Lichtenstein gibt die Rede, S. 152f., auszugsweise wieder. In der Presseberichterstattung (Westdt. Beobachter, 25. 4. 36) wurde nur der Gedanke der Mittelpunktbildung hervorgehoben.

Leistung Leys münzte Hitler um in ein bloßes Vorzeichen für die Zukunftspläne der Partei, indem er die Burgen ausgab als „die ersten drei dieser Schulen, die als geistiger und weltanschaulicher Mittelpunkt in vielen deutschen Gauen“ entstehen würden. Mit dieser Deutung der Bauten knüpfte er an seine Nürnberger Rede über die Aufgaben der Partei vom 10. 9. 34 an. Dort hatte er die Partei betrachtet als „eine große Schule, die Millionen unseres Volkes an sich zieht, ausbildet und wieder entläßt“. Sie hatte das „Senfkorn der nationalsozialistischen Idee“ zu setzen, also einen Glauben zu wecken, und „Lehrmeisterin der nationalsozialistischen Organisationskunst, Schule der nationalsozialistischen Propaganda“ zu sein. Dazu hatte sie „einen Stab politischer Apostel und Streiter aus[zu-]bilden, die dann als gehorsame und pflichtgetreue Offiziere der Bewegung ihren Dienst tun“. Die Disziplinierung jener „Apostel“ zu Offizieren mußte der Reichsorganisationsleiter garantieren. 1936 trat nun das Interesse an der Herrschaftssicherung gegenüber dem dynamischen Missionsgedanken in den Vordergrund. Die Partei sollte nicht mehr nur mobilisierend umerziehen, sondern jetzt auch stabilisierend kontrollieren. Hitler sagte, sie habe „deutsches Land zu halten und zu bewahren und zu stärken im Kampf auf dieser Welt“. Diese Aufgabe war nur in zuverlässiger Hörigkeit gegenüber der Parteizentrale zu lösen. Wer darauf nicht durch das Training der „Kampfzeit“ vorbereitet war, mußte zunächst stärker an die Zentrale gebunden und ihrer Kontrolle unterworfen werden. Hitler hätte wohl lieber gesehen, daß sich diese Zuverlässigkeit aus der bloßen Aktivierung ergab. Wenn aber der Reichsorganisationsleiter glaubte, sich dazu des Mittels „Ordensburgen“ bedienen zu müssen, war das seine Angelegenheit. Hitler war nur daran gelegen, diese als „öffentliche Schulen der Partei“ hinstellen zu können²⁴. Er suchte sie einer Lieblingsidee einzugliedern, die Ley später in Ansätzen realisierte: neue Zentren für das politische und kulturelle Leben durch Parteibauten in den Ortsgruppen, Kreisen und Gauen zu schaffen²⁵.

Gewaltsam suchte Ley die divergierenden Ansprüche zu vereinen: eine freiwillige Meldung zur Ordensburg und eine straffe Disziplin zu erreichen, schien ihm nur möglich, wenn eine gewisse Exklusivität der Ausbildung gewährleistet und ein elitäres Bewußtsein genährt werden konnte. Andererseits sollte die Ausbildung keinerlei Vorbildung erfordern und praxisnah bleiben. Zudem mußte sie in ihren Ergebnissen auf die Bedürfnisse der Partei abgestimmt sein. Diese Ansprüche mußten sich wechselseitig paralysieren²⁶. Statt sich dies einzugestehen, suchte Ley Zuflucht bei Plänen und Konstruktionen, welche dem so oft von ihm

²⁴ Die ganz kurze Berichterstattung des VB über die Rede vom 23. 11. 37 stellte jedenfalls diesen Begriff in den Mittelpunkt, er fehlt aber in der Publikation der Rede in Picker, a. a. O.

²⁵ Sie wurden von der DAF gebaut und in den ersten Planungen mit einem Schulhaus verbunden. Berichte über die „Gemeinschaftshäuser“ in Der Hoheitsträger, Juli 1938; S. 26f. und ebda., Sept. 1938: „Jedem Kreis seine Kreisschule“. Die späteren Richtlinien, „Das Gemeinschaftshaus der Partei“ (in der Tagespresse, 1. 2. 41), sahen keinen Schulbau mehr vor.

²⁶ Kölker bemerkt dazu: „Kraftstrotzende Gesundheit verbürgt vorläufig leider nur in den geringsten Fällen auch eine ausgeprägte geistige Aufnahmefähigkeit . . . Die Einsamkeit auf den Burgen und ihre weltabgeschiedene Lage läßt die Gefahr zu leicht aufkommen, daß das

beschworenen „organischen Werden“ hohnsprachen. An charakteristischen Beispielen seien die Widersprüche aufgewiesen, die sich aus der Zielsetzung ergeben mußten, zugleich ordensbildende „Erziehungsburgen“ und „öffentliche Schulen der Partei“ einzurichten.

1. Ley suchte seine Auslesebestimmungen, die keineswegs hohe Anforderungen stellten, mit dem Hinweis zu rechtfertigen, es sei „technisch unmöglich, die mehr als drei Millionen Mitglieder der Partei durch die vorhandenen Ordensburgen zu schicken“. Dadurch minderte er selbst das Ansehen der Ausbildung, ganz abgesehen davon, daß tatsächlich nur junge Männer für sie geeignet waren. Zugleich aber stellte er den Bewerbern große Aufstiegsmöglichkeiten in Aussicht. Wer sich, oft schon verheiratet, für eine dreijährige Ausbildung entschied, durfte wohl erwarten, daß er sich damit gegenüber der Masse der Parteigenossen besonders qualifizierte. Irgendeine Berechtigung ließ sich aber aus dem Besuch der Ordensburgen nicht herleiten. Dennoch hatte der zuständige Referent Anlaß, schon über die Auswahl zum zweiten Lehrgang zu klagen: Es hätte den Anschein, als kämen nicht die Befähigten, sondern nur diejenigen zur Ordensburg, die ein besseres Fortkommen suchten. Bezeichnend dafür sei, daß nur bei wenigen das Monatseinkommen über 200 RM betragen habe²⁷.
2. Leys Konzeption eines „Erziehungsweges bei der nationalsozialistischen Führerauslese“ stellte für jeden Gau eine AHS in Aussicht. Sie wurden als „Vorschulen der nationalsozialistischen Ordensburgen“ bezeichnet. Ley rechnete mit jährlich 4000 Absolventen, von denen aber nach einer siebenjährigen Bewährungszeit jeweils nur ein Viertel in die Ordensburgen aufgenommen werden sollte. Noch 1944 bezeichnete Ley diese Gruppe als „politische Kernmannschaft“, die gemeinsam mit der Mehrzahl der direkt ausgelesenen Anwärter, bei denen weder nach Vorbildung noch nach Herkunft gefragt werden durfte, in die Ordensburgen einziehen sollte. Die Sicherheit, mit der hier die Verfügbarkeit des Menschen eingeplant und ein Ausleseschema vorentworfen wurde, forderte selbst die zeitgenössische deutsche Presse zur Kritik heraus²⁸.
3. Das groteskeste Beispiel gibt der von Ley im gleichen Zusammenhang geäußerte Plan, die zuvor gesuchte Isolierung der Burgen in einer abgeschiedenen, im Falle Vogelsangs auch unwirtschaftlichen, Gegend durch den Bau von „Kraft-durch-Freude“-Hotels mit 2000 Betten wieder aufzuheben. In wöchentlichen „Ferienlagern“ sollten dort jährlich zwei Millionen Menschen „in nahester und kameradschaftlichster Fühlung mit den Führeranwärtern sein, die somit nicht abgeschlossen vom Volk eine Geheimausbildung genießen, sondern inmitten der Volksgenossen stehen“ [Sperrung im Original]. Die klösterlich konzipierten „Erziehungsburgen“ sollten durch Manipulation der Urlaubswünsche großer Massen künstlich zu „Mittelpunkten“ umfunktioniert werden²⁹.

Erziehungssystem dort zur Theorie wird und die Menschen selbst, Erzieher wie Junker, zu Theoretikern verkrusten . . . Das Alter der Junker schwankt zwischen 23 und 25 Jahren . . . Die meisten fühlten sich nach ihrer Entlassung von der Burg sofort zum Kreisleiter und Höherem berufen.“

²⁷ Otto Schmidt über den Bericht Dietels, a. a. O., vgl. Anm. 45.

²⁸ Kritische Kommentare: Frankfurter Zeitung, 20. 1. 37: „Parteischüler“, ebd., 25. 12. 1937: „Führung als Schulziel“. Die Richtlinien vom 8. 1. 44 in BA 270 I.

²⁹ Bevor die O. Vogelsang entstand, sollte an diesem Eifelhang ein Sommerlager für Urlaubler der DAF eingerichtet werden (Lichtenstein, a. a. O., S. 131). Am 27. 8. 37 kündigte Ley in Köln den Bau von Großhotels an. In seiner Darstellung des „Erziehungsweges“ sah er

Faktisch waren die Ordensburgen Mehrzweckbauten für eine Massenunterbringung, mit reicher technischer Ausstattung und Sportanlagen. Sie dienten einer mittleren Führungsschicht zur Selbstdarstellung, ja, wie eine englische Zeitung treffend bemerkte, zur Selbstanbetung; in zweiter Linie einer zentral zu überwachenden Ausbildung des Nachwuchses. Wenn im folgenden der Begriff „Ordensburg“ benutzt wird, ist darunter jene Organisation zu verstehen, die aus der Funktion der Bauten als „Erziehungsburgen“ hervorging.

Reduktion der Schulung durch Hitler und Ley

Wenn Leys Aufgabe darin bestand, Apostel und zugleich Vollstrecker eines politisch durchzusetzenden totalen Herrschaftsanspruchs hervorzubringen, so ergibt sich daraus ein Einblick in die Problematik der nationalsozialistischen Menschenführung, ihre Voraussetzungen und Techniken. Die Schulung dieser Schicht mußte sich zumindest graduell von der Massenbeeinflussung durch Agitation und Kontrolle unterscheiden; jedenfalls liegt die Erwartung nahe, daß hier Einsichten zu vermitteln waren, die nicht Allgemeingut werden konnten. Es wird nun aber zu zeigen sein, daß Schulung, die eigentlich den Willen der heranwachsenden Generation mit den Erfahrungen, Einsichten und Zielen der älteren konfrontieren und ihn im Sinne der Tradition beeinflussen mußte, hier, bei den Multiplikatoren des Führerwillens, nicht auf Einsichten abzielte, sondern auf die Festigung der einmal vollzogenen politischen Bekehrung. Der durch die Meldung zur Ausbildung akzeptierte Habitus im öffentlichen Verhalten wurde nur geregelt und verstärkt, vor allem durch Projektionen des Willens, die sich auf das Vertrauen in die Führung bezogen und sich weder durch Nachdenken noch durch die Wirklichkeit irritieren ließen.

Wenn Hitler unablässig die Abkehr vom Intellekt und die Hinwendung zu „Instinkt und Willen“ forderte, so galt das vornehmlich für die politische Aktivität, für Führer wie Geführte gleicherweise. Die eine, von Hitler kaum erwähnte Folge einer solchen Vorrangstellung von Instinkt und Willen war, daß die Eigensteuerung nicht so weit reichte, sich wirklich auseinanderzusetzen mit der Macht des Faktischen und der Propaganda, die dem Willen ein Ziel vorzuschreiben suchte. Es gab nur Unterwerfung oder Ablehnung. Hitler kam es darauf an, die Jugend möglichst früh „den alten Klassen- und Standeserzeugern“, den traditionsgebundenen Kontrollinstanzen also, zu entreißen, um in den nationalsozialistischen Organisationen jenes „unverdorbene Geschlecht zu erziehen, das . . . bewußt wieder zurückfindet zum primitiven Instinkt“³⁰. Aus einer solchen innerlich akzeptierten

schon fünf solcher Großbauten vor, nämlich in der Nähe der drei O. sowie der Marienburg und der „Hohen Schule“ am Chiemsee. In zusammenhanglos mitgeteilten Aussprüchen von Ley bezog er sich in *Der Hoheitsträger* (Heft 3/1938, S. 28) auf diesen Plan: „Wenn jemand Schulung betreiben will, muß er auch mit der Masse fühlen können. Deshalb kommen auch Großhotels an die Ordensburgen. Die Ordensburgen werden offenstehen! Sie werden nie und nimmer Klöster!“

³⁰ Ähnlich wie in diesen Reden in Reichenberg am 2. 12. 38 und in Nürnberg am 1. 9. 33 äußerte sich Hitler schon am 27. 4. 25 in München über „Instinkt und Wille“ (s. Walter Espe, *Das Buch der NSDAP*, Bln. 1934, S. 139). Besonders aufschlußreich ist die erst kürzlich ver-

Rückkehr zum Instinkt folgerte nun Hitler aber auch – indem er wohl eigene Erlebnisse als Meldegänger ausdeutete – eine besondere Art von Freiheit, die freilich durch Führungsverhältnisse bedingt war. Rauschning gegenüber gab er die „Stufe der heroischen Jugend“ als Vorstufe für den in seinem Verständnis freien Menschen aus. Eine athletische Jugend sollte ihrem Instinkt folgen lernen, dann aber auch die Todesfurcht besiegen. Spiegelte sich darin etwas anderes als das Freiheitsempfinden des Frontsoldaten gegenüber dem Schicksal, der nach dem Frontjargon den inneren Schweinehund besiegt hatte und sich bei der Befehlsausführung seinem Instinkt anvertraute? Indem Hitler Instinktsicherheit und Selbstüberwindung als Vorstufe ausgab zur „Stufe des Freien, der Maß und Mitte der Welt ist, des schaffenden Menschen, des Gottmenschen“, hatte er die Vorbereitung auf die Übernahme von Verantwortung eliminiert. Für eine Elite, die ihm prädestiniert schien, frei zu sein, gab es keine adäquate Ausbildung, keine Vermittlung zwischen den beiden Stufen. Die Ordensburgen hatten nur zu jener Vorstufe hinzuführen.

Eine Erziehungsabsicht gegenüber jungen Erwachsenen setzt bei diesen Motive für ihre Bereitschaft voraus, sich erziehen zu lassen. Das Interesse am Dienst in den politischen Organisationen war bis zur Hingabebereitschaft zu steigern, ohne daß Versprechungen konkreten Inhalts, etwa zur materiellen Besserstellung des einzelnen, oder über politische Zielsetzungen, die nicht mehr nur allgemein die Erhaltung und Ausbreitung des bestehenden Herrschaftssystems betrafen, dabei ins Spiel kommen durften. Materiell wie ideell konkrete Motive im Interesse des absoluten Geltungsanspruches des Führerwillens zu entschärfen und zu manipulieren, war Aufgabe des Reichsorganisationsleiters. Die Forschung hat der Wirksamkeit Leys als Reichsorganisationsleiter bisher keine Aufmerksamkeit geschenkt, obwohl seine Interpretation der Absichten Hitlers für die Effektivität der Parteiorganisation, zumindest bis zum Aufstieg Bormanns, von erheblicher Bedeutung gewesen sein dürfte³¹.

In den beiden Denkschriften zum Beginn der Schulungsarbeit in den Ordensburgen und zur Gründung der AHS suchte Ley einen Missionsgedanken zu artikulieren, der dynamisch und allgemein genug war, um den genannten Forderungen zu entsprechen³². Ley, der öffentlich verkündete, er habe durch Hitler vom Darwinismus zum „Herrgott“ gefunden, suchte den bei Hitler oft zynisch hervortretenden Sozialdarwinismus durch Rhetorik derart metaphysisch zu überhöhen, daß der erforderliche Gehorsam sich als das zentrale Kriterium einer religiösen Berufung darstellen konnte:

öffentliche Rede Hitlers in Vogelsang vom 29. 4. 37 in „Es spricht der Führer“, a. a. O., S. 142–148. Sie konnte in der Darstellung nicht mehr berücksichtigt werden.

³¹ Leys Wirksamkeit ist bisher nur im Zusammenhang mit der DAF dargestellt worden. Bewußt verschwiegen wurden die Wechselwirkungen seiner Machtpositionen in Partei und DAF in dem umfangreichen Rechenschaftsbericht der DAF: *Fundamente des Sieges, die Gesamtarbeit der DAF 1933–1940*, Bln. 1940, hrsg. v. Otto Marrenbach.

³² Zitate aus: *Der Weg zur Ordensburg*, und aus: *Die Adolf-Hitler-Schule* (parteinterne Schrift von Ley und v. Schirach, Bln., Februar 1937) S. 5–8. Vgl. auch die Rede Leys vor dem NS-Lehrerbund vom 12. 7. 36 in: *Die Deutsche höhere Schule*, Jg. 1936, S. 576 ff.

„Die eigene Disziplin ist eine Funktion der Rasse, und je vollkommener diese eigene Disziplin mit der ewigen, unabänderlichen, natürlichen Ordnung übereinstimmt, um so höher ist die Rasse.“

Diese „Disziplin“ drückte sich für ihn in der Bereitschaft aus, „das Denken, die Funktionen in diese ewige Ordnung der Natur ein[zu]ordnen“, an die der Nationalsozialismus, nach Ley, „glaubt“. Disziplin war der aktive Ausdruck eines Glaubens, der faktisch vom Willen, in der Deutung Leys aber von der Rasse abhing. Diese mobilisierte den „ewigen Wanderer“, stattete ihn mit einem „ausgeprägten Instinkt“ aus, der die Übereinstimmung mit den Naturgesetzen zu sichern imstande war – sofern jener „Suchende“ zur auserwählten Rasse gehörte. Vom Glauben an den Wert der eigenen Rasse hingen also Selbstsicherheit und Herrschaftsanspruch ab. Seine Rechtfertigung erfuhr dieser Glaube jedoch nicht erst durch das Urteil der Geschichte, sondern schon durch das Gelingen „sinnvoller Schöpfung“ in der Gegenwart. Ley erklärte am 16. 11. 37 in Sonthofen: „Der Sinn der Schöpfung oder was wir Gott nennen ist die sinnvolle Zusammenfügung der Welt“ und ließ dabei durchblicken, daß er in der „nationalsozialistischen Einheit“ Gott repräsentiert sah³³.

Will man Hitlers Distanz gegenüber den Ordensburgen nicht nur taktisch motivieren, so wird man auf seine oben geschilderte Vorstellung von der Bestimmung des Menschen zurückgreifen müssen. Für die Ausnahmesituation, auf die es ihm praktisch ankam, bedurfte es keiner ideologisierenden Interpretation seiner Theoreme aus „Mein Kampf“. Es genügte, wenn man seiner Ansicht zustimmte, daß die Menschen „ihr höheres Dasein nicht den Ideen einiger verrückter Ideologen, sondern der Erkenntnis und rücksichtslosen Anwendung eherner Naturgesetze verdanken“³⁴, welche in diesem Zusammenhang nicht anders als sozialdarwinistisch zu interpretieren waren. Ein selbständiges Deuten oder gar sachkundiges Prüfen von Zusammenhängen wollte Hitler, nach Rauschnig, nicht zulassen:

„Ich will keine intellektuelle Erziehung. Mit Wissen verderbe ich mir die Jugend. Am liebsten ließe ich sie nur das lernen, was sie ihrem Spieltrieb folgend sich selbst aneignen.“

Die Zusammenhänge, in die nur der Erwachsene einführen konnte, durften nur bescheidene Anforderungen an die Einsicht der jungen Menschen stellen, vielmehr sollte ihre Lust an produktiver Einseitigkeit gefördert werden, wie ja auch durch die Lust an der Körperbeherrschung oder an der Selbstüberwindung eine Kompensation für die geistige Entmündigung hergestellt werden konnte. Es besteht kein Anlaß, an der Gültigkeit von Hitlers Vorstellungen vom weiterführenden Unterricht auch für den von Ley organisierten Schulungsbetrieb zu zweifeln:

„Es genügt, wenn der einzelne Mensch ein allgemeines, in großen Zügen gehaltenes Wissen als Grundlage erhält und nur auf dem Gebiet, welches dasjenige seines späteren Lebens wird, gründlichste Fach- und Einzelausbildung genießt. Die all-

³³ Der Hoheitsträger Heft 1/1938, S. 4 (Zeichensetzung nach dem Original).

³⁴ Hitler, Mein Kampf, 1939, S. 316; z. folg. Rauschnig, Gespräche, a. a. O., S. 237.

gemeine Bildung müßte hierbei in allen Fächern obligatorisch sein, die besondere der Wahl des einzelnen überlassen bleiben.“^{34a}

Hitler vertraute auf den Einfluß der politischen Zwänge und einer pragmatisch verfahrenen Propaganda. Solange der in der Mentalität längst vorbereitete „totale Krieg“ noch nicht Wirklichkeit war, mochten sich aber ideologische Konstruktionen Leyscher Machart durchaus als Führungsmittel eignen.

Für Ley ergab sich daraus die Aufgabe, in den Ordensburgen eine Frage nach Zusammenhängen gar nicht erst aufkommen zu lassen. Wie konnte er das bei seiner Orientierung an den Gesetzen der Natur und des Lebens bewerkstelligen? Er ging von einer Funktionsteilung aus, bei der sich der politisch Führende guten Gewissens von tradierten Einsichten distanzieren konnte. Der Glaube, der sich für Ley in einer Weltanschauung wie analog in der Kunst ausdrückte (im „Voraus-schauen der dem Künstler an sich noch unbekanntem natürlichen Gesetze“), hatte der Wissenschaft und der „Arbeit“ vorauszugehen. „Die Weltanschauung muß, weil sie vorausleitet, führen; die Wissenschaft muß, weil sie erfüllt, verwalten.“ Den Zugang zur Wahrheit hatten nur die Führenden; allein „der gottbegnadete Mensch“ vereint „den stärksten Glauben und das größte Wissen“. Daran schließt Ley die Behauptung an: „Hieraus erwächst nun die unumstößliche Tatsache, daß es zwei Arten von Schulen geben muß. . . . Will die Schule der Weltanschauung, die Führerschule eines Volkes, Jünger und Schüler bekommen, so muß sie sich an den glaubensstarken Menschen wenden, während sich das Wissen an den nackten Verstand wendet.“³⁵ Es ist also zunächst zu fragen, wie bei einer solchen Funktions-teilung eine „Schule“ noch – schulen konnte und wie eine diesem Ziel entspre-chende Auslese zu bewerkstelligen war.

Ausbildung und Auslese

Ley war genötigt, von „Schulung“ zu sprechen, um die Propaganda, die nicht in seinen Kompetenzbereich fiel, mit der seinerzeit Menschenformung genannten Mentalitätsmanipulation verbinden zu können. Er gebrauchte den Begriff „Schu-lung“ ungerne:

„daß ich die Erziehung der Politischen Leiter Schule oder Schulung nannte, be-weist, daß noch ein Rest von bürgerlichem Denken auch bei mir selbst vorhanden war. Gewiß, ich weiß und wußte es immer, daß man eine Weltanschauung nicht lernen und nicht lehren kann, daß man sie bestenfalls, wenn der Glaube vorhanden ist, wissenschaftlich untermauern oder durch die geeigneten Methoden exerzieren oder üben kann.“

Hitlers „Senfkorn der nationalsozialistischen Idee“, Leys Glaube an die Auser-wähltheit wurden 1936 noch zur Weltanschauung hochstilisiert, der Ley aller-

^{34a} Hitler, *Mein Kampf*, S. 468f.

³⁵ Die Adolf-Hitler-Schule, a. a. O., S. 7; in: Der Weg zur O. erklärte Ley, es sei „grund-falsch“ zu glauben, aus dem bürgerlichen Erziehungssystem erwachsen auch politische Führer; ein guter „Sachwalter“ eigne sich nicht zum „Führer von Menschen“. Den Klassen-haß der Arbeiter führt Ley in diesem Zusammenhang darauf zurück, daß sich die Akademiker zu politischen Führern „aufwerfen“ wollten.

dings die Möglichkeit absprach, Lehre zu werden; später hat man sich von diesem Wort mehr und mehr distanziert. Aus der Problematik einer systematischen Entfaltung der letztlich undefinierbaren Weltanschauung konnten sich die AHS noch in den nur leicht modifizierten Kanon der Schulfächer hineinretten, aber in den Ordensburgen mußte der Mangel an einer systematisch aufgebauten Lehre offenbar werden. Zwar schlug Ley sechs „Hauptfächer“ vor:

„Rassenlehre, Geschichte unter besonderer Berücksichtigung der Vor- und Zeitgeschichte, Kunst- und Kulturgeschichte, Weltanschauung und Philosophie, Wirtschafts- und Soziallehre und Wehrwissenschaft“,

doch daraus ergab sich kein zusammenhängender Lehrplan. Aus der Praxis berichtete 1938 der Kommandant von Krössinsee, die weltanschauliche Schulung umfasse

„drei Hauptgebiete: rassenpolitische Schulung, geopolitische Schulung und geschichtspolitische Schulung. Hier werden durch Hauptlehrer die Vorträge gehalten, die dann in Arbeitsgemeinschaften oder Arbeitskameradschaften ganz intensiv unter der Anleitung der Erzieher durchgearbeitet werden.“³⁶

Mit den Themen von Rasse, Raum und sogenannter Geschichtspolitik bewegte man sich lediglich in der Sphäre der Propaganda. Das ergibt sich vor allem aus der Forderung des zuständigen Referenten, einen „Hauptlehrer für politische Information“ anzustellen, nachdem der zweite Lehrgang schon nahezu abgeschlossen war:

„Die Junker sollen in Zukunft über den Rahmen dessen hinaus, was in den Veröffentlichungen der Presse und sonstigen Mitteilungen an sie herangetragen wird, in besonders vertraulicher Art weitgehendst über die politische Lage durch diesen Hauptlehrer informiert werden. Ferner ist vorgesehen, soweit es möglich ist, die Junker zum Reden auszubilden.“

1938 bot sich als Ersatz für eine Systematik die Konzentration auf „Ostfragen“ an. Wie dilettantisch man dabei zu Werke ging, deutet der Bericht eines Untergebenen des Balten Rosenberg an, wenn er erwähnt, daß die Ordensburgen Lehrer für Russisch, Polnisch und „Baltisch“ suchten!³⁷

In der Schulungspraxis wurden die Forderungen Hitlers und Leys erfüllt, indem man Überblicks- und Detailwissen unzusammenhängend darbot und dadurch einer systematischen Entfaltung von Fachgebieten wie der daran sich knüpfenden intellektuellen Erziehung auswich. In Anlehnung an die Praxis der anderen Schulungsstätten der Partei, wo vor allem Berichte über einzelne Bereiche der politischen Arbeit und die in ihnen vorwaltenden Propagandathesen abgegeben wurden, stellten die Ordensburgen täglich ein Thema in den Mittelpunkt. Von 8–9.30 Uhr wurde in den Kameradschaften von etwa 50 Mann dem Verständnis des nachfolgenden Vortrages vorgearbeitet, der von 10–12 Uhr stattfand. Am Nachmittag, nach Sport oder Wehrsport, war von 17.30–18.30 Uhr eine Arbeitsstunde vorgesehen. Die Vorträge sollten „den Glauben unserer Weltanschauung durch die Wissenschaft so weit wie möglich untermauern“ (Ley), also nicht auf ihre Voraussetzungen überprüft und in den Zusammenhang einer Lehre eingegliedert werden. Primär wollte man

³⁶ Der Weg zur O., und Lichtenstein, a. a. O., S. 157 (aus der Rundfunkreportage mit Otto Gohdes).

³⁷ So in dem Bericht von Otto Schmidt, a. a. O.

eine emotionale Wirkung erzielen: Die Autorität des Vortragenden diene der Bestätigung auf dem eingeschlagenen Weg; der Glaube blieb unfixiert, Wissen als „Stückwerk“ hatte ihm gegenüber eine ähnliche induktive und zugleich affirmative Funktion wie die Feier oder das Kameradschaftserleben.

Vorbereitung und Auswertung der Vorträge zielten auf die Hinnahme des Stoffes und seine Anwendung im streng individuell aufgefaßten Spezialbereich. Kaleidoskopartig wurde Wissen vermittelt, wie es Hitlers Aufgabenstellung für eine „Schule“ und Rosenbergs Vorstellung von einer „allseitigen Vorbereitung“ entsprach. Rosenberg kritisierte jedoch die viel zu großen Gruppen, „die einen persönlichen Entwicklungsprozeß nicht zu sichern schienen“, und die „straff soldatische Form“ ihrer Arbeit³⁸. An den Nachmittagen bestand aber für den einzelnen die Möglichkeit, sich seinem Spezialgebiet zuzuwenden und dazu die Bibliotheken in Anspruch zu nehmen, welche in jeder Ordensburg vorhanden waren und durch beschlagnahmte Bestände angereichert wurden. Wichtiger war, daß keine Gruppierungen nach beruflichen Interessen aufkommen konnten, weil die schematisch eingeteilten „Kameradschaften“ als Gesellungsformen für die geistige Arbeit dominierten. Die einzige Einrichtung, die dem Schema Überblickswissen, Erfahrungsberichte und nachfolgende Spezialisierung widersprochen hätte, wäre der von Ley geplante „Appell“ gewesen, bei dem Sprecher der Kameradschaften die Ansicht ihrer Gruppe zum Thema des Tages wiedergeben sollten und der Burgkommandant die „Diskussion“ zusammenzufassen gehabt hätte, „damit der Tag mit einem klaren, eindeutigen kritischen Urteil beendet wird“. Es ist nicht verwunderlich, daß es anscheinend niemals zur Durchführung solcher Burgappelle kam, hätten sie doch zu einer Meinungsbildung innerhalb der Gruppen genötigt und die Autorität des Burgkommandanten permanent auf die Probe gestellt.

Ein reformwilliger Gauschulungsleiter, der das Folgende der Parteizentrale und dem Amt Rosenberg berichtete, konnte nicht einsehen, daß die für Erwachsene lernwidrigen Organisationsformen der Schulungsarbeit einer Absicht entsprachen:

„Der Tagesplan der Burg sieht im allgemeinen höchstens einen Vortrag täglich – meist aber nur jeden zweiten oder dritten Tag – vor . . . Einen von Geist und Wissen getragenen Vortrag können viele Junker nicht verarbeiten. Sie geben sich alle Mühe, das Gehörte zu behalten, aber selbst dann steht das Erlernte vielfach einsam im Raum. Die oft mangelnde Vorbildung läßt sie keine Beziehung zu dem Gehörten finden . . . Diesem Übelstand sollten die vor Jahr und Tag auf der Ordensburg eingerichteten Arbeitsgemeinschaften abhelfen. In ihnen sollten die Erzieher den Tagesvortrag vor den Kameradschaften durchsprechen und erläutern, um so den wissensmäßig nur unzulänglich ausgerichteten Junkern ein Mitkommen zu ermöglichen. Die Erfolge dieser Arbeit waren jedoch ebenfalls begrenzt; die Arbeitsgemeinschaften fanden meist nur jeden zweiten Tag statt und das dazugehörige Wissen der Kameradschaftsführer usw. war auch nicht in allen Fällen auf einer erfolgversprechenden Höhe.“ (Kölker).

³⁸ Rosenberg, a. a. O., S. 176. Gegen eine solche Kritik wandte sich schon Gohdes (s. Anm. 36), indem er den „Einwand einer Massenschulung“ durch den Hinweis auf die „intensive Betreuung“ und die „individuelle Schulung des einzelnen“ zu entkräften suchte. Der Schulungsstoff wurde „durchgearbeitet“, aber wohl selten verarbeitet.

Dem nüchternen Blick eines Engländers fiel auf: „the emptiness of the teaching given there“, zugleich aber, daß es auf die Bedeutung des gesprochenen Wortes gar nicht ankam. Seiner – sicher richtigen – Ansicht nach wäre die Reaktion auf das Ansinnen, sich die Bedeutung etwa eines gesungenen Liedtextes klarzumachen, gewesen: „we distrust words and phrases, we prefer action“³⁹.

In der Schulungsarbeit unterschieden sich die Ordensburgen also kaum von den übrigen Schulungsstätten. Als diese Organisation des Lehrangebots sich auch bei einer mehr als einjährigen Ausbildungsdauer nicht änderte zugunsten eines systematischen Lehrgangs, wohl aber längere Praktika in den Kreisleitungen eingeführt wurden, kam bei den Junkern, nach Kölker, die Vermutung auf, „daß diese ihre Abstellung wahrscheinlich zur Überbrückung einer Leere im Erziehungsplan der Ordensburg erfolge“. Es kam so weit, „daß ein Großteil der jetzt auf der Ordensburg Vogelsang befindlichen Junker Mittel und Wege sucht, um nach Ablauf des zweiten Ausbildungsjahres entlassen zu werden. Ein drittes Jahr wollen viele von ihnen nicht mehr mitmachen.“ (Hervorhebung im Original).

Mehr als diese Art der Schulung stellte die Vielfalt der sportlichen Betätigungsmöglichkeiten und die durch sie zu verwirklichenden Erziehungsabsichten eine Besonderheit der Ordensburgen dar. Der geplante Wechsel von Burg zu Burg variierte wenigstens diese Möglichkeiten, was von Ley entsprechend ausgemalt wurde. In Krössinsee begann man mit „Segeln, Leichtathletik, Flug und Reiterei“; in der „Festung des Glaubens“, Vogelsang, sollten höhere Anforderungen gestellt werden: man plante „die größte Sporthalle“ der Welt; ein Hallenschwimmbad und eine Reitschule waren schon eingerichtet worden. Sonthofen sollte eine weitere Steigerung durch „Schi- und Kletterfahrten“ bieten, die von neu eingerichteten Skihütten aus durchgeführt werden konnten⁴⁰. Hitler ordnete darüber hinaus im Oktober 1938 die Ausbildung im Motorflug an, die nur von der Stammebelegschaft der Burgen absolviert wurde⁴¹. Nur diese Unterführer wechselten tatsächlich jähr-

³⁹ Manchester Guardian, 17. 11. 37.

⁴⁰ Ley, Der Erziehungsweg. Kölker kritisierte, daß die Forderung Hitlers, „von den Junkern Beweise für ihren Mut, ihre Tapferkeit und letzte Einsatzbereitschaft“ zu verlangen, „von den verantwortlichen Männern sehr einseitig ausgelegt worden“ sei. „Allgemein habe ich den Eindruck, daß das Militärische – nicht das Soldatische – auf der Ordensburg Vogelsang ungewöhnlich stark betont wird und weit über jenen Notwendigkeiten steht, die zur Führung einer vielhundertköpfigen Burgmannschaft erforderlich sind.“ Er beklagte, daß Nichtschwimmer auch als solche wieder die Burg verließen und charakterisierte folgendermaßen den betriebenen Leistungssport: „Jedes Jahr werden Burgmeisterschaften ausgeschrieben. Dafür sucht man sich die besten Schwimmer, Turner, Boxer, Fechter usw. aus, die dann besonders stark gefördert werden, um der einen oder anderen Hundertschaft einen Mannschaftssieg zu sichern. Diejenigen Junker aber, die von den hervorstechenden Sportarten nichts verstehen – und das sind gar viele – werden in ihrer sportlichen Ausbildung vernachlässigt.“

⁴¹ VB, Süddt. Ausg. vom 19. 10. 38, ausführlich in VB, Wien, 28. 3. 39: „Ordensburg Sonthofen erzieht deutsche Jungmannen“. Dort wurden als Beispiele für die Leistungsfähigkeit der Junker genannt die Besteiger der Eiger-Nordwand, Heckmair und Vörg, sowie der Weltmeister in der alpinen Kombination, Jennewein.

lich die Burgen. In dieser relativ kleinen Gruppe, die mit Führungsaufgaben beschäftigt war, realisierte sich also Leys Plan. Zu einer gezielten ausbildungsspezifischen Verwendung dieses Kadern während des Krieges scheint es nicht gekommen zu sein. Teilweise kam die Ausbildung den Elitetruppen zugute; so wurde bekannt, daß Dietel, Leys Referent für die Ordensburgen und zeitweiliger Kommandant von Vogelsang, als Fallschirmjäger auf Kreta starb.

„Der zweite Teil der Ausrichtung“, so schrieb Ley in Abänderung der sonst üblichen Rangfolge Körper-Seele-Geist über das körperliche Training, „ist ein ständiges Exerzieren und Üben der nationalsozialistischen Weltanschauung.“ Der Sport eignete sich als Surrogat des politischen Kampfes, hier konnte sich jeder als „Kerl“ beweisen. An erster Stelle standen die „Mutproben“, die Prüfung der „Entschlußkraft“. Das Reiten gab Ley Veranlassung, eindeutig auszusprechen, daß er unter Führung Herrschaft verstand. Er ließ die Junker reiten lernen, um ihnen das Gefühl zu geben, „ein lebendes Wesen absolut zu beherrschen“. „Wer die Totalitätsansprüche auf die Führung des Volkes nicht erhebt oder gar gewillt ist, sie mit einem anderen zu teilen, kann nie Führer der NSDAP sein“, predigte Ley seinen Leuten in diesem Zusammenhang. So durfte es ihn nicht wundern, wenn es später an dem erwünschten „Einvernehmen“ zwischen den Amtsleitern mangelte. Auch eine zeitweilige Askese gehörte zu diesem Training. Verzicht leisten zu können, wenn die Führung es befahl, gab Ley als Zeichen „innerer Disziplin“ aus nach der Devise: „wer andere beherrschen will und soll und darf, muß sich selbst beherrschen können“. Daß es sich in Wahrheit um eine überwachte Selbstüberwindung zur Konformität mit der Gruppe handelte, beweist der Organisationsplan der Ordensburgen, der im „Stab des Burgkommandanten“ neben den Mannschaftsführern einen „Exerziermeister“ vorsah und „Lehrer“ für körperliche Ertüchtigung, für „Ausrichtung“, für weltanschauliche und geistige Erziehung und für die „Vermittlung von Umgangsformen“⁴². Das Willenstraining suchte den Gehorsam des einzelnen durch „Glauben“ zu motivieren. Der Wille sollte nicht gebrochen, sondern mit Hilfe der Gruppe anders motiviert werden. Daß sich diese formale Schulung auch außerhalb der Gruppe bewährte, glaubte ein Mitarbeiter Leys, Marrenbach, schon im März 1940 bestätigen zu können, indem er die „Selbständigkeit und Umsicht“ hervorhob, mit der die Absolventen der Ordensburgen sich an der „Eingliederung der neuen Ostgaue“ beteiligt hätten⁴³.

Neben der geistigen und der körperlichen „Ausrichtung“ kam nicht das musische Element zum Zuge, das Hitler und andere in zunehmendem Maße betonten, sondern die Unterweisung im „absolut sicheren gesellschaftlichen Auftreten“. Sie diente der Förderung des Selbstbewußtseins und der Übung in einem Kommentar. Außerdem suchte Ley „untadeliges Benehmen“ durch den selbstverfaßten „Entwurf zu einer Disziplinarordnung“ zu sichern, in welchem sogar Arrest vorgesehen

⁴² Organisationsbuch der NSDAP, 5. Aufl. 1958, S. 182 f.

⁴³ Westdt. Beobachter vom 16. 3. 40; über die Verwendung der Junker vgl. die Nachrufe in „Die Burggemeinschaft“, a. a. O., Lichtenstein, a. a. O., S. 139 sowie A. Hohenstein, Wartheländisches Tagebuch aus den Jahren 1941/42, Stuttgart 1961, S. 21 und 201.

war⁴⁴. Diese Erziehungsmaßnahmen für Männer im Alter zwischen 22 und 34 Jahren werden erst verständlich, wenn man sich die Folgen der Leyschen Auslesemaxime vergegenwärtigt. Trotz der vorgesehenen „wissenschaftlichen Arbeit“ wollte Ley die Ausbildung auch dem einfachsten Menschen „um jeden Preis“ offenhalten. Er verbot zuerst strikt die Vorlage von Schulzeugnissen, ja selbst die Anforderung eines handgeschriebenen Lebenslaufes. Voraussetzungen für eine Bewerbung waren lediglich: 1. die freiwillige Meldung, 2. die Mitgliedschaft in der NSDAP, 3. der „unbändige Gemeinschaftssinn“, der sich in freiwilliger, unentgeltlicher Arbeit „an der Gemeinschaft“ gezeigt haben mußte, nicht notwendig in der Partei und deren Gliederungen (die eine eigene Nachwuchsschulung entwickelt hatten), sondern vornehmlich auch in den angeschlossenen Verbänden DAF und NS-Volkswohlfahrt, 4. Nachweis der Gesundheit und Erbgesundheit, 5. Nachweis der arischen Abstammung. An die Stelle von Prüfungen der Bewerber sollten „Musterungen“ treten, in denen die „Hoheitsträger“ „instinktsicher“ auszuwählen und dabei die „Grundforderungen“ Leys im Auge zu behalten hatten:

- „1. er muß einen sicheren Instinkt und damit einen gesunden Menschenverstand besitzen,
2. er muß in jeder Beziehung ein ganzer Kerl sein,
3. er muß den Willen haben, sein Wissen so weit wie möglich zu vervollkommen.“

An dem ersten Lehrgang, der 1936/37 nur in Vogelsang durchgeführt wurde, nahmen ausschließlich Parteimitglieder teil, die schon vor 1933 der Partei angehörten. Schon der zweite Lehrgang in Vogelsang und Krössinsee zog nach Dietels Bericht von 1938 größtenteils Nachwuchs an, der wirtschaftlich kaum über das Existenzminimum hinausgelangt war. Berichte aus einzelnen Gauen lassen erkennen, daß es sich dabei um Angehörige verschiedener Berufsgruppen handelte, deren Zusammensetzung nicht der des „Korps“ der „Politischen Leiter“ entsprach; vornehmlich meldeten sich Arbeiter⁴⁵. Das ist insofern verständlich, als die Unterhaltszahlungen an die Familien der Junker während der Ausbildung niedrig gewesen sein dürften. Dieser Frage kam deshalb besonderes Gewicht zu, weil Ley verheiratete Bewerber bevorzugen wollte und es als bedenkliches Zeichen für die Entschlußkraft eines Mannes hinstellte, wenn er bis zum 25. Lebensjahr noch nicht geheiratet hatte.

Die Anordnung des Hauptpersonalamtes aus dem Jahr 1939, auch Bewerbungen von Werkschärmännern der DAF, die nicht Parteigenossen waren, zuzulassen, war nach Meinung Kölkers „unzweideutig“ ein Zeichen dafür, daß „die Parteidienststellen zu wenig Anwärter für die Ordensburgen aus den Reihen der Partei ausfindig machen konnten“. Seiner Erfahrung nach trug die Schuld daran sowohl die im Vergleich zur Wehrmacht viel strengere Beurteilung des Gesundheitszustandes, die „manchen für die politische Führung durchaus qualifizierten Anwärter wegen

⁴⁴ Ley gab sie zu seinem 48. Geburtstag heraus (BA NS 22/463).

⁴⁵ Hakenkreuzbanner, Mannheim vom 25. 5. 37 über Meldungen aus Baden; Meldungen aus Pommern in BA NS 22/604. Mit der Parteistatistik von 1935 lassen sich die Angaben wegen einer anderen Aufschlüsselung der Berufssparten schlecht vergleichen.

kleiner und kleinster Mängel ausscheidet“, aber auch das Fehlen konkreter und für das gesamte Reich gültiger Laufbahnvorschriften für den Absolventen der Ordensburgen, welches freilich ein bewußt gehandhabtes Auslese- und Erziehungsmittel zur Erziehung von blindem Gehorsam und Glauben darstellte. Wohl zählte jene Berichtserie in „Der Angriff“ verschiedene Verwendungsmöglichkeiten auf in der Arbeit der Partei und ihrer Auslandsorganisation, in der DAF oder NSV, in der Gemeindeverwaltung, im Staat oder in der Pressearbeit oder innerhalb der Ley-schen Erziehungsinstitutionen, den AHS oder Ordensburgen. Doch die Macht der Burgleitungen, über die Verwendung der Absolventen zu entscheiden, war schon innerhalb der Parteiorganisation begrenzt durch die Befugnisse der Gauschatzämter⁴⁶. Statt ein Zeugnis auszugeben, das als Zeichen für eine Berechtigung hätte gelten können, wurde die „Menschenbewertung“ durch die Ordensburg nur in der Personalakte festgehalten. Man argumentierte, so ließen sich für den einzelnen diejenigen Aufgaben finden, die ihn „am besten ausfüllen und fördern können“. Wohlmeinender, von der Presse wiedergegebener Kritik, die den Sinn der Einrichtung in der Förderung des politischen Sachverstandes sah und damit verkannte, erschien die aufwendige Ausbildung überflüssig. Statt dessen wurde empfohlen, „Adjutanten“ einzurichten. Der Sinn der Ausbildung leuchtete auch jenem Gauschulungsleiter nicht ein, der im Juli 1939 urteilte, „die wirklich brauchbaren“ unter den Absolventen hätten „ihren Weg in der Politischen Leitung auch ohne das Jahr Ordensburg gemacht“⁴⁷. Schon unter den Parteigenossen herrschte also offenbar Unklarheit darüber, welche Bedeutung der Trennung der „Führer“-Ausbildung von der des „Sachwalters“ beizumessen war.

Der Sinn der Ausbildung

Ley selbst hat in einem Interview mit der Zeitung „Der SA-Mann“ auf die Frage nach dem Sinn der Ausbildung geantwortet, er sähe ihn in einer „neuen Form der Charakterbildung“⁴⁸: „Ganze Kerle“ sollten aus denen gemacht werden, die man schon als „ganze Kerle“ ausgelesen hatte. „Gehorsam“ sollte ihnen beigebracht werden, obwohl dieser, zumindest bei den Jüngeren, schon durch „die lange Schule

⁴⁶ Der Angriff, 28. 3. 37; dazu Kölker: „... zur Sicherung des Nachwuchses ist m. E. vorzuziehen, dem politisch interessierten jungen Deutschen frühzeitig die Laufbahn – auch in materieller Hinsicht – aufzuzeigen, die sich ihm bei Bewährung nach einem dreijährigen Besuch der Ordensburg bietet. Das macht die Armee... Unsere Personalämter aber arbeiten in dieser Beziehung in Allgemeinplätzen. Das Fehlen konkreter Angaben aber hat sicher auch erheblich zu dem allgemein zu beobachtenden Rückgang der Meldungen für die Ordensburgen beigetragen. Zudem ist die Anstellung der Junker nach Ablauf ihrer Ordensburgzeit den Gauschatzmeistern überlassen; diese sind jedoch finanziell gebunden und können auf die Dauer beileibe nicht jeden Junker einstellen. (Im Vorjahr hat unser Gauschatzmeister drei Einstellungen wegen Mangels an Mitteln ablehnen müssen.) So etwas aber spricht sich in dem Gau schnell herum und die nachfolgenden Ordensburgenwärter werden kopfschauen.“ Die Vorsorge für den Bedarf in noch zu annektierenden Gebieten konnte man schlecht bekanntmachen.

⁴⁷ Der Angriff vom 2. 4. 37 und Kölker, a. a. O.

⁴⁸ Ley, Wir alle, S. 159 ff.; in der Tagespresse (Hakenkreuzbanner, Mannheim) abgedruckt am 18. 7. 36.

der HJ, des Arbeitsdienstes, der SA, der Wehrmacht und der Partei“, deren Einwirkung Ley später einmal zur Vorbedingung für die Besetzung von Führungsstellen in der Partei erklärte, ausreichend eingeübt sein mußte. Wenn zusätzlich noch die Ordensburgen „Charakterbildung“ als ihre wesentlichste Aufgabe ansehen sollten, mußte diese von besonderer Art sein und sich aus der Beziehung ergeben, in der sie zu der dritten von Ley genannten Aufgabe der Ordensburgen stand, zur Vermittlung eines „großen nationalsozialistischen Erlebnisses“. Tatsächlich lassen sich von dieser Aufgabenstellung her wesentliche Strukturen der Leyschen „Menschenformung“ beschreiben.

Zum „großen nationalsozialistischen Erlebnis“ gehörte das Bewußtsein, auszuwählen zu sein, wenn auch die Bewerbungsbedingungen und die „Grundforderungen“ Leys kaum über das bei sonstigen Förderungsmaßnahmen geforderte Minimum hinausgingen. Nach den mehrmaligen Musterungen gehörte weiterhin die Berufung in eine Ausbildungszentrale des Reiches dazu, die Unterbringung in Neubauten, von deren Wirkung sich Hitler und andere so viel versprochen, und der verpflichtende Name „Ordens“-Burg, auch wenn offen blieb, ob die Burg den „Orden“ konstituierte, der dann in verschiedenen Verbänden wirksam wurde, oder ob die NSDAP durch die Burgen zum Orden umgestaltet werden sollte. Auf den Charakter einer Sonderformation wiesen die Bezeichnungen für die „Dienststellungen“ vom „Junker“ bis zum „Burgkommandant“ hin sowie die Hervorhebung eines „Stammführerkorps“ und die besonderen Uniformen oder in der Öffentlichkeit der Ärmelstreifen mit dem Namen der Ordensburg. Das Selbstverständnis dieser Sonderformation schlug sich, doch wohl etwas ironisch, in Abwandlung eines Liedtextes nieder, wenn gesungen wurde: „Wir sind die Junker von Herrn Ley.“ Hier klang etwas von der Kritik an, die einem Zeitungsbericht zufolge an der „noblen Lebensgestaltung“ auf den Ordensburgen geübt wurde. Sie wurde von dem Berichtersteller als bloßer „Vorsprung auf Zeit“ gedeutet.

Tatsächlich war die Lebensweise auf den Burgen wenig „spartanisch“. Die Schlafräume hatte man, um den Eindruck der Kasernierung abzuschwächen, in Kojen unterteilt. An den weißgedeckten Tischen in den Speisesälen wurde die Bedienung durch „Serviermeister“ überwacht. Geld für Theater-, Besichtigungs- und Propagandafahrten, auch ins Ausland, war vorhanden. So konnte keine klösterliche Abgeschlossenheit aufkommen. Den Ehefrauen wurde die Möglichkeit zu einem längeren Besuch eingeräumt. Im Dienst war man, wie in einer zweiten Jugend, der konkreten Verantwortung enthoben, um sich der eigenen Fortbildung und der körperlichen Ertüchtigung, ja auch aristokratischen Sportarten widmen zu können. Auf den kostenlosen Fahrten genoß man das Ansehen einer Eliteformation, deren Korpsgeist sich zwar nicht auf Bewährung in der politischen Wirklichkeit gründen konnte, dafür aber künstlich durch jene Erlebnisse der Auslese, durch Erprobung des blinden Vertrauens und des Gehorsams und durch vage Versprechungen hinsichtlich der elitären Funktion der Ordensburgkader gezüchtet wurde⁴⁹.

⁴⁹ Hitler bezeichnete es in Sonthofen als Hauptaufgabe „der Schulen“, künstliche Hindernisse einzubauen, um den Mut zu erproben (Picker, a. a. O., S. 450, im gleichen Sinn: „Es

Ley stellte den Ordensburgenwärtern, obwohl er nach eigenen Angaben „jährlich 1200“ benötigte⁵⁰, in Aussicht,

„daß wir Ihnen die Tore zu den höchsten Stellen in der Partei und im Staat öffnen. Der einfachste Mann aus dem Volke . . . hat die Möglichkeit, innerhalb der Partei, im Staate und in allen Organisationen wichtigste Posten zu erringen.“ Er versprach „höchste Machtentfaltung, Ehre und Ansehen. Sie werden keinerlei wirtschaftliche Reichtümer sammeln können und sammeln sollen – Sie sind für später gesichert; denn es ist ganz klar, daß wir Sie nicht in der Masse verschwinden lassen. Aber wir werden Sie – ich betone es immer wieder – bis zum Letzten in Anspruch nehmen.“

Diese Beanspruchung galt weniger der geistigen Leistungsfähigkeit als vielmehr der körperlichen und vor allem dem „Charakter“. Als Ley auf die oft zitierte Formulierung hin angesprochen wurde, daß man sich durch den „Orden der NSDAP“ „alles holen“ könne, „was ein Mann nur wünschen kann“, um den Preis, diesem Orden „auf Gedeih und Verderb verfallen“ zu sein und ihm „unbedingt gehorchen“ zu müssen („wer versagt oder gar den Führer verrät, wird auch persönlich mit seiner Frau und seinen Kindern vernichtet sein“), suchte Ley seine Drohung zu verharmlosen, indem er erklärte, daß jedem die Rückkehr ins „bürgerliche Leben“ offenstehe. Vor den Anwärtern aber stellte er „unerbittlich harte Gesetze“ als das Charakteristische eines Ordens dar: „Wem die Partei das Braunhemd auszieht, verliert damit nicht allein Amt und Stellung, sondern er ist auch persönlich vernichtet. Das sind die harten Gesetze des Ordens.“

Der Orden repräsentierte sowohl den Glauben an Hitler mit seiner Gefolgschaft und deren Erfolg wie auch den suggestiven Zwang, in den sich dieser Glaube für alle verwandelte, die am Erfolg partizipieren wollten. Dieser Zwang zielte nicht bloß auf Unterwerfung unter eine vorgesezte Autorität, sondern auf die totale Identifizierung des Einzelwillens mit dem der Führung. Ley meinte den Nachwuchs nur „zusammenschweißen“ und „ausrichten“ zu können, wenn es ihm gelang, dessen Lebensperspektiven so zu verengen, daß nur noch seine Verheißungen als erstrebenswert erschienen und nur seine Drohung der Verdammung gefürchtet wurde. Unter den Verheißungen war die der Ehre am wenigsten kontrollierbar, sie galt es, durch das „nationalsozialistische Erlebnis“ besonders in den Vordergrund zu rücken. Ley stellte sie dar als „Zusammenfassung dessen, was mich zu einem vollwertigen Mitglied Deutschlands macht“⁵¹. Dieser Auffassung zufolge war sie politisch manipulierbar und konnte sich mit dem „aus dem Glauben“ kompromittiert der Führer“, a. a. O., S. 144 f.). Himmler forderte Mutproben von der SS, um sich zu sichern gegen den „Zulauf von Gecken oder Intelligenzbestien, die es für karrieremäßig zweckdienlich halten, der SS beizutreten“; Felix Kersten, Totenkopf und Treue, Hambg. 1952, S. 302.

⁵⁰ Ley, Wir alle, S. 164; z. folg.: Der Weg zur Ordensburg, Ansprache vor Bewerbern aus dem Gau München-Oberbayern.

⁵¹ Ley über seine „Weisheit der Menschenbehandlung“ in: Freiheit und Persönlichkeit, Reden und Vorträge anlässlich der Tagung der Schulungsleiter der NSDAP auf der Ordensburg Krössinsee vom 16.–24. 10. 33, „Vertraulich“ herausgg. vom Hauptschulungsamt in München, S. 18 (BA NS 22/463).

menden Gehorsam verbinden. Höher als die Ehre schätzte Ley persönlich den Gehorsam ein: er gäbe dem Menschen „die letzte Befriedigung“.

Ob sich Ley, der sonst „Kraft durch Freude“ propagierte, mit seiner Forderung nach Drill, der den Willen zu brechen beabsichtigte, durchsetzte oder seine Kritiker, die eine Identifizierung mit dem Willen der Führung „nicht kommissig“ erreichen wollten – aus beidem läßt sich der von englischen Journalisten beobachtete Ernst erklären und die für sie befremdende Atmosphäre auf den Burgen, in welcher keine Freude aufkommen konnte. In diesem Ernst drückte sich die aus der Angst erwachsene Anstrengung aus, dem nie ganz expliziten Willen der Führung zu entsprechen. Am stärksten trieb wohl der eigene Erfolg bei der ersten Auslese an, sich auch im weiteren permanenten Ausleseprozeß zu bewähren, also die einmal erreichte Ehre zu sichern⁵². Die einseitige Betonung von Haltungsqualitäten sowie das Fehlen rationaler Leistungsmaßstäbe und klarer Berufsaussichten erzeugten Angst und zugleich Arroganz:

„Solange unsere Junker ihre Ordensburgjahre ableisten, hüten sie sich ängstlich, ein Werturteil über die ihnen zuteil werdende Erziehung und ihr Leben auf der Burg abzugeben. Es bleibt bei allgemeinen, nichtssagenden Bemerkungen. Bei solchen Unterhaltungen habe ich immer das Gefühl, als wenn die Junker irgendwie unter Druck gesetzt wären; sie fürchten, jede Äußerung kritischer Art könne ihnen zum Verhängnis werden. Andererseits wird in den Junkern ein Hochmut herangezüchtet, der sie auf die Politischen Leiter draußen im Lande sehr schnell herabsehen läßt. Von Ausnahmen abgesehen, lebt die Erziehermannschaft ihnen das vor; gerade dort trifft man neben wertvollem Menschentum viel Dünkelhaftigkeit an . . . die Entgegennahme von Ratschlägen für eine vernünftige Erziehungsarbeit von Seiten der Gauleitung ist ungefähr das Verpönteste, was man sich auf der Burg vorstellt.“ (Kölker).

Wenn die Planung einer dreijährigen Ausbildung nicht nur die Funktion hatte, als bloße Fiktion eine bessere Auslese hervorzubringen, so ist kein anderer Grund dafür ersichtlich als der, durch die mehrjährige Isolierung die künstliche Verengung der Lebensperspektive auch bei denen herbeizuführen, die nicht mehr unter dem Eindruck der „Kampfzeit“ standen. Die Loslösung von kirchlichen Bindungen verstand sich dabei geradezu von selbst⁵³. Die fiktiv geschaffene permanente Ernstsituation erzeugte eine Labilisierung des Selbstgefühls, die nach Kompensation durch Fanatismus verlangte. Wie der „Wagemut“ Hitlers Ley als „höchster Aus-

⁵² Ein Teilnehmer des ersten Lehrgangs berichtet: „Übermäßiger Alkoholgenuß, schlechtes Benehmen, unkameradschaftliches Verhalten usw. zog unverzüglich und unwiderföhrlich die sofortige Verweisung von der Burg nach sich. Bei Lehrgangsbeginn waren wir zu etwa 560 Teilnehmern. Nach knapp zwei Monaten waren ca. 100 Mann ausgeschieden . . . weitere Entlassungen sind nicht mehr erfolgt.“ Pressemeldungen bestätigen diese Angaben auch für den zweiten Lehrgang (vgl. Ruhr-Arbeiter, 3. 12. 37 und VB, 7. 7. 38), danach sind etwa 100 Teilnehmer (17%) aus diesem Lehrgang ausgeschieden.

⁵³ Über den ersten Kriegsverehrtenlehrgang in Krössinsee wurde in Der Hoheitsträger, Heft 9/1943, S. 19 berichtet, die Hälfte der Teilnehmer hätten bereits vor Lehrgangsbeginn die kirchlichen Bindungen gelöst, der Rest werde folgen. Nach Angabe von Kölker war der „äußere Anlaß“ zur Amtsenthebung des Kommandanten von Vogelsang, Manderbach, am 10. 6. 39, daß eines seiner Kinder kirchlich getauft wurde.

druck der Rasse“ erschien, so beabsichtigte er auch bei den Junkern „das Bezwängenwollen in den Mittelpunkt der Erziehung zu stellen“⁵⁴.

In der Konzentration auf dieses abstrakte Prinzip totalitärer Machtentfaltung ist das Charakteristikum wie die Schwäche der Einrichtung Leys zu sehen. Die Ordensburgen spiegelten darin nicht nur die persönliche Eigenart ihres Gründers, sondern auch die strukturell bedingte Problematik der Parteiorganisation und besonders ihres Schulungsauftrages, der nicht mit dem der propagandistischen Lenkung zusammenfiel. So konnte die Erziehung zum totalitären Machtanspruch sich ohne die Einübung in die Mittel zu seiner Realisierung vollziehen; die Möglichkeiten zur propagandistischen Manipulation oder zur terroristischen Gewaltanwendung blieben außer Betracht⁵⁵. Nach der Rollenverteilung innerhalb des Herrschaftssystems war die Reichsorganisationsleitung nicht kompetent für solche konkreten Aufgaben. Entsprechend mußte Leys Erziehung abstrakt und im wesentlichen propädeutisch bleiben. Elitebildung vollzog sich in seinem Kompetenzbereich statt an den Herausforderungen durch die Realität im Mitvollzug seelischer Zwänge. Das so geförderte Herrscherbewußtsein mußte umso mehr bornierte Züge annehmen, als es ihm an Einsichten in die realen Möglichkeiten der Herrschaftsausübung mangelte.

Eine gewisse Bestätigung dieser Erwägungen liefern die Kommunikationsorgane der Ordensburgen⁵⁶. In ihrer politischen Substanzlosigkeit unterbieten sie noch das politische Niveau der „Schulungsbriefe“. Einer wesentlichen Aufgabe dieser Blätter, den kameradschaftlichen Kontakt aufrechtzuerhalten, konnten sie nicht nachkommen, weil die Formalisierung der persönlichen Beziehungen keine Gefühle zuließ. Die Herausgeber waren nicht einmal in der Lage, ihrer Publikation die sentimental-erbauliche Note der späteren „SS-Leithefte“ zu geben, deren Anteil an der Förderung eines Ordensbewußtseins innerhalb der SS nicht unterschätzt werden darf. Bezeichnenderweise ist nur in der ersten Ausgabe der „Blätter der Ordensburg Vogelsang“ eine persönliche Stellungnahme zum Sinn der Ausbildung aus der Perspektive eines Teilnehmers zu finden, die Einblick in die vorherrschende Mentalität geben kann. Der Verfasser dieses „Ausblicks“ auf den vor ihm liegenden Lehrgang zeigt ein nüchternes Selbstbewußtsein, das sich auf den Abschluß einer Berufsausbildung gründete. Er sieht seine Meldung als ein „Opfer für Deutschland“ an, weil er dadurch die „Beständigkeit“ preisgegeben hat, die er nach Abschluß der Lehrzeit ersehnte, verschweigt aber nicht, daß ihn auch die Möglichkeit gelockt habe, „Führer“ zu werden. Den geforderten Gehorsam bejaht er als Stütze im „Kampf gegen sich selbst“, und in der „Kameradschaft“ sieht er die „lebendige Darstellung unserer Idee“, aus ihr ziehe der einzelne Kraft für

⁵⁴ Ley in: *Freiheit und Persönlichkeit*, a. a. O., S. 18, vgl. die Einführung in „Es spricht der Führer“ über den „Fanatiker“, S. 26f.

⁵⁵ In *Der Weg zur O.* hat Ley als die wesentlichen Aufgaben der Partei bezeichnet: ständige Propaganda und politische Erziehung der Führer der NSDAP. In seiner Rede vor dem NS-Lehrerbund (a. a. O., S. 580) meinte er 1936, der NS verbreite sich „statt durch Vernichtung, Krieg, Schrecken, Mord“ allein durch „Freude und Lebensbejahung“.

⁵⁶ Einzelexemplare in BA und im Institut f. Zg. Z. folg.: *Der Orden, Blätter der O. Vogelsang*, 1. Folge, 1. Jg. (1938), S. 4 (BA NS 22/985).

sein Handeln. Von der geistigen Arbeit erwartet er vor allem Aufklärung über die Konsequenzen seiner „Entscheidung für den Führer“, die er noch nicht zu überblicken in der Lage sei. – Diese Konsequenzen führten eine größere Anzahl zur Herrschaftsausübung im besetzten Ausland, andere zum Einsatz in militärischen Eliteformationen, alle aber zum Verstummen selbständigen Denkens und Sprechens.

Die Ordensburgen als Stufe eines „Erziehungsweges“

Hitlers Wunsch, auf die emotionale Orientierung der Kinder möglichst früh Einfluß zu gewinnen, ließ Ley einen vom normalen Bildungsweg unterschiedenen „Erziehungsweg“ konzipieren. Dieser sollte die Kinder noch vor ihrer Aufnahme in die politische Organisation des Deutschen Jungvolks aufmerksam machen auf eine Auslese durch die Partei, die den zur Führung Prädestinierten zu fördern versprach. Durch das geplante, vielfach gestufte Auslesesystem sollte aber nicht das akute Problem der Vorbildung für die Ordensburgen gelöst und ein Berechtigungssystem geschaffen werden, wären doch dadurch der Willkür der Auslese Grenzen gesetzt worden. Vielmehr hoffte man einen Kader zu gewinnen, der vornehmlich nach seiner politischen Zuverlässigkeit – oder dem Beweis dessen, was Ley unter „Disziplin“ verstand – auszulesen war.

Ley entwickelte seine darauf abzielenden Pläne zwischen 1936 und 1940 ohne Rücksicht auf die Schulpolitik des Reichsministeriums für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung, bis ihm Martin Bormann als Leiter der Parteikanzlei jede weitere Einmischung in die Schulpolitik untersagte, freilich nur, um seinerseits die Schulpolitik in der von Ley eingeschlagenen Richtung beeinflussen zu können⁵⁷. Leys verschiedenen Plänen lagen die folgenden Absichten zugrunde:

1. die Volksschulen der direkten Aufsicht der Hoheitsträger der Partei zu unterstellen,
2. nach der Grundschule und einer ersten Auslesestufe, etwa im Sinne der später von Bormann geförderten Hauptschule, sowohl die Berufsbildung wie eine „Schule des Wissens“ und außerdem ein Internatsschulsystem für die Erziehung politischer „Führer“ abzuzweigen,
3. die Führungsaspiranten bis zum 18. Lebensjahr in regionalen Internaten, „Gauburgen“, zusammenzufassen,
4. für diese Auslese nach ihrer Schulentlassung eine siebenjährige praktische Bewährung vorzusehen und dann im Alter von 25 Jahren nochmals eine Auslese für eine mehrjährige Ausbildung auf den Ordensburgen durchzuführen,
5. eine Art Lehrerakademie für die Ausbildungsleiter als Krönung und Abschluß des gesamten Systems erscheinen zu lassen.

Ley begründete seine von der offiziellen Schulpolitik abweichenden Pläne mit der Unteilbarkeit der Verantwortung der Partei für „Weltanschauung und Er-

⁵⁷ Bormann an Ley, 5. 1. 41 (BA NS 22/739). Über Bormanns Schulpolitik verstreute Äußerungen in R. Eilers, Die nationalsozialistische Schulpolitik, a. a. O., S. 27, 56, 97, 107, 111, 119.

ziehung“, woraus sich die Tendenz hätte ergeben können, jene Ausbildungszweige, die nicht von der Partei „gegründet und überwacht“ wurden, von dem Zusammenhang von „Weltanschauung und Erziehung“ zu separieren. Dieser Tendenz hat Bormann vermutlich vorbeugen wollen, als er später die Ausbreitung staatlicher Internatsschulen förderte, deren Erziehungsarbeit von politischen Organisationen bestimmt oder zumindest kontrolliert werden konnte.

Ley's erster Plan vom Sommer 1936, „Die Gemeinschaftshäuser der Partei und die Erziehung des Führernachwuchses“, „für Generationen“ konzipiert, sah den Bau von „Gemeinschaftshäusern“ in den Ortsgruppen vor, in denen Grundschulen unterzubringen waren. Die Schulaufsicht sollte der Ortsgruppenleiter übernehmen, obwohl die Gemeindeordnung von 1935 gerade Personalunionen der politischen Leitung mit Funktionen im kommunalen oder staatlichen Bereich abgelehnt hatte⁵⁸. Der Ortsgruppenleiter sollte Schüler nach den für die Ordensburgen festgelegten Grundsätzen auslesen und sie „Nationalpolitischen Erziehungsanstalten“ zuführen, welche in „Kreisburgen“ einzurichten und dem zuständigen Kreisleiter zu unterstellen waren. Aus der nächsthöheren Stufe, den „Gauburgen“, sollten die Schüler mit 18 Jahren entlassen werden, um eine siebenjährige „Lebensschulung“ zu durchlaufen. In dieser Zeit war der Arbeits- und Wehrdienst abzuleisten, daneben sah Ley eine Handwerkslehre vor, weil sie besser als ein „halbfertiges“ Studium (zu dem also der Besuch der Gauschule befähigen sollte) das „Selbstgefühl“ stärke. „Geläutert durch die Schule des Lebens“ sollten die 25jährigen nach abermaliger Auslese, zusammen mit anderen, die nicht diese Vorschule genossen hatten, auf den Ordensburgen weitere drei Jahre „durchgedrillt“ werden⁵⁹.

Das praktische Resultat dieses Planes für die Schulpolitik war bescheiden: Ley erreichte von Rust in einem Abkommen vom 17. 10. 36 lediglich die für ihn „selbstverständliche“ Genehmigung, parteieigene „Aufbauschulen“ in Internatsform einzurichten. Rust rechtfertigte sie als Mittel zur Ausschöpfung der Kraftreserven von Dorf und Kleinstadt „für das Offizierskorps, die Hochschule und nicht zuletzt die Partei“⁶⁰. Aus diesen Aufbauschulen wurden, unter Mitwirkung Baldur v. Schirachs, die „Adolf-Hitler-Schulen“. Die Denkschrift zu ihrer Gründung, die Ley Hitler am 15. 1. 37 vorlegte, stellt eine weitere Stufe seiner Planung dar. Auch hier war wieder von der Unterstellung der Volksschulen unter die Aufsicht der Partei die Rede; deshalb vor allem sah sich Rust veranlaßt, das Reichskabinett gegen Ley zu mobilisieren, doch gab Hitler schließlich Ley Rückendeckung⁶¹.

⁵⁸ Ley, *Wir alle*, S. 139ff.; zur Gemeindeordnung: Wolfgang Schäfer, *Die NSDAP*, Hannover 1957, S. 47.

⁵⁹ Noch in den „Richtlinien für die berufliche Lenkung der Adolf-Hitler-Schüler“ vom 8. 1. 44 (BA 270 I) hielt Ley annähernd an diesen Vorstellungen fest.

⁶⁰ Das Abkommen als Erlaß Nr. 578 in: *Deutsche Wissenschaft, Erziehung u. Volksbildung*, 2. Jg. 1936, S. 468; dazu Rusts Aufsatz „Völkische Auslese und Aufbauschule“ in: *Weltanschauung und Schule*, 1. Jg. 1. Heft, November 1936, S. 3–9.

⁶¹ Die AHS, 1937, S. 8. Zur Korrektur der Darstellungen von Eilers, a. a. O., S. 118ff. und von Orlow, a. a. O., S. 275f. sind die Briefe von Rust an Ley vom 21. und 25. 1. 37 (BA R 43 II/956a) heranzuziehen.

Am 25. 11. 37 entwickelte Ley in Sonthofen ein Gesamtbild des von ihm konzipierten „Erziehungsweges bei der nationalsozialistischen Führerauslese“, der jetzt bei den AHS begann und über die Ordensburgen bis zur „Hohen Schule der Partei“ führen sollte⁶². Seine Behauptung, daß „kein politischer Führer in Partei und Staat eingesetzt“ werden würde, „der nicht durch diese Schule der Bewegung gegangen ist“, mußte den Eindruck erwecken, als handle es sich um ein geschlossenes, hierarchisch gestuftes System, in dem die „Tüchtigsten, Härtesten, Berufensten des Volkes“ permanent ausgelesen werden sollten. Nur ein Viertel der Absolventen von 32 AHS beabsichtigte Ley in die Ordensburgen aufzunehmen, und die „Hohe Schule“ sollte „nach allen den vorangegangenen Erprobungen abermals nur die Auslese der Durchgesiebten“ erreichen.

Der NS-Studentenbund stellte sich, wohl von Ernst Kriek angeregt, daraufhin ernsthaft die Frage, ob die Ordensburgen eine Konkurrenz für die Hochschulen darstellen könnten. Diese – vielbeachtete – Frage wurde dahingehend beantwortet, daß geistige und politische Führung „oft getrennt marschieren“ müßten, um sich in der Praxis zu „ergänzen“⁶³. Die Einordnung der Ordensburgen in einen zunächst noch fiktiven „Erziehungsweg“ hatte also sogleich die gewünschte Aufwertung zur Folge: der „Erziehungsweg“ wurde als Bildungsweg verstanden, die neuen Laufbahnvorschriften ließen vergessen, daß der Aufstieg in die Führungsspitze weiterhin von der praktischen Bewährung und nicht von Zeugnissen abhängig gemacht wurde. Leys Wunsch schien sich zu erfüllen, dem Politischen Leiter durch seine Einrichtung das Sozialprestige des Offiziers und des Priesters zu verschaffen, ohne diesen neuen Berufsstand durch irgendwelche Rechtsverbindlichkeiten zu sichern oder durch eine wissenschaftliche Fundierung des Korpsgeistes eine gewisse Eigenständigkeit der Parteiamtsträger aufkommen zu lassen. Der Absolvent der Ordensburgen erhielt kein Zeugnis, nur ein ausführliches Gutachten für seine Personalakten; die Abschlußbeurteilung des Adolf-Hitler-Schülers wurde zwar auf Hitlers persönliche Weisung dem Reifezeugnis gleichgestellt und berechtigte dadurch zum Hochschulbesuch, doch war dieser für die politische Laufbahn ohne Belang. Um den Schülern Anreiz zu politischer Bewährung zu geben, wurde der Mehrzahl von ihnen, zusätzlich zur Abschlußbeurteilung, „im Auftrage des Führers . . . nach fünfjähriger Ausbildung das Diplom der Adolf-Hitler-Schulen verliehen“. Dieses „Diplom“ war eine bloße Ehrenurkunde, es verpflichtete die Partei zu nichts.

⁶² Die Ausführungen Leys („Erziehungsweg“) wurden sogleich kritisch kommentiert von Ernst Kriek in: *Völkisch-politische Anthropologie* 2. Teil: Das Handeln und die Ordnungen, Lpz. 1937, S. 167 ff. (nach einem Hinweis von Gerhard Müller, Freiburg). Kriek wollte die gesellschaftliche Funktion der Parteihochschulen auf die Ausbildung von Hoheitsträgern und Beamten der Partei beschränkt sehen. Wie schon in seiner Heidelberger Rede im November 1934 (*Volk im Werden*, Jg. 1935, S. 1 f.) warnte er vor einer Erstarrung der politischen Lehre in einer „neuen Scholastik“ wie vor einer „wesenlosen Allgemeinbildung“, der auf den Beruf bezogene Ziele fehlten.

⁶³ *Die Bewegung* (Organ des NSDStB), 1. 2. 38, vgl. VB und Frankfurter Zeitung vom 2. 2. 38.

Vor allem die „oberste Stufe des Erziehungssystems“, die „Hohe Schule“, suggerierte den Eindruck, als handle es sich hierbei um ein Bildungssystem, das, dem bürgerlichen vergleichbar, zu stufenweiser Qualifizierung führen sollte. Bereits im Februar 1936 hatte Ley von einem „Ordenshaus“ gesprochen, dessen Einrichtung er Alfred Rosenberg nahelegte; im März 1937 vereinbarten beide gemeinsam mit Himmler, eine Lehrerakademie für sämtliche weltanschaulichen Schulungseinrichtungen zu schaffen. Aber im November 1937 sah Leys Planung nur noch eine Akademie für Lehrkräfte der AHS und der Ordensburgen neben einem „Forschungsinstitut“ und einem Lager für vierwöchige Schulungen des Lehr- und Stammpersonals der Ordensburgen und AHS vor, sowie die Unterbringung einer AHS innerhalb des großen Baukomplexes, der am Chiemsee entstehen sollte⁶⁴.

Abgesehen davon, daß die „Hohe Schule“ keine zentrale Ausbildungsstätte für sämtliche Schulungsleiter werden konnte, hatte Ley selbst schon vor der Propagierung seines Planes Maßnahmen getroffen, die der in Aussicht gestellten Dreistufigkeit der Ausbildung zuwider liefen. Am 15. 9. 37 gab er nämlich Anweisungen für die Ausbildung des Erziehernachwuchses der AHS heraus, die sich nicht auf Absolventen der Ordensburgen, sondern auf HJ-Führer mit Abitur bezogen. Tatsächlich entstand schon 1937 unter der Leitung des „Schulführers“ einer AHS ein Erzieherseminar in Sonthofen, das für die etwa zwanzigjährigen „Erzieheranwärter“ keine Schulung in den Lehrgängen einer Ordensburg, wohl aber ein Hochschulstudium vorsah⁶⁵. Pläne, die 1941 seitens dieser Erzieherakademie an Alfred Baeumler als Beauftragtem Rosenbergs herangetragen wurden, liefen darauf hinaus, für die Ausbildung der Erzieheranwärter eine eigene Fakultät zu gründen und dabei die „Hohe Schule“ nur als Rückendeckung gegen die zu erwartenden Einsprüche der Universitäten zu benutzen⁶⁶. Bald darauf lehnte Rosenberg seinerseits jegliche Verbindung zwischen der von ihm als Forschungsinstitut konzipierten „Hohen Schule“ und den Einrichtungen Leys ab⁶⁷. Die Dreistufigkeit des Systems erweist sich also als eine Fiktion von Ley, zu der ihn das Ergebnis des ersten Ordensburg-Lehrgangs ermutigt haben mag, aus dem er das Stammpersonal für die Ordensburgen und einige Erzieher für die AHS gewann.

In Konkurrenz zu den brüchigen Konstruktionen Leys suchte Himmler, freilich

⁶⁴ Abbildungen des Baumodells in Rosenberg, *Letzte Aufzeichnungen*, S. 337 und in R. Benze, *Erziehung im Großdeutschen Reich*, Pfm. 1943, S. 113.

⁶⁵ *Kompetente Darstellung* in W. Hehlmann, *Pädagogisches Wörterbuch*, Stuttgart. 1942, S. 2.

⁶⁶ Nach einer Aktennotiz Baeumlers vom 7. 5. 41 für Rosenberg, betr: Verhältnis der AHS zur Hohen Schule (Microcopy MA 609 Inst. f. Zg. = T-81, Rolle 54).

⁶⁷ Dietels Bericht vom Mai 1938 zufolge hatten die O. schon ihrerseits mit „Vorarbeiten“ für das von Ley geplante Ordenshaus begonnen. Neben dem „Institut für wirtschafts- und arbeitspolitische Fragen“ entstanden in Krössinsee „Seminare“ für Vor- und Frühgeschichte, Rassenkunde und Geopolitik (VB, 20. 10. 41). Rosenberg wehrte sich, wie sich aus einem Brief Leys an ihn vom 5. 6. 41 ergibt, gegen eine Verbindung der „Hohen Schule“ mit den O. und AHS (L. Poliakov u. J. Wulf, *Das Dritte Reich und seine Denker*, Bln. 1959, S. 146). In „*Letzte Aufzeichnungen*“ erwähnt Rosenberg nur die von ihm projektierten „Außenstellen“ in größeren Städten (S. 157, 163).

nicht öffentlich, seinerseits im Juli 1938 ein Ausbildungsprogramm zu entwickeln, das wesentlich differenzierter und konkreter war, aber nur diejenigen Nachwuchskräfte anziehen konnte, die sich an der Exekutive der totalitären Herrschaft beteiligen wollten⁶⁸. Himmler machte sich in seinem Ausbildungsplan für SS-Führeranwärter die Kompetenzausweitung der SS zunutze. Schon 1938 konnte man den Wehrdienst innerhalb der SS, in der späteren Waffen-SS, ableisten. An ihn sollte sich nach Himmlers Plan ein zehnmonatiger Lehrgang in den SS-Junkerschulen in Bad Tölz oder in Braunschweig anschließen. Für den „praktischen Teil“ dieser Ausbildung war das „Übungslager Dachau“ als Standort vorgesehen. Danach wurden die SS-Untersturmführer Hitler vorgestellt und „am 9. November nachts 24 Uhr an der Feldherrnhalle“ vereidigt. Nach weiteren ein bis zwei Jahren Dienst in der Verfügungsgruppe hatte der Anwärter etwa das Alter des Ordensjunkers erreicht; an die Stelle des Besuches der Ordensburgen sollte die Schule des „Sicherheitsdienstes“ und anschließend wahlweise die Arbeit im „Rasse- und Siedlungshauptamt“ oder im damaligen „Schulungsamt“ treten. In diesem letzten Ausbildungsabschnitt konnte auch ein Hochschulstudium durchgeführt werden, denn Himmler beabsichtigte, dem Auswärtigen Dienst jährlich 50 SS-Untersturmführer zur Verfügung zu stellen. In den Universitätsstädten ließ er SS-Mannschaftshäuser neben den Kameradschaftshäusern des NS-Studentenbundes einrichten. Vor der endgültigen Entscheidung im dreißigsten Lebensjahr für einen bestimmten Aufgabebereich im SD oder in der Sicherheitspolizei, in der Ordnungspolizei oder in der SS-Verfügungsgruppe, im Rasse- und Siedlungshauptamt, in der „Forschungsgemeinschaft Ahnenerbe“ oder im Auswärtigen Amt sollte der junge SS-Führer im Wechsel von Schulung und Dienst in der „Allgemeinen SS“ in verschiedenen Landesteilen eingesetzt werden.

Schon die Unterschiede in den Planungen Himmlers und Leys erhellen, daß an eine Zusammenarbeit der SS mit den „NS-Ordensburgen“ nicht zu denken war; lediglich die „Ehrenwache“ wurde den Ordensburgen von der SS gestellt. Die SS-Junkerschulen, die als Offiziersschulen für „die bewaffneten Teile der SS und für die deutsche Polizei“ eingerichtet wurden⁶⁹, hatten weder ihrer Funktion noch ihrer Ausbildungsform nach etwas mit den Ordensburgen gemein. Während die Ausbildung für den SS-Führeranwärter eine Bewährungsprobe im Konzentrationslager vorsah und dieser erst danach, auf Hitler in einem kultischen Zeremoniell vereidigt, den Status eines Offiziers erhalten sollte, bestand für Leys Junker die gemeinsame reale Bewährung in einer Propagandafahrt; eine Statuserhöhung blieb ihnen vorenthalten. Leys Bewährungstraining mußte künstlich bleiben und ließ dafür auch den realen Nutzen für den einzelnen offen. Im Ziel waren sich Himmler und Ley einig: sie wollten verwendungsfähige Werkzeuge für den Willen des Füh-

⁶⁸ Himmler am 3. 7. 38 vor den 6.-8. Klassen der NPEA in Arenshoop über die SS-Führerlaufbahn (BA NS 19 H.R./5).

⁶⁹ Hitlers Erlaß vom 17. 8. 38 über die SS-Junkerschulen in Reimund Schnabel, *Macht ohne Moral*, Pfm. 1957, S. 42; eine ähnliche rechtliche Grundlage war für die O. nicht gegeben.

rers schaffen, die keine Vorbehalte kannten. Der Unterschied in ihren Methoden war in den Funktionen begründet, die SS und Partei innerhalb des Herrschaftsapparates zufielen. Der Rolle des Gesinnungsträgers und Manipulators entsprach es, weder Einblicke in die Grundlagen der Gewaltherrschaft zu gewinnen noch auf eigenen Vorteil bedacht zu sein. Andererseits durfte keine verselbständigende geistige Schulung an die Stelle der Übung in den terroristischen Herrschaftstechniken treten, vielmehr mußte auch in den Ordensburgen die Disziplinierung dominieren, wenn sie auch nur durch formale Übungen angewöhnt werden konnte. Aber Drill, Mutproben und ständige Verhaltenskontrolle in der Internierung waren zu repressiv, als daß sie die Grundlage für eine Ordensbildung hätten abgeben können. Die Flucht in einen realitätsblinden Fanatismus lag nahe. Daher ist es nicht abwegig, wenn eine mögliche Folge des Besuches der Ordensburgen folgendermaßen beschrieben wurde:

„Kamen sie dann ins Leben hinaus, so eckten sie innerhalb der Scheinwelt des Systems überall an. Insubordination, Zusammenbrüche, Widerstandsversuche und vor allem Abscheu vor den üblichen Wert- und Wahrheitsverdrehungen waren die Folge.“⁷⁰

Die Realität verwies den Gesinnungsträger keineswegs zurück auf eine Idee, wie sie sich ihm durch das „große nationalsozialistische Erlebnis“ auf der Ordensburg dargestellt haben mochte. Demgegenüber wurde der SS-Führer von seiner praktischen Verfügungsgewalt über Leben und Tod notwendig auf einen Zusammenhang verwiesen, der sich ihm als Orden im Dienste eines undurchschaubaren Führerwillens darstellen konnte.

Ley hatte noch Gelegenheit, seine grundsätzliche Übereinstimmung mit der SS und den nihilistischen Kern seiner Idee, die niemals real auf Deutschland und die Deutschen bezogen war, zu demonstrieren. 1945 gründete er das „Freikorps Adolf Hitler“, auf dessen Ausweiskarten er Anweisungen drucken ließ, die den „größten Idealisten der Bewegung“ eindeutig als Funktionär aus barer Herrschsucht demaskierten:

„Das Freikorps ‚Adolf Hitler‘ ist ein Bund deutscher Freiheitskämpfer, die alle Brücken hinter sich abgebrochen haben.

Das F.A.H. kämpft mit allen Mitteln. Es organisiert Angriff und Widerstand in jeder Form. Der Schwarmführer entscheidet im Einsatz über Tod und Leben. Wer plündert und nicht gehorcht, erfährt den Tod. Der Feige wird gehängt. Die kämpfende Frau ist dem Mann gleichgestellt. Wer sie im Einsatz als Weib antastet, erfährt den Tod.

Das F.A.H. kennt nur die innere Disziplin und keinen Kommiß.

Das F.A.H. kennt keine Zahlmeister und Rechnungsführer.

Das F.A.H. kennt keine Etappe. Wer nicht kämpft, gehört nicht zu ihm.“

⁷⁰ W. v. Baeyer-Katte, *Das Verlockende im NS-Führerprinzip*, in: *Autoritarismus und Nationalismus, Polit. Psychologie* Bd. 2, Ffm. 1963, S. 46. Ähnlich der Erlebnisbericht eines Adolf-Hitler-Schülers in: *Jugend unterm Schicksal, Lebensberichte junger Deutscher 1946 bis 1949*, Hambg. 1950, S. 52ff.

DokumentationZUR FORMULIERUNG DER AMERIKANISCHEN BESATZUNGSPOLITIK
IN DEUTSCHLAND AM ENDE DES ZWEITEN WELTKRIEGES

Im 6. Jahrgang dieser Zeitschrift behandelte Walter L. Dorn auf Grund persönlicher Sachkenntnis und nach Einsicht in unveröffentlichte Akten die interne amerikanische Debatte über die Besatzungspolitik für Deutschland 1944–45¹. Seine Studie warf neues Licht auf die Entstehung jener umstrittenen Direktive JCS 1067, die von April 1945 bis Juli 1947 dem Oberkommandierenden der amerikanischen Besatzungstruppen in Deutschland Anweisungen für seine Politik als Zonenbefehlshaber gab. Vor allem schilderte Dorn Kontroversen zwischen den Ministerien in Washington, die nicht nur – wie längst bekannt – anlässlich des Morgenthau-Plans im September 1944, sondern erneut im März 1945 einen Höhepunkt erreichten. Dabei verfolgten Vertreter des Finanzministeriums eine „harte“ Politik gegenüber dem deutschen Volk, Vertreter des Außen- und Kriegsministeriums gemäßigte, zum Teil konstruktive Pläne für Deutschlands Zukunft. Zwischen den letzten beiden bestanden jedoch insofern Meinungsverschiedenheiten, als das Außenministerium eine auf lange Sicht konzipierte und mit den anderen Siegermächten koordinierte Deutschlandpolitik befürwortete, während das Kriegsministerium nur eine kurzfristige, auf die jeweilige Zone ausgerichtete Verantwortlichkeit der Besatzungstruppen wünschte („limited liability“-Theorie).

Die Debatte im März 1945 begann mit einem Vorstoß des Außenministeriums (Memorandum vom 10. 3.) und endete mit dessen Zurückweisung durch eine neue, vom Präsidenten unterzeichnete Richtlinie (Memorandum vom 23. 5.). Der Ausgang war bedeutsam, weil er es dem Finanzministerium möglich machte, weiterhin einen Einfluß auf die Gestaltung der Besatzungspolitik auszuüben.

Dorn bedauerte seinerzeit, daß er nicht in der Lage sei, die „an sich wünschenswerte ‚Genealogie‘ von JCS 1067“ zu geben, und zwar sowohl aus Raumgründen als auch wegen der ihm auferlegten Bedingung, nicht „ganze Absätze aus Dokumenten“ zu zitieren oder einen „Abdruck textvergleichender Art“ vorzunehmen (Vorbemerkung von Hans Rothfels). Ein damals von ihm angekündigtes Buch über das gleiche Thema ist nicht erschienen². Dorn starb 1961.

Inzwischen ist jedoch unsere Kenntnis von der besatzungspolitischen Planung in Washington durch neue Untersuchungen wesentlich bereichert worden. Die frühen Verhandlungen über Zonengrenzen und Zugangswege nach Berlin behan-

¹ Walter L. Dorn, Die Debatte über die amerikanische Besatzungspolitik für Deutschland, in dieser Zeitschrift 6 (1958), S. 60–77.

² Den Nachlaß Dorn benutzte Lutz Niethammer für seine eben erschienene sehr aufschlußreiche Untersuchung zur amerikanischen Besatzungspolitik in Bayern, in dieser Zs. 15 (1967), S. 153–210. Ein Manuskript Dorns, The Purpose and Scope of the Original American Purge Policy, kannte auch Paul Y. Hammond, s. u., Anm. 5.

delte William M. Franklin, der Leiter der Historischen Abteilung des State Department, unlängst in einer knappen, aber vorzüglichen Studie. Zu den Vorgängen um den Morgenthau-Plan und besonders zum Problem seiner Nachwirkungen legte H. G. Gelber in dieser Zeitschrift einen Aufsatz mit sorgfältig ausgewogenen Ergebnissen vor³. Aber auch zur Formulierung der Besatzungsdirektive selbst sind wichtige Arbeiten veröffentlicht, beziehungsweise zugänglich geworden. Eine Dissertation von John L. Chase, die schon 1952 die Kontroversen um JCS 1067 reichhaltig dokumentiert darstellte, deswegen aber viele Jahre sekretiert werden mußte, steht neuerdings der Wissenschaft zur Verfügung⁴. 1963 veröffentlichte dann Paul Y. Hammond vom Washington Center of Foreign Policy Research der Johns Hopkins University – an wenig auffälliger Stelle – eine sehr gründliche Arbeit, die man mit Fug als die von Dorn für wünschenswert gehaltene „Genealogie“ von JCS 1067 ansehen kann⁵.

Mit Akribie und außerordentlicher Detailkenntnis schildert und analysiert Hammond die Formulierung der amerikanischen Besatzungspolitik für Deutschland in den verschiedenen Gremien von den ersten Ansätzen 1942/43 bis zur Wendung im Jahre 1947. Dabei werden die Konzeptionen der beteiligten Behörden und Dienststellen in ihren Gegensätzen und Wandlungen herausgearbeitet, die Zusammenhänge des Morgenthau-Plans finden eine gründliche Darstellung, und die verschiedenen Fassungen der Direktive JCS 1067 werden, sorgfältig voneinander abgehoben, erörtert. Wichtigstes Ergebnis ist die Erkenntnis, daß im Grunde der gesamte Planungsvorgang von Anfang bis Ende eine große Auseinandersetzung über Verfahrensfragen und inhaltliche Gestaltung der Direktiven war, wobei Kompetenzstreitigkeiten, Meinungsverschiedenheiten über Zwecke und Ziele und Prinzipienkonflikte eine wesentliche Rolle spielten. Es war insgesamt gesehen „a tale of clever administrative improvisation, shrewd advocacy of policy, and skillful mediation; but . . . also a tale of confusion, reversals, conniving – possibly conspiracy – and administrative incompetence, not to speak of what seems in retrospect at the very least gross errors of judgment on policy questions.“⁶

Auch hinsichtlich der Dokumentation dieser Vorgänge ist die Forschung heute besser gestellt als zur Zeit des Dornschen Aufsatzes. Schon damals waren wichtige Memoranden und Direktiven aus Memoiren, amtlichen Veröffentlichungen und vereinzelt aus der Sekundärliteratur bekannt⁷. Die Publikation der Jalta-Dokumente (1956) hatte eine Reihe aufschlußreicher Papiere zur Deutschlandplanung aus der

³ William M. Franklin, *Zonal Boundaries and Access to Berlin*, in: *World Politics* 16 (1963/64), S. 1–51; H. G. Gelber, *Der Morgenthau-Plan*, in dieser Zeitschrift 15 (1965), S. 372–402.

⁴ John L. Chase, *The Development of United States Policy Toward Germany During World War II*, Ph. D. Dissertation, Princeton 1952 (Mschr.).

⁵ Paul Y. Hammond, *Directives for the Occupation of Germany: The Washington Controversy*, in: *American Civil-Military Decisions, A Book of Case Studies*, ed. by Harold Stein, University of Alabama Press 1963, S. 311–464.

⁶ Ebd., S. 313.

⁷ Vgl. Dorn, a. a. O., S. 61 f., Anm. 1.

Zeit vom September 1944 bis zum Februar 1945 zugänglich gemacht. Inzwischen wurden auch die amerikanischen Papiere zur Potsdamer Konferenz veröffentlicht (1960). Unter ihnen befinden sich Dokumente zur Deutschlandpolitik für die Zeit vom 23. März 1945 bis zu den Potsdamer Beschlüssen (1. August 1945)⁸. Hammonds Untersuchung enthält im Text und in den Anmerkungen zahlreiche Auszüge aus den Akten, gelegentlich auch vollständig wiedergegebene Dokumente. Im ganzen geht es ihm aber mehr um Darstellung als um Dokumentation, wobei neben der Raumfrage immer noch gewisse Restriktionen bei der Auswertung amtlicher Akten mitgespielt haben mögen. So kommt es denn, daß trotz eines an sich günstigen, wenn auch nicht sehr übersichtlichen Standes der Quellenedition wichtige Dokumente bislang nicht im vollen Abdruck verfügbar sind. Das gilt zum Beispiel für die Direktive JCS 1067 in der revidierten Fassung vom 6. Januar 1945, und es gilt für die Akten zur Deutschlandplanung zwischen der Jalta-Konferenz und dem 23. März 1945, dem Einsetzen der Potsdam-Dokumente. Letztere Lücke ist um so bedauerlicher, als sie gerade jene Tage einschließt, an denen die von Chase, Dorn und Hammond geschilderte verschärfte Auseinandersetzung zwischen Außen-, Kriegs- und Finanzministerium stattfand (10.–23. März 1945), die für die endgültige Fassung der Besatzungsdirektive bedeutsam wurde. Die unten abgedruckten Texte können diese Lücke aber weitgehend schließen. Für ihre Veröffentlichung standen zwar nicht die Originale, jedoch gesicherte Abschriften und Mikrofilme zur Verfügung⁹.

Der erste der folgenden Texte enthält jenen Entwurf zur Besatzungspolitik vom 10. März 1945, mit dem das Außenministerium erneut versuchte, die Deutschlandplanung entsprechend den von ihm seit Jahren entwickelten Vorstellungen zu revidieren¹⁰. Präsident Roosevelt hatte unmittelbar nach seiner Rückkehr von der Jalta-Konferenz das Außenministerium angewiesen, sich um die Ausführung der politischen Konferenzbeschlüsse zu kümmern. Da die Protokolle und das Communiqué von Jalta Abschnitte über die Besetzung und Kontrolle Deutschlands und über die Reparationsfrage, wenn auch zum Teil recht allgemeiner Art, enthielten, war es möglich, die bisherige Besatzungsdirektive als überholt anzusehen¹¹. In Abwesenheit des Außenministers Stettinius entwarfen James C. Dunn, Assistant Secretary of State, und seine Mitarbeiter eine neue Deutschlanddirektive. Sie wurde am 10. März von Stettinius unterzeichnet, der nach Angabe des Finanzministers Morgenthau gerade ermüdet von seiner Reise zurückgekehrt war und möglicher-

⁸ Foreign Relations of the United States: The Conference of Berlin (The Potsdam Conference), 2 Bde., Washington, Government Printing Office, 1960, bes. Bd. I, S. 455–650. (Im folgenden zitiert: Potsdam Papers.)

⁹ Benutzt wurden die in der ungedruckten Arbeit von Chase (Anm. 4) enthaltenen Texte sowie Mikrokopien im Besitz des Vfs. Besonderer Dank für die Erlaubnis zum Abdruck von Texten und für wertvolle sachliche Hinweise gilt Mr. John L. Chase, Alexandria, Va. Herrn Ernst Brexel, Berlin, ist für einige bibliographische Hinweise zu danken.

¹⁰ Vgl. hierzu Dorn, a. a. O., S. 73; Hammond, a. a. O., S. 415 ff.

¹¹ Foreign Relations of the United States: The Conferences at Malta and Yalta, Washington, Government Printing Office, 1955, S. 968–975. (Im folgenden zitiert: Yalta Papers.)

weise den Text nur flüchtig überlesen hatte¹², und sodann an den Präsidenten weitergeleitet. Roosevelt billigte den Entwurf unverzüglich durch seine Unterschrift. Das Anschreiben von Stettinius mit anliegendem Entwurf der Direktive bildet Dokument Nr. 1.

Angesichts der Bemühungen des Finanzministeriums um eine „harte“ Deutschlandpolitik, die seit September 1944 ihren Niederschlag in den Besatzungsplänen gefunden hatte, zeichnete sich der Entwurf des Außenministeriums durch eine Reihe konstruktiver Merkmale aus¹³. So sollten die Zonenbefehlshaber der Besatzungsmächte weniger nach den Grundsätzen zentraler Autonomie und interzonaler Kooperation regieren, sondern weitgehend als Ausführungsorgane des interalliierten Kontrollrates, der seinerseits die Stellung einer „Zentralregierung von Deutschland“ einzunehmen hätte (Abs. I, 1–2). Auch andere Bestimmungen des Entwurfs akzentuierten Zentralismus und Einheitlichkeit der Besatzungspolitik, allerdings vorbehaltlich endgültiger Entscheidungen über Grenzen und Teilung (IV, 1). Es war von einheitlichen Kontrollsystemen für Öffentlichkeitsinformation und Erziehung die Rede (III, 7–8), und auch wirtschaftlich sollte Deutschland einheitlich verwaltet und kontrolliert werden (IV, 1ff.).

Die Entnazifizierungsbestimmungen wichen insofern von bisherigen Direktiven ab, als nicht mehr pauschal alle Mitglieder der NSDAP aus Ämtern und wichtigen Positionen entfernt werden sollten, sondern nur „aktive Nazis“, d. h. etwa zwei Millionen, weniger als ein Drittel der Gesamtzahl (III, 4). Das Weiterbestehen deutscher Zentralbehörden war bislang zwar nicht ausgeschlossen worden, hier jedoch sollten solche Behörden gegebenenfalls sogar wiederbelebt oder durch neue ersetzt werden (IV, 6). Für die Besetzung der durch Entnazifizierung freigewordenen Stellen wurden neben Vertretern freier Gewerkschaften und Berufsverbände Personen aus antinationalsozialistischen Gruppen und Parteien empfohlen, „die sich in Deutschland bilden könnten“ (IV, 6b).

Konstruktive Züge wiesen ferner die Wirtschaftsbestimmungen auf. Zwar habe der Lebensstandard nach wie vor minimal zu sein (IV, 2c), aber bei Demontagen und Reparationen sollte auf ihn Rücksicht genommen werden (IV, 18). Deutsche Exporte sollten die notwendige Einfuhr decken und dabei notfalls die Priorität vor Reparationsleistungen haben (IV, 19). Frühere Direktiven hatten ausdrücklich festgestellt, daß die Militärregierung keine Schritte unternehmen dürfe, die Deutschland wirtschaftlich rehabilitieren oder überhaupt die deutsche Wirtschaft erhalten oder stärken würden. Um Preiskontrollen, Lebensmittelrationierung, Arbeitslosigkeit, Produktion, Wiederaufbau, Güterverteilung, Konsum, Wohnungsbau, Transportangelegenheiten hatten sich die Deutschen selbst kümmern sollen. Der Entwurf des State Department sah hingegen eine umfassende Verantwortung der Zonenbefehlshaber und des Kontrollrats für die deutsche Wirtschaft vor (IV,

¹² Vgl. Dokument Nr. 2 und Anm. 47.

¹³ Die folgenden Feststellungen beruhen auf einem Vergleich des vorliegenden Dokuments mit der Direktive JCS 1067 in den Fassungen vom 22. 9. 1944 (Text in: Yalta Papers, a. a. O., S. 143ff.) und vom 6. 1. 1945 (ungedruckt, Abschrift im Besitz des Vfz.).

2–5). Entgegen früheren Absichten des Finanzministeriums, allerdings nicht in direktem Gegensatz zu den bisher formulierten Direktiven, erlaubte der Entwurf auch ein Weiterbestehen der deutschen Metall-, Maschinen- und chemischen Industrie. Jedoch durfte sich daraus keine Konkurrenz für andere Länder ergeben, und selbstverständlich war die Produktion von Waffen und Kriegsmaterial verboten (IV, 13–16).

Der relativ konstruktive Entwurf des State Department deckte sich weitgehend mit Empfehlungen des gleichen Ministeriums, die dem Präsidenten vor der Jalta-Konferenz unterbreitet worden waren, ohne daß sie jedoch größere Beachtung gefunden hätten¹⁴. Auf die Jalta-Konferenz direkt ließ sich nur wenig im neuen Dokument zurückführen, so die Vorbehaltsklausel bezüglich der eventuellen Teilung Deutschlands (IV, 1) und die vorgesehene Zehn-Jahres-Periode für Reparationen (IV, 12)¹⁵. Zweifellos versuchten die Vertreter des State Department die Gelegenheit zu nutzen, um viel weiter vorzustoßen, als es dem konkreten Auftrag vom 28. Februar entsprach.

Am 15. März fand eine Besprechung statt, an der Außenminister Stettinius, Finanzminister Morgenthau, Kriegsminister Stimson, ein Vertreter des Marineministeriums und Leo Crowley, Leiter der Foreign Economic Administration, teilnahmen¹⁶. Anlässlich dieses Treffens wurde das neue Informal Policy Committee on Germany gebildet, das Stettinius im Anschreiben zur Direktive vom 10. März dem Präsidenten vorgeschlagen hatte und das nun mit Billigung Roosevelts weitere Einzelheiten der Besatzungspolitik ausarbeiten sollte. Zugleich legte Stettinius den Anwesenden die von Roosevelt unterzeichnete Direktive vor. Weder das Kriegsministerium noch das Finanzministerium fanden sich jedoch mit dieser überraschenden Wendung der Dinge ab. Stimson protestierte sofort gegen die starke Zentralgewalt des Kontrollrates zuungunsten der Zonenbefehlshaber. Sein Ministerium arbeitete Gegenvorschläge aus, die nicht nur erweiterte Machtbefugnisse für die Zonenverwaltung vorsahen, sondern auch die Entnazifizierungsregelung verschärfen, andererseits aber für den deutschen Lebensstandard flexible Bestimmungen enthielten¹⁷.

Im Finanzministerium wurden gleichfalls Gegenvorstellungen formuliert. Ein Memorandum wurde an den Außenminister gerichtet und unterstrich die Unvereinbarkeit der Direktive vom 10. März mit früheren Beschlüssen. Die gleiche Feststellung wurde in einem zweiten, kürzeren Memorandum getroffen, das an den Präsidenten adressiert war. Schließlich wurde noch ein drittes Memorandum entworfen, das sich der Präsident zu eigen machen und dann den Ministerien zusenden sollte. Es enthielt Anweisungen, die gegen die Direktive vom 10. März

¹⁴ Sog. Briefing Book Papers, in: Yalta Papers, a. a. O., S. 178–197.

¹⁵ Vgl. Yalta Papers, a. a. O., S. 978 (betr. Teilung Deutschlands) und S. 807 ff., 875, 937 (betr. Zehn-Jahres-Periode für Reparationen).

¹⁶ Dies und das Folgende nach Hammond, a. a. O., S. 417 ff.

¹⁷ Der Text dieser Vorschläge stand dem Hg. nicht zur Verfügung. Eine kurze Inhaltsangabe bei Hammond, a. a. O., S. 418. Vgl. auch unten Dokument Nr. 2.

gerichtet waren, und deckte sich weitgehend mit Formulierungen im zweiten Dokument. Alle drei Memoranden wurden jedoch zunächst nicht abgesandt, sondern bildeten das Thema von Verhandlungen mit dem Kriegsministerium am 20. März. Am 19. März führte Morgenthau eine Privatunterhaltung mit Stettinius, in der sich der Außenminister offenbar nicht sehr stark machte für das, was seine Mitarbeiter entworfen hatten. In der Zwischenzeit fand ferner eine Unterredung zwischen Stimson und Roosevelt statt, wobei letzterer gesagt haben soll, daß er sich nicht an eine Lektüre des von ihm unterzeichneten Dokuments erinnern könne¹⁸.

Dokument Nr. 2 ist ein Resümee der wichtigen Konferenz zwischen Vertretern des Finanz- und Kriegsministeriums am 20. März. Ein Teilnehmer aus dem Finanzministerium hat es angefertigt. Es spiegelt das außerordentlich starke Engagement Morgenthaus in der Deutschlandfrage wider, die für ihn die wichtigste Angelegenheit der Zeit darstelle und für deren Klärung er entschlossen sei zu kämpfen. Stimsons aus den unerquicklichen Vorgängen um den Morgenthau-Plan resultierende Resignation kritisierte der Finanzminister mit dem Hinweis auf die Pflicht eines Bürgers und Kabinettsmitgliedes, in wichtigen Fragen seine Meinung zu sagen. Im Verlauf der Konferenz ergab sich jene merkwürdige gemeinsame Front beider Ministerien gegen das Außenministerium, die schließlich zur Aufhebung der Direktive vom 10. März führen sollte. Die drei Memoranden des Finanzministeriums erhielten dabei ihre endgültige Fassung. Die ersten beiden folgen unten als Dokumente Nr. 3 und 4.

Morgenthaus Angriff gegen die Position des Außenministeriums konzentrierte sich, wie aus dem ersten Memorandum am deutlichsten hervorgeht, auf drei Punkte: (1) auf die Absicht weitgehend zentralisierter Besatzungspolitik, (2) auf die seines Erachtens mangelhaften Restriktionen für die deutsche Industrie, (3) auf die vorgesehene Verantwortlichkeit der Besatzungsbehörden für die deutsche Wirtschaft. Da sich das Kriegsministerium an Grundsatzfragen wenig interessiert zeigte, galt seine Zustimmung vor allem der Kritik am ersten Punkt. Es hoffte auf größere Autonomie der Zonenbefehlshaber. In der ursprünglichen Fassung des Memorandums stand Punkt 1 an dritter Stelle¹⁹. Die endgültige Anordnung des Textes dürfte sich aus dem Wunsch erklären, das gemeinsam Bemängelte voranzustellen.

Morgenthau und seine Mitarbeiter argumentierten mit der Gegenüberstellung von Passagen aus der März-Direktive und früher vereinbarten Formulierungen. Sie kannten die Jalta-Beschlüsse nicht im Detail²⁰, wußten aber doch, daß die Direktive von dort her wenig Stützung hatte. Gegen die zentrale Verwaltung ließ sich mit der Direktive JCS 1067 (in der Fassung vom 6. 1. 1945) unter anderem einwenden, daß Deutschlands politische Struktur dezentralisiert werden sollte. Auch

¹⁸ Beide Angaben aus Dokument Nr. 2. Vgl. auch Anm. 47.

¹⁹ Vgl. Anm. 22.

²⁰ Im Memorandum wird nur aus dem veröffentlichten offiziellen Kommuniqué und dem Protokoll über Reparationen zitiert, nicht aus dem geheimen Gesamtprotokoll. Letzteres hätte Morgenthau z. B. über den Teilungsbeschluß von Jalta orientieren können.

eine eventuelle Teilung des Landes würde nach Ansicht des Finanzministeriums durch eine einheitliche Besatzungspolitik erschwert werden. Der schwache Punkt dieser Argumentation war freilich, daß weder bei der gewünschten Strukturveränderung noch bei einer Teilung (für die ja auch die März-Direktive eine Klausel enthielt) die Zonengrenzen zugrunde gelegt werden sollten.

Für die Kritik an den Industriebestimmungen der Märzdirektive bot JCS 1067 keine rechte Handhabe, ebensowenig das Jalta-Kommuniqué. Morgenthau griff hier auf jene umstrittene Vereinbarung von Quebec vom 15. September 1944 zurück, die Metall-, Elektro- und chemische Industrie verbot²¹. Sie war als eine Art Ersatz für den Morgenthau-Plan von Churchill und Roosevelt unterzeichnet worden, hatte aber nicht die Billigung des britischen Kabinetts gefunden und war in der amerikanischen Regierung und in der Öffentlichkeit so heftig attackiert worden, daß sich auch Roosevelt von ihr distanziert hatte. So war Morgenthaus Protest hier am schwächsten fundiert. Dagegen mußte seine Argumentation gegen eine wirtschaftliche Verantwortlichkeit der Besatzungsmächte mehr überzeugen, denn hier war die Diskrepanz zwischen März-Direktive und früheren Beschlüssen eklatant.

Die Memoranden geben die Auffassung Morgenthaus gemäßigt wieder. Wie aus Dokument Nr. 2 ersichtlich, wurden im Verlaufe der Konferenz vom 20. März auf Anraten von John J. McCloy, der das Kriegsministerium vertrat, Änderungen an den Texten vorgenommen. Sie ergaben vor allem größere Zurückhaltung bei Bezugnahmen auf die Jalta-Konferenz, über die das Außenministerium besser informiert sein mußte. Ein Vergleich der ursprünglichen Entwürfe des Finanzministeriums, die hier nicht voll abgedruckt werden können²², ergibt ferner, daß Morgenthau sich viel entschiedener auf die umstrittene Abmachung von Quebec berufen wollte, offenbar aber durch McCloy davon abgehalten wurde. So war im Abschnitt „Eliminierung der deutschen Schwerindustrie“ des ersten Memorandums zunächst jener Absatz aus der Quebecer Vereinbarung wörtlich wiedergegeben, der die Umwandlung Deutschlands „into a country primarily agricultural and pastoral in its character“ vorsah. Das Schlußwort des gleichen Dokuments enthielt ursprünglich die Forderung, die Entindustrialisierungsabsicht von Quebec nun in die Direktive JCS 1067 einzuarbeiten. In der Endfassung ist das nicht mehr der Fall. Im zweiten Memorandum wird nur die Eliminierung des industriellen Kriegspotentials verlangt. Die Schwerindustrie sei zwar sehr stark einzuschränken, aber doch nicht völlig abzubauen. Morgenthau hatte also auf seiner extremen Forderung vom Vorjahr, die Kernstück des Morgenthau-Plans gewesen war, diesmal nicht mit gleicher Intransigenz bestanden. Als unmotiviert Relikte der ursprünglichen Fassungen blieben allerdings die Zwischenüberschriften „Elimination of German Heavy Industry“ erhalten.

²¹ Text bei Henry L. Stimson/McGeorge Bundy, *On Active Service in Peace and War*, New York 1948, S. 576f. Deutsche Übersetzung und Interpretation u. a. bei Gelber, a. a. O., S. 389ff.

²² Ungedruckt, Abschriften im Besitz des Vfs. Auf einige Varianten wird in den Anmerkungen zu den Dokumenten Nr. 3 und 4 hingewiesen.

Unmittelbar anschließend an die Vormittagskonferenz vom 20. März besprach Morgenthau die Deutschlandfrage mit Roosevelt. Dabei folgte er offenbar McCloy's Wunsch, indem er nicht um Zustimmung für seine Memoranden bat, sondern den Präsidenten veranlaßte, noch einmal eine gemeinsame Konferenz mit Vertretern des Außen-, Kriegs- und Finanzministeriums einzuberufen²³. Dies Treffen fand am 22. März statt. Es beendete offiziell die zwölf Tage zuvor begonnene Debatte. Über die Ergebnisse der Beratung, an der Roosevelt selbst teilnahm, informiert Dokument Nr. 5, ein „summary of U.S. policy relating to Germany in the initial post-defeat period“. Vertreter des Kriegsministeriums hatten diese Zusammenfassung entworfen, die anderen Ministerien nahmen dann kleine Änderungen vor, und Roosevelt unterzeichnete sie am 23. März mit dem Vermerk, daß damit die Direktive vom 10. März überholt sei. Der Wortlaut liegt gedruckt bereits in einer Fußnote zu den Dokumenten der Potsdamer Konferenz vor, wird hier aber noch einmal zur Vervollständigung des Zusammenhangs wiedergegeben.

Die Formulierung des Dokuments lehnt sich zum Teil an die Direktive JCS 1067 (Fassung vom 6. 1. 1945) an, in Einzelheiten auch an die März-Direktive des Außenministeriums. Der zweite Absatz bezeugt, daß sich das von Morgenthau und Stimson verfochtene Prinzip der dezentralen Verwaltung und stärkeren Zonenautonomie durchgesetzt hatte. Dann folgen sehr vorsichtige Formulierungen über die Dezentralisierung der politischen Struktur und der Wirtschaft Deutschlands, die flexibel auszulegen waren. Die Wirtschaftskontrollen der Besatzungsbehörden sollten nicht mehr vornehmlich durch konstruktive Verantwortlichkeit bestimmt sein. Negative Gesichtspunkte Morgenthau's und der Direktive JCS 1067 traten wieder stärker in den Vordergrund. Allerdings blieben auch positive Momente, zum Beispiel die Möglichkeit zentraler Kontrollen für öffentliche Dienste, Finanzen, Produktion und Warenaustausch und die Möglichkeit von Exporten zur Deckung notwendiger Importe. Der gemäßigte Vorschlag des Außenministeriums zur Entnazifizierung wurde übernommen: nominelle Mitglieder der NSDAP konnten ihre Stellungen behalten. Bemerkenswert war, daß eine radikale Beschränkung der deutschen Schwerindustrie, soweit sie nicht Rüstungsindustrie war, oder eine Eliminierung der Metall-, Elektro- und chemischen Industrie nicht festgelegt wurde.

Das Dokument vom 23. März sollte, dem Einleitungsvermerk zufolge, der Europäischen Beratungskommission in London zugestellt werden, doch weder das geschah, noch war diese interalliierte Kommission überhaupt in der Lage, gemeinsame Besatzungsprinzipien für alle drei Siegermächte auszuarbeiten. Es sollte ferner Grundlage für die endgültige Formulierung der amerikanischen Besatzungspolitik, d.h. Richtlinie zur Überarbeitung von JCS 1067 sein. Um diese Aufgabe auszuführen, bestand noch das auf die Initiative von Stettinius am 15. März gebildete Informal Policy Committee on Germany, das jetzt, nach Abschluß der Zwischen-debatte, seine Arbeit aufnehmen konnte. Erst Ende April, also unmittelbar vor der deutschen Kapitulation, war der definitive Wortlaut von JCS 1067 so gut wie

²³ Vgl. Dokument Nr. 2, Abschn. „Meeting with the President“, und Anm. 52. Im übrigen sei verwiesen auf Hammond, a. a. O., S. 420 f.

fertiggestellt. Im Komitee waren die Kontroversen um Deutschland weitergegangen, nicht zuletzt, weil das Dokument vom 23. März manches unklar oder offen ließ. Morgenthau beeinflusste auch hier die Beratungen²⁴. Die endgültige Besatzungsdirektive berücksichtigte die Märzbeschlüsse, enthielt auch konstruktive Momente, war im ganzen aber immer noch ein Dokument, dessen Schwerpunkte in Verbotsbestimmungen lagen²⁵.

Als ein Ergebnis der Märzdebatte verdient jedoch die Tatsache festgehalten zu werden, daß am Ende ein Kompromiß stand. Die in der Literatur oft anzutreffende Meinung, Deutschlands Nachkriegsbehandlung durch die Vereinigten Staaten sei im Anfangsstadium von Morgenthau und dem Morgenthau-Plan schlechthin bestimmt gewesen, trifft zweifellos nicht zu. Andererseits blieb aber auch die interessante Initiative des Außenministeriums zugunsten einer konstruktiven Planung ohne durchschlagenden Erfolg. Die Mitarbeiter von Stettinius dachten an Deutschlands Wiederaufbau und seine Rehabilitierung nach einer Übergangszeit mit strikten Sicherheits- und Umerziehungsmaßnahmen. Morgenthau versuchte dagegen noch einmal, an die Vereinbarung von Quebec anzuknüpfen und seine Konzeption eines extrem harten Friedens durchzusetzen. Keine Seite ging schließlich als Sieger aus der Debatte hervor. Darüber machten sich die Beteiligten keine Illusionen. Im Finanzministerium wurde das Dokument später als „nichts anderes als ein gemeinsames Arsenal, von dem beide Seiten ihre Munition entnahmen“, bezeichnet. Wenn man die Sprache untersuche, könne man „bis zu gewissem Grade das Vorhandensein zweier verschiedener Standpunkte entdecken, eines, der sich auf den Morgenthau-Plan gründe, und eines anderen, den man als State-Department-Standpunkt bezeichnen könne“²⁶. Das war sicher in vieler Hinsicht unbefriedigend, auch im Hinblick auf Deutschlands Nachkriegsschicksal. Aber es wäre durchaus auch ein für Deutschland nachteiligeres Resultat denkbar gewesen.

Noch in anderem Zusammenhang verdient die Märzdebatte besondere Beachtung. In ihr nahm Roosevelt ein letztes Mal vor seinem Tod (12. April 1945) offiziell zur Deutschlandfrage Stellung. Er bewies dabei erneut, daß er nicht – wie ebenfalls oftmals unterstellt – schlechthin Anhänger der Konzeption Morgenthaus war. Er hatte die Direktive vom 10. März ohne Bedenken unterzeichnet. Wenn man wirklich annimmt, daß er das ohne Prüfung getan hat, so ist auch diese Deutung schon aufschlußreich: der Präsident nahm des öfteren das Problem auf die leichte Schulter. Bezeichnender ist, daß er in der Konferenz am 22. März und mit der Unterzeichnung des Dokuments vom folgenden Tag Morgenthau nur einen Teilerfolg zugestand und vor allem nicht den rigorosen Vorschlägen für den Abbau der Schwerindustrie zustimmte. McCloy, der an der Konferenz teilnahm, schrieb später an Stimson, des Präsidenten Bemerkungen hätten im allgemeinen „einen

²⁴ Ausführliche Behandlung der weiteren Kontroversen bei Hammond, a. a. O., S. 422 ff.

²⁵ Text engl. und deutsch: Um den Frieden mit Deutschland, Dokumente und Berichte des Europa-Archivs, Bd. 6, Oberursel 1948, S. 58–73.

²⁶ Aus einem ungedruckten Mskr. „History of Treasury Participation in Formulation of German Occupation Program“ (1946), S. 12 ff.

mittleren Kurs zwischen Morgenthau früheren extremen Ansichten und der positiven Position des State Department“ widerspiegelt²⁷.

Es gibt manche negativen Äußerungen Roosevelts über Deutschlands Zukunft. Er sprach sich wiederholt dafür aus, daß alle Deutschen nachdrücklich erfahren müßten, daß sie besiegt seien, weil sich „die ganze Nation in eine gesetzlose Verschwörung gegen Gesittungsformen der modernen Zivilisation eingelassen habe“²⁸. Auch wenn er dagegen öffentlich wiederholt bekundete, daß das deutsche Volk nicht versklavt werden solle, sondern seinen Weg in die Gemeinschaft friedliebender Nationen zurückfinden müsse²⁹, neigte er persönlich sicher mehr zu einer „strengen“ Behandlung. Seine eindeutige Distanzierung von radikalen Forderungen des mit ihm befreundeten Morgenthau zeigt jedoch, daß er politisch im Rahmen der seinerzeit diskutierten Möglichkeiten tatsächlich einen mittleren Weg einschlug.

Für seine Haltung im März 1945 gab es ältere Parallelen. Im Herbst 1943 hatte Sumner Welles, Under Secretary of State, den Präsidenten bewogen, sich für Teilungspläne hinsichtlich Deutschlands einzusetzen. Als andere Berater dagegen opponierten, distanzierte er sich und ließ das Problem zunächst offen. Im Herbst 1944 gelang es Morgenthau, den Präsidenten zur Unterzeichnung des Abkommens von Quebec zu bewegen, demzufolge Deutschland in einen Agrarstaat umgewandelt werden sollte. Als er von Kabinettsmitgliedern und Öffentlichkeit deshalb kritisiert wurde, distanzierte er sich von Morgenthau Ideen, wunderte sich nachträglich selbst, wie er sie hatte übernehmen können, und schob die endgültige Entscheidung auf. Im Frühjahr 1945 billigte er eine konstruktive Initiative des Außenministeriums. Als ihn deshalb Morgenthau und Politiker des Kriegsministeriums zur Rede stellten, distanzierte er sich von seiner Unterschrift und war zu einem Kompromiß bereit, der manches offenließ.

Roosevelt ergriff in der Deutschlandfrage niemals selbst entschlossen die Initiative. Immer wieder erfolgte ein Anstoß von anderer Seite, wobei der Initiator leicht Beifall fand. Wenn Roosevelt dann aber heftige Opposition verspürte und merkte, daß er sich zu einseitig festgelegt hatte, war er bereit, die Entscheidung aufzuschieben oder Kompromisse zu schließen. Man mag Roosevelt vorwerfen, daß er keine gründliche Vorstellung von Vergangenheit und Zukunft desjenigen Landes besaß, gegen das der Krieg hauptsächlich geführt wurde³⁰. Man mag das Hinauszögern von Entscheidungen bemängeln. Man muß aber auch anerkennen, daß er Politiker genug war, um sich in seinen Entscheidungen nicht schlechthin von Emotionen bestimmen zu lassen.

Günter Moltmann

²⁷ Nach Hammond, a. a. O., S. 420. Vgl. auch das Urteil von Dorn, a. a. O., S. 74.

²⁸ So in einem Memorandum vom 26. 8. 1944, vgl. Hammond, a. a. O., S. 355.

²⁹ So in einer Rede vom 21. 10. 1944, *The Public Papers and Addresses of Franklin D. Roosevelt*, Bd. 1944/45, New York 1950, S. 352f.

³⁰ Vgl. Günter Moltmann, *Amerikas Deutschlandpolitik im zweiten Weltkrieg*, Heidelberg 1958, S. 13ff. Taktisches Verhalten Roosevelts in der Deutschlandfrage nimmt auch Gelber, a. a. O., S. 594f., an.

Dokument Nr. 1

MEMORANDUM FOR THE PRESIDENT [March 10, 1945]³¹

Subject: *Draft Directive for the Treatment of Germany*

Your memorandum of February 28³² directed me to assume the responsibility for carrying forward the conclusions you reached at the Crimea Conference. In pursuance thereof, I am attaching for your approval a suggested directive on the treatment of Germany which I believe conforms to the Yalta discussions and decisions. I believe that such a directive is urgently necessary to implement the Yalta decisions and continue the formulation and development of United States policy to be concerted with our Allies. If you approve of the attached directive, I suggest the establishment of an informal policy committee on Germany under the chairmanship of the Department of State and including representatives of War, Navy, Treasury and the Foreign Economic Administration³³. This committee would serve as the central source of policy guidance for American officials both civilian and military on questions relating to the treatment of Germany and its proceedings would be based on the attached directive³⁴.

(Stettinius)³⁵

Enclosure:

Suggested directive.

March 10, 1945

Draft Directive for the
Treatment of Germany

I. *Military government*

1. The inter-allied military government envisaged in the international agreement on control machinery for Germany³⁶ shall take the place, and assume the functions, of a central government of Germany.
2. The authority of the Control Council shall be paramount throughout Germany. The zones of occupation³⁷ shall be areas for the enforcement of the Council's

³¹ Text der Direktive mschr. bei Chase, a. a. O., Appendix II.

³² Bislang nicht veröffentlicht und dem Hg. nicht zugänglich.

³³ Foreign Economic Administration (FEA): Behörde zur Koordinierung aller Kriegsaufgaben, die die internationale Wirtschaft betrafen, z. B. die des Office of Economic Warfare, des Office of Foreign Relief and Rehabilitation Operations, der Lend-Lease Administration und des Office of Foreign Economic Coordination of the Department of State. Gegründet im Sept. 1943, befaßte sich diese Stelle zunehmend auch mit der Wirtschaftsplanung für Deutschland.

³⁴ Das Informal Policy Committee on Germany (IPCOG) wurde am 15. 3. 1945 gegründet und formulierte im März und April 1945 die endgültige Fassung der Direktive JCS 1067.

³⁵ In der mschr. Vorlage als handschriftlicher Zusatz.

³⁶ Die interalliierte Vereinbarung über den Kontrollmechanismus für Deutschland wurde am 14. 11. 1944 in der European Advisory Commission, London, unterzeichnet und am 6. 2. 1945 von den Regierungen endgültig gebilligt. Text: Yalta Papers, a. a. O., S. 124 ff.

³⁷ Über die Abgrenzung der Besatzungszonen war am 12. 9. 1944 in London ein Protokoll ausgefertigt worden, das am 14. 11. 1944 ergänzt und am 6. 2. 1945 endgültig gebilligt wurde (Texte: Yalta Papers, a. a. O., S. 118 ff., 121 ff.). Später erfolgten weitere Absprachen über die französische Zone und die polnische Verwaltung deutscher Ostgebiete. Vgl. Franklin, a. a. O., S. 21 ff.

decisions rather than regions in which the zone commanders possess a wide latitude of autonomous power.

3. German administrative machinery must be purged as set forth below. It shall be used in so far as it can serve the purposes of this directive and does not permit Nazi abuses.

II. *Immediate security measures*

1. The German armed forces, including para-military organizations, shall be promptly demobilized and disbanded.
2. All military and para-military agencies, including the General Staff, partly military and quasi-military organizations, the Reserve Corps, and military academies, together with all associations serving to keep alive the military tradition in Germany shall be immediately dissolved and thereafter prohibited.
3. All German arms, ammunition and implements of war shall be removed or destroyed.
4. Military archives and military research facilities shall be confiscated.
5. The manufacture and the importation of arms, ammunition and implements of war shall be prohibited.
6. The German aircraft industry shall be dismantled and the further manufacture of aircraft and component parts shall be henceforth prohibited.

III. *Immediate political measures*

1. The Nazi Party and its affiliated and supervised organizations shall be dissolved and their revival in any form shall be prohibited. Such non-political social services of these organizations as are deemed desirable may be transferred to other agencies.
2. Nazi laws which provided the legal basis of the Hitler regime and which established discriminations on grounds of race, creed, and political opinion shall be abolished.
3. All Nazi public institutions (such as the People's Courts and Labor Front) which were set up as instruments of Party domination shall be abolished.
4. Active Nazis and supporters of Nazism and other individuals hostile to Allied purposes, shall be eliminated from public and quasi-public office and from positions of importance in private enterprise. Active Nazis shall be defined as those approximately two million members of the Party who have been leaders at all levels, from local to national, in the Party and its subordinate organizations.
5. Nazi political malefactors and all war criminals shall be arrested and punished.
6. Germans taken abroad for labor reparation shall be drawn primarily from the ranks of the active Nazis and of Nazi organizations, notably from the SS and the Gestapo.

This procedure will serve the double purpose of eliminating many of the worst carriers of Nazi influence from Germany and of compelling the guilty to expiate their crimes and to repair some of the damage they have done.

7. Under the direction and supervision of the Control Council there shall be established throughout Germany a unified system of control over all means of disseminating public information.
8. There shall be established a uniform system of control over German education designed completely to eliminate Nazi doctrines and to make possible the development of democratic ideas.

IV. *Economic control*

1. Pending definite decision on revision of boundaries and partitioning, Germany

- as it existed on January 1, 1938, with the exception of East Prussia and Upper Silesia, shall be administered and controlled as an economic unit.
2. The economy of Germany shall be directed, controlled and administered in such a way as to
 - (a) Provide facilities for, and contribute to the maintenance of the occupying forces and occupying authorities.
 - (b) Stop the production, acquisition and development of implements of war and their specialized parts and components.
 - (c) Provide a minimum standard of living for the German people including such food, shelter, clothing and medical supplies as are required to prevent disorder and disease on a scale that would make the task of occupation and the collection of reparation substantially more difficult.
 - (d) Provide such goods and services to Allied countries for relief, restitution and reparation as will be in excess of the requirements of the occupation forces and the minimum standard of living.
 - (e) Conform to such measures for the reduction and control of Germany's economic war potential as the Allied governments may prescribe. (See paragraphs 13 to 18, inclusive.)
 3. It is recognized that a substantial degree of centralized financial and economic control is essential to the discharge of the tasks mentioned in paragraph 2. The Control Council shall have general responsibility for insuring that all measures necessary to this end are taken.
 4. In particular, the Control Council shall be empowered to formulate, within the framework of existing and future directives, basic policies governing
 - (a) public finance; money and credit, (b) prices and wages, (c) rationing, (d) inland transportation and maritime shipping, (e) communications, (f) internal commerce, (g) foreign commerce and international payments, (h) restitution and reparation, (i) treatment and movement of displaced persons, and (j) allocation of plant and equipment, materials, manpower and transportation.
 5. It is recognized that the prevention of uncontrolled inflation is in the interest of the United Nations. The Control Council shall strive to insure that appropriate controls, both financial and direct, are maintained or revived.
 6. The Control Council shall utilize centralized instrumentalities for the execution and implementation of its policies and directives to the maximum possible extent, subject to supervision and scrutiny of the occupying forces. Whenever central German agencies or administrative services which are needed for the adequate performance of such tasks have ceased to function they shall be revived or replaced as rapidly as possible.
 7. (a) Before utilizing German agencies military government authorities must carry through denazification in accordance with the principles set forth above. (b) German nationals deprived of their positions because of previous affiliations with or support of the Nazi party or because of disloyalty to the military government authorities shall be replaced as far as possible by other German nationals. In recruiting replacements military government officers shall rely as much as practicable on the leaders and personnel of freely organized labor unions and professional associations and of such anti-Nazi political groupings and parties as may arise in Germany.
 8. Military government shall eliminate active Nazis and supporters of the Nazi regime and other individuals hostile to Allied purposes, from dominant positions in industry, trade and finance.
 9. Military government shall permit free and spontaneous organization of labor

- and professional employees. It shall facilitate collective bargaining between employers and employees regarding wages and working conditions subject to overall wage controls and considerations of military necessity.
10. Germany shall be required to restore all identifiable property which has been taken from invaded countries. It shall also be compelled to replace objects of unique cultural and artistic value whenever looted property falling within these categories cannot be found and restored.
 11. Germany must make substantial reparation for damage to, or losses of, non-military property caused by or incident to hostilities. Such reparation shall take the form of (a) confiscation of all German property, claims and interests abroad, (b) deliveries from existing German assets, particularly capital equipment (c) deliveries from future German output, and (d) German labor services in devastated countries.
 12. The reparation burden and schedules for delivery should be determined in such a manner that Germany can discharge its obligation within a period of ten years from the cessation of organized hostilities.
 13. The volume and character of German reparation deliveries of capital equipment shall be largely determined in such a way as to reduce Germany's relative predominance in capital goods industries of key importance and to rehabilitate, strengthen and develop such industries in other European countries, as part of a broad program of reconstruction.
 14. Germany shall be prohibited from engaging in the production and development of all implements of war. All specialized facilities for the production of armaments shall be destroyed, and all laboratories, plants and testing stations specializing in research, development and testing of implements of war shall be closed and their equipment removed or destroyed.
 15. Germany shall also be forbidden to produce or maintain facilities for the production of aircraft, synthetic oil, synthetic rubber and light metals. Production facilities in these industries shall be removed to other countries or destroyed.
 16. In order to foster and develop metal, machinery and chemical industries in other countries, exports of competing German products shall be subjected to restraint for a considerable period. At the same time, German production and export of coal and light consumer goods shall be facilitated.
 17. German firms shall be prohibited from participating in international cartels or other restrictive contracts or arrangements. Existing German participations in such cartels or arrangements shall be promptly terminated.
 18. The scope and execution of the economic disarmament program should be made compatible with the payment of reparation and both the reparation and economic disarmament programs should take into consideration the necessity of maintaining a minimum German standard of living as defined in paragraph 2.
 19. In fulfillment of this principle, Germany shall be made to begin paying her own way as soon as possible. There shall be no simultaneous payment of reparation by Germany and extension of credit to Germany. Payment for such imports as are authorized by the Control Council shall be made a first charge on the proceeds of German exports. If Germany is unable to export sufficient goods in excess of reparation deliveries to pay for authorized imports, reparation recipients shall be required to shoulder this deficit in proportion to their respective receipts from reparation.

Dokument Nr. 2

MEMORANDUM FOR THE SECRETARY'S FILES [March 22, 1945]³⁸

Conference on Treatment of Germany
 Secretary's Office
 March 20, 1945
 9 A. M. to 1 P. M.

Present: Secretary Morgenthau
 Assistant Secretary White³⁹
 Mr. Coe⁴⁰
 Assistant Secretary McCloy⁴¹
 General Hilldring⁴²

Work of Meeting

In the course of this meeting the Secretary showed the War Department members drafts of the following documents (attached)⁴³:

1. Memorandum to the Secretary of State on the March 10 Draft Directive on Germany.
2. Memorandum to the President on same.
3. Proposed Note from the President on the Issues of Decentralization, Controls and Heavy Industry.

These documents were substantially redrafted on the basis of the discussion, and copies of the final drafts (attached) were given to Mr. McCloy⁴⁴.

Mr. McCloy gave the Secretary a copy of the War Department's redraft of the March 10 document of the State Department⁴⁵. This was discussed in detail.

March 10 Draft Directive

The Secretary said that he was convinced that this Directive attempted to reverse basic policies of the President and this Government and that, though it purported to implement the decisions of Yalta, it seemed to him that on three major points it

³⁸ Text mschr. bei Chase, a. a. O., S. 374–376; einige Absätze des Protokolls abgedruckt bei Hammond, a. a. O., S. 419. Das Memorandum wurde im Finanzministerium abgefaßt. Die Bezeichnung „Secretary“ bezieht sich durchgehend auf Finanzminister Henry Morgenthau, Jr.

³⁹ Harry Dexter White, Assistant Secretary im Finanzministerium, war an der Formulierung des Morgenthau-Plans beteiligt und wurde später in Untersuchungen des „Kongreßausschusses für unamerikanische Umtriebe“ verwickelt, ohne daß ihm kommunistische Spionage überzeugend nachgewiesen werden konnte. Er starb unmittelbar nach Verhören im August 1948.

⁴⁰ Frank Coe, Mitarbeiter des Finanzministeriums, hier auch Protokollant.

⁴¹ John J. McCloy, Assistant Secretary im Kriegsministerium, hatte im September 1944 entschieden gegen den Morgenthau-Plan Stellung genommen. 1949–1952 Hoher Kommissar der USA für Deutschland.

⁴² General John H. Hilldring, Leiter der Civil Affairs Division im Kriegsministerium, hatte auch bereits im September 1944 die Position seines Ministeriums gegen den Morgenthau-Plan vertreten.

⁴³ Entwürfe hier nicht mit abgedruckt.

⁴⁴ Die überarbeiteten Fassungen der ersten zwei Memoranden folgen hier als Dokumente Nr. 3 und 4. Für das dritte Dokument vgl. Anm. 64.

⁴⁵ Bislang nicht veröffentlicht und dem Hg. nicht zugänglich.

implemented policies long argued by the State Department and *not* agreed at Yalta. Those were Centralization, Economic Controls and De-Industrialization.

The Secretary repeated the substance of his private conversation with Stettinius following the meeting of the day before. This was that the Directive prepared in the Department of State proposed to put together and maintain as a whole the German Reich, and that it was inconceivable that such a policy was agreed at Yalta. The Secretary said that Stettinius was badly shaken and stated that when he returned from his trip, tired, Jimmie Dunn⁴⁶ had handed him this document and that he had really only glanced at it. The Secretary said that he had particularly asked Stettinius if he was sure that the President had read the document, and that Stettinius had not been sure⁴⁷.

Mr. McCloy said that Stimson had been told by the President that he did not remember the document and had not read it, to his knowledge.

The Secretary said that the policies of the document seemed to be those of Riddleberger⁴⁸ and Despres⁴⁹ of the Department of State and of Leon Henderson⁵⁰. They had been debated before and not been established. J.C.S. 1067 was a long-worked over compromise, but now it was abandoned, in the name of Yalta, although no chapter and verse from Yalta was cited as reasons for the change. The Secretary said that he was amazed at this handling of the most important issues of the time, and that he had ordered a memorandum drafted to indicate just how arbitrary and wrong this procedure was.

Mr. McCloy said that he agreed with the Secretary as to how this had happened. He said that Leon Henderson had a large share in it, for he had been talking all around town on these issues. Also Ambassador Winant⁵¹ had never liked J.C.S. 1067 and was constantly working against it. He said that as far as the War Department could see, policies seemingly well established had been tossed overboard, with no consultation, and with superior officers not even reading the documents.

Meeting with the President

Mr. McCloy wished to know if the Secretary was discussing this matter with the President at noon. The Secretary said "Yes". During the meeting, information was received from the White House that the President wished the noon appointment changed to luncheon and wanted to discuss Germany. The Secretary's memorandum

⁴⁶ James Clement Dunn, Assistant Secretary of State for European, Far Eastern, Near Eastern and African Affairs.

⁴⁷ Sowohl Roosevelts als auch Stettinius' Behauptung, das Memorandum vom 10. 3. 1945 nicht richtig gelesen zu haben, kann taktisch motiviert gewesen sein. Möglicherweise wollten sich beide in einer Angelegenheit, die zu Kontroversen führen konnte, nicht zu sehr festlegen. Stettinius, der erst seit dreieinhalb Monaten Außenminister war, hatte im Kabinett einen schwächeren Stand als Morgenthau.

⁴⁸ James Riddleberger, Leiter der Division of Central European Affairs im Außenministerium.

⁴⁹ Emile Despres, Advisor on German Economic Affairs im Außenministerium.

⁵⁰ Leon Henderson, ehemals Wirtschaftssachverständiger des New Deal, war im Winter 1944/45 im besonderen Auftrag der FEA (vgl. Anm. 33) nach Europa gereist und hatte auf Grund seiner Beobachtungen u. a. die bisherige Besatzungsplanung scharf kritisiert. Näheres bei Hammond, a. a. O., S. 414f.

⁵¹ John G. Winant, amerikanischer Botschafter in Großbritannien und Vertreter in der European Advisory Commission, London, in der die Deutschlandpolitik der Alliierten koordiniert werden sollte.

to the President was discussed and changed. Mr. McCloy thought that if the three sentences in the proposed note from the President were agreed to, the basic confusion would be cleared up. However, he thought that it would be unwise for the President to sign this without a full hearing⁵².

War Department's Position

The Secretary said that he had interested himself in this matter again because Mr. McCloy had telephoned him on Thursday⁵³. Now that he saw what was being done he was determined to fight until the matter was cleared up. But he wished to know where Secretary Stimson stood.

Mr. McCloy replied as follows: Secretary Stimson had had definite views on Germany. But he was confronted, after the Quebec Conference⁵⁴, with a policy, with which he in part disagreed. Now, after Yalta, he finds a State Department policy document, initialled by the President, and with this he disagrees, in part. Secretary Stimson feels badly about these incidents. He has determined to keep quiet about basic policy and pay attention to his responsibility as head of the department which will administer the U.S. occupation. He finds, and has so told the President, that the policies of the State Department will prevent our soldiers from doing their job in Germany. In particular, the Army, which has been trained for a zone command, in Germany, cannot adapt to these vague ideas of centralized administration in Berlin. Stimson wants the zone commanders to have powers to act and complete residual authority until a matter is taken over and handled centrally by the Control Commission.

Accordingly, the War Department was leaving the basic economic questions to others. It would carry out any agreed policy on these matters. At this juncture it would concentrate on the administrative feasibility of the new proposals.

Secretary Morgenthau said that, although he sympathized with Secretary Stimson's position, he hoped that it would be changed. As a citizen and a Cabinet officer, the Secretary of War had a duty to express himself on these important matters.

Treasury Memorandum

Mr. McCloy's suggestion for changes related chiefly to more cautious statements concerning the "Yalta basis" for the State Department's draft. It was agreed that State's document relied much on the decision that recurrent reparations were to be made. Practically all of Mr. McCloy's suggestions were accepted.

War Redraft

Mr. White's suggestion for changes related chiefly to objections against assuming responsibility for internal economic conditions in Germany.

Frank Coe

FC: rl 3/22/45

⁵² McCloy befürchtete vermutlich, daß sich Morgenthau ähnlich wie im September 1944 beim Präsidenten persönlich durchsetzen würde, was abermals zu unerquicklichen Kontroversen, bes. mit dem Außenministerium, hätte führen können.

⁵³ Am 15. 5. 1945, d. h. am Tage, an dem Stettinius seinen Ministerkollegen das Memorandum vom 10. 5. vorgelegt hatte.

⁵⁴ Auf der amerikanisch-britischen Konferenz von Quebec, 11.-16. 9. 1944, wurde der Morgenthau-Plan diskutiert. Die dort erzielte Übereinkunft hatte zu scharfen Auseinandersetzungen geführt.

Dokument Nr. 3

MEMORANDUM FOR THE SECRETARY OF STATE [March 20, 1945]⁵⁶

Reference is made to the draft directive on the treatment of Germany, dated March 10, 1945 which was written by the Department of State to implement the decisions of Yalta.

On the basis of decisions made at Yalta of which I have been informed, it seems clear that the directive has adopted certain definitive views on the most fundamental issues involved in the treatment of Germany, which views are not required by or even implied in the Yalta decisions. I understand that these views were advanced prior to Yalta within the State Department; they are completely opposed to the Treasury's views on these issues; are contrary in major respects to decisions made by this Government prior to Yalta; and are opposed in their most important implications to the views which I understood the President holds on Germany.

To be specific, the following is a brief summary of decisions made prior to Yalta, decisions made at Yalta, and decisions made in the draft directive of March 10, dealing with three of the most important issues involved in the German problem.

I. *Decentralization of Germany*⁵⁶A. *Prior to Yalta*

Directive 1067 provided as follows⁵⁷:

(1) "Military administration shall be directed toward the promotion of the decentralization of the political structure of Germany. You may utilize in the beginning whatever German administrative agencies may serve the purposes of military government. You will wherever possible, however, endeavor to make use of and strengthen local municipal and regional administrative organs."

(2) "The agreed policies of the Control Council shall be determinative throughout the zones. Subject to such policies the administration of military government in each of the three zones of occupation shall be the sole responsibility of the Commanders-in-Chief of the forces occupying each zone. You should, however, coordinate your administration with that of the other Commanders-in-Chief through the Control Council. The administration of each zone and of the regional and local branches of any centrally directed German agencies shall be such as to insure that all policies formulated by the Control Council will be uniformly put into effect throughout Germany."

B. *Yalta*

At Yalta it was decided that⁵⁸:

"Coordinated administration and control has been provided for under the plan

⁵⁶ Entwurf eines Memorandums von Finanzminister Morgenthau an Außenminister Stettinius. Vgl. auch Dokument Nr. 2, Absatz „Work of Meeting“.

⁵⁷ Abschnitt I stand ursprünglich an dritter Stelle. So erklärt es sich, daß im ersten Satz aus der Direktive JCS 1067 ohne einführenden Kommentar zitiert wird, während unter Abschnitt III dann Angaben über die Bedeutung der Direktive folgen.

⁵⁷ Die Zitate aus der Direktive JCS 1067 entstammen der revidierten Fassung vom 6. 1. 1945.

⁵⁸ Die auf Yalta-Entscheidungen bezogenen Zitate entstammen dem öffentlichen Communiqué (Abschnitt II) und dem geheimen Protokoll über deutsche Reparationen vom 11. 2. 1945; vgl. Yalta Papers, a. a. O., S. 970ff., 982f.

through a central control commission consisting of the supreme commanders of the three powers with headquarters in Berlin.”

This is a reiteration of what had been agreed upon prior to J.C.S. 1067 and was embodied in that directive. No change of policy was made here.

C. *Draft Directive of March 10*

The draft directive of March 10 provides:

(1) “The Control Council shall utilize centralized instrumentalities for the execution and implementation of its policies and directives to the maximum possible extent, subject to supervision and scrutiny of the occupying forces. Whenever central German agencies or administrative services which are needed for the adequate performance of such tasks have ceased to function they shall be revived or replaced as rapidly as possible.”

(2) “The zones of occupation shall be areas for the enforcement of Council’s decisions rather than regions in which the Zone Commanders possess a wide latitude of autonomous power.”

These provisions completely reverse what had been agreed upon as the American view prior to Yalta, despite the fact that there was nothing in the Yalta decisions contrary to such American view.

II. *Elimination of German Heavy Industry*

A. *Prior to Yalta*

At Quebec on September 15, 1944, the President and Prime Minister Churchill agreed upon a program designed to eliminate German heavy industry – the metallurgical, electrical and chemical industry⁶⁸.

B. *Yalta*

At Yalta it was decided:

(1) To “eliminate or control all German industry that could be used for military production”.

(2) That the removal of Germany’s national wealth in the way of reparations “be carried out chiefly for the purpose of destroying the war potential of Germany”.

These provisions are obviously not inconsistent with the position adopted by the President and Prime Minister Churchill at Quebec.

C. *Draft Directive of March 10*

Although the program set forth in the draft directive speaks of reducing “Germany’s relative predominance in capital goods industries of key importance” (paragraph 13), the only industries which Germany is specifically forbidden to maintain are “aircraft, synthetic oil, synthetic rubber and light metals” (paragraph 15). And it is specifically indicated that Germany will be allowed to maintain “metal, machinery and chemical industries” (see paragraph 16), although exports of these industries to other countries will be restricted.

⁶⁸ Im ursprünglichen Entwurf des Memorandums lautete dieser Absatz: „At Quebec, on September 15, 1944, the President and Prime Minister Churchill agreed upon the following objective with respect to German industry: „This programme for eliminating the war-making industries in the Ruhr and in the Saar is looking forward to converting Germany into a country primarily agricultural and pastoral in its character.“

This program is contrary to the Quebec agreement and has no basis in the Yalta decisions, unless the reparations protocol requires the maintenance of some heavy industry – and I doubt that it does.

III. Control of German Internal Economy

A. Prior to Yalta

In the Directive known as J.C.S. 1067 (revised) which was agreed upon after considerable discussion between State, War and Treasury, and was presented to and approved by the White House as representing the American view, it was provided that:

„Except for the purposes specified above, you will take no steps (1) looking toward the economic rehabilitation of Germany nor (2) designed to maintain or strengthen the German economy. Except to the extent necessary (1) to accomplish the purposes set out above, and (2) to assure thorough elimination of discriminatory Nazi practices in actual operation of economic controls, the responsibility for and the task of dealing with such economic problems as price controls, rationing, unemployment, production, reconstruction, distribution, consumption, housing or transportation will be left in German hands. You should, however, take such steps as may be necessary to assure that economic controls are operated in conformity with the above purposes and the general objectives of military government.”

B. Yalta

Nothing was decided on this basic question at Yalta, to my knowledge. It appears from paragraph 2 of section IV of the draft directive of March 10 that the provisions of the protocol on reparations are being advanced as the basis for the argument that in order to collect reparations in the future it is necessary to direct, control and administer the German internal economy. Such a position, however, is not only not required by the reparations protocol but is contrary to the whole spirit of the protocol, namely that reparations policy be a function of reducing Germany's war potential.

The Yalta decisions clearly did not contemplate that the collection of reparations requires the Allies to take steps designed to rehabilitate and strengthen the German economy.

C. Draft Directive of March 10

Paragraphs 3, 4, and 5 of section IV of the draft directive provide:

„It is recognized that a substantial degree of centralized financial and economic control is essential to the discharge of the tasks mentioned in paragraph 2. The Control Council shall have general responsibility for insuring that all measures necessary to this end are taken.”

„In particular, the Control Council shall be empowered to formulate, within the framework of existing and future directives, basic policies governing (a) public finance; money and credit, (b) prices and wages, (c) rationing, (d) inland transportation and maritime shipping, (e) communications, (f) internal commerce, (g) foreign commerce and international payment, (h) restitution and reparation, (i) treatment and movement of displaced persons, and (j) allocation of plants and equipment, materials, manpower and transportation.”

„It is recognized that the prevention of uncontrolled inflation is in the interest of the United Nations. The Control Council shall strive to insure that appropriate controls, both financial and direct, are maintained or revived.”

These provisions are diametrically opposed to the provision of J.C.S. 1067 and have no basis in the Yalta decisions, except on the doubtful interpretation of the reparations protocol noted above.

Conclusion

Quite apart from the comments above, I would like to point out that, if a decision has been reached to dismember Germany or if there is a likelihood that such a decision will be reached, then the directive will, in my opinion, undermine this basic policy. The directive contains provisions designed to make sure that during the period of military occupation the various parts of the German Reich will be put together and kept together.

On the basis of the foregoing analysis and also of study of the other paragraphs of the draft directive of March 10, it is my firm belief that this draft directive is based in many of its parts upon policies which were not settled at Yalta and in some of its parts upon policies opposed to the decisions of Yalta. On the other hand, from what has been published and told us about the Crimean Conference all of its decisions seem to be consistent with the previous policies of this Government as embodied in J.C.S. 1067 (revised) or expressed by the President at the Quebec Conference.

In view of these conclusions, and in accordance with the President's request and your request that we assist you in implementing the decisions of Yalta, I would like to make the following suggestion:

That for the time being we allow J.C.S. 1067 to remain unchanged as the statement of policy for the U.S. forces during the first period of occupation, and that we attempt to get immediate agreement through the European Advisory Commission on J.C.S. 1067⁶⁰.

I am informed by the Army that General Eisenhower can operate satisfactorily prior to collapse under directive 551⁶¹ and that after the collapse of Germany initial operations by the Army can take place satisfactorily under J.C.S. 1067.

On reparations and other longer-run policies for Germany, the Treasury is of course prepared to meet with you and your representatives for further discussions.

3/20/45 (final)⁶²

⁶⁰ Im ursprünglichen Entwurf war der Schlußabschnitt kategorischer und weitreichender formuliert:

„It is my conclusion that the decisions which are taken at Yalta are fully consistent with both the decision taken by the President at the Quebec Conference on the elimination of industry and the views of the American Government as embodied in J.C.S. 1067 (revised). Accordingly, J.C.S. 1067 should remain as it is and the immediate task of this Government is to formulate a program to implement the Quebec and Yalta decisions on German industry. The draft directive of March 10 should, of course, be withdrawn *in toto*.“

⁶¹ Diese Feststellung fehlt im ursprünglichen Entwurf. Gemeint ist die britisch-amerikanische Direktive C.C.S 551 vom 28. 4. 1944, die konstruktiver als J.C.S 1067 aussah, jedoch nur für die Besatzungspolitik vor dem endgültigen Abschluß der Kampfhandlungen galt. Text: Hajo Holborn, American Military Government, Its Organizations and Policies, Washington 1947, S. 135-143.

⁶² Handschriftlicher Zusatz in der mschr. Vorlage.

MEMORANDUM FOR THE PRESIDENT⁶⁸

At a meeting at the State Department Mr. Stettinius presented to a number of us a five-page Post-hostility draft Directive for military control of Germany, dated March 10, which had your initials and those of Mr. Stettinius on it.

From many conversations that I have had with you as to how to deal with a defeated Germany, I am confident that this Directive goes absolutely contrary to your views. I would like to call your attention to some of the fundamental points contained in the March 10 Directive which seem to me to be contrary to the views you hold and the views that were contained in J.C.S. 1067 which I understand you collaborated on.

(1) *Decentralization of Germany* – It requires the Control Council to “utilize centralized instrumentalities for the execution and implementation of its policies to the maximum extent possible” and requires that for this purpose “central German agencies . . . shall be revived or replaced as rapidly as possible.”

(2) *Elimination of German Heavy Industry* – It allows Germany to maintain “metal, machinery and chemical industries” with controls on exports; and forbids only “aircraft, synthetic oil, synthetic rubber and light metals” industries.

(3) *Control of German Internal Economy* – It states that “a substantial degree of centralized financial and economic control is essential” and requires the Allies to “direct, control and administer” the German economy in order to collect reparations and for other reasons. It requires the Control Council to formulate policies governing “public finance”, “prices and wages”, “rationing”, “internal commerce”, etc.

Carrying out the above directions would build up a strong central German Government and maintain and even strengthen the German economy. You, of course, would know whether or not it has decided at Yalta to move in that direction.

I strongly urge that the directive of March 10 be redrafted in accordance with the three principles indicated below which, in my opinion, reflect your views.

1. We should avoid assuming responsibility for the functioning of the internal German economy and its economic controls. The maintenance and rehabilitation of the German economy is a German problem and should not be undertaken by us in order to collect reparations or for any other reason except the security of the occupying forces.

2. We should aim at the greatest possible contraction of German heavy industry as well as the elimination of her war potential. The occupying forces should accept no responsibility for providing the German people with food and supplies beyond preventing starvation, disease, and such unrest as might interfere with the purposes of the occupation.

3. During the period of military occupation policies in the separate zones should be coordinated through the Control Council, but the actual administration of affairs in Germany should be directed towards the decentralization of the political structure⁶⁴.

⁶⁸ Entwurf eines Memorandums von Finanzminister Morgenthau an Präsident Roosevelt. Text mschr. bei Chase, a. a. O., S. 577 f.; die drei Schlußsätze auch gedruckt bei Hammond, a. a. O., S. 418 f. Vgl. auch Dokument Nr. 2, Absatz „Work of Meeting“.

⁶⁴ Das dritte auf der Konferenz vom 20. 3. 1945 überarbeitete Schriftstück (vgl. Dokument Nr. 2, Absatz „Work of Meeting“) enthielt neben einem Einleitungssatz die vorstehenden drei Absätze in wörtlicher Entsprechung. Im ursprünglichen Entwurf dieses dritten Dokuments begann jedoch Absatz 2 wie folgt: „We should aim at the elimination of German heavy industry . . .“

Dokument Nr. 5

[UNITED STATES POLICY MEMORANDUM: March 23, 1945]⁶⁵

The following is a summary of U.S. policy relating to Germany in the initial post-defeat period. As such it will be introduced into the European Advisory Commission, and will be used as the basis for directives to be issued to the U.S. Commanding General in Germany.

The authority of the Control Council to formulate policy with respect to matters affecting Germany as a whole shall be paramount, and its agreed policies shall be carried out in each zone by the zone commander. In the absence of such agreed policies, and in matters exclusively affecting his own zone, the zone commander will exercise his authority in accordance with directives received from his own government.

The administration of affairs in Germany should be directed toward the decentralization of the political structure and the development of local responsibility. The German economy shall also be decentralized, except that to the minimum extent required for carrying out the purposes set forth herein, the Control Council may permit or establish central control of (a) essential national public services such as railroads, communications and power, (b) finance and foreign affairs, and (c) production and distribution of essential commodities. There shall be equitable distribution of such commodities between the several zones.

Germany's ruthless warfare and fanatical Nazi resistance have destroyed German economy and made chaos and suffering inevitable. The Germans cannot escape responsibility for what they have brought upon themselves.

Controls may be imposed upon the German economy only as may be necessary (a) to carry out programs of industrial disarmament and demilitarization, reparations, and of relief for liberated areas as prescribed by appropriate higher authority and (b) to assure the production and maintenance of goods and services required to meet the needs of the occupying forces and displaced persons in Germany, and essential to prevent starvation or such disease or civil unrest as would endanger the occupying forces. No action shall be taken, in execution of the reparations program or otherwise, which would tend to support basic living standards in Germany on a higher level than that existing in any one of the neighboring United Nations. All economic and financial international transactions, including exports and imports, shall be controlled with the aim of preventing Germany from developing a war potential and of achieving the other objectives named herein. The first charge on all approved exports for reparations or otherwise shall be a sum necessary to pay for imports. No extension of credit to Germany or Germans by any foreign person or Government shall be permitted, except that the Control Council may in special emergencies grant such permission. Recurrent reparations should not, by their form or amount, require the rehabilitation or development of German heavy industry and should not foster the dependence of other countries upon the German economy.

In the imposition and maintenance of economic controls, German authorities will to the fullest extent practicable be ordered to proclaim and assume administration of such controls. Thus it should be brought home to the German people that the responsibility for the administration of such controls and for any breakdowns in those controls, will rest with themselves and their own authorities.

The Nazi party and its affiliated and supervised organizations and all Nazi public

⁶⁵ Text mschr. bei Chase, a. a. O., S. 380-385; gedruckt: Potsdam Papers, Bd. I, S. 456, Anm. 7 (dort nach den Akten des Informal Policy Committee on Germany).

institutions shall be dissolved and their revival prevented. Nazi and militaristic activity or propaganda in any form shall be prevented.

There shall be established a coordinated system of control over German education designed completely to eliminate Nazi and militarist doctrines and to make possible the developments [*sic*] of democratic ideas.

Nazi laws which provide the basis of the Hitler regime or which establish discriminations on grounds of race, creed or political opinion, shall be abolished.

All members of the Nazi party who have been more than nominal participants in its activities, and all other persons hostile to Allied purposes will be removed from public office and from positions of responsibility in private enterprise.

War criminals and those who have participated in planning or carrying out Nazi enterprises involving or resulting in atrocities or war crimes, shall be arrested, brought to trial and punished. Nazi leaders and influential Nazi supporters and any other persons dangerous to the occupation or its objectives, shall be arrested and interned.

A suitable program for the restitution of property looted by Germans shall be carried out promptly.

The German armed forces, including the General Staff, and all para-military organizations, shall be promptly demobilized and disbanded in such a manner as permanently to prevent their revival or reorganization.

The German war potential shall be destroyed. As part of the program to attain this objective, all implements of war and all specialized facilities for the production of armaments shall be seized or destroyed. The maintenance and production of all aircraft and implements of war shall be prevented.

Joseph C. Grew⁶⁶
 J. J. McCloy
 Harry D. White
 J. H. Hilldring
 William L. Clayton⁶⁷
 H. Freeman Matthews⁶⁸
 Frank Coe
 Henry Morgenthau, Jr.

This memorandum was endorsed by Roosevelt as follows: "O. K. F. D. R. superseding memo of Mar 10 '45."

⁶⁶ Joseph C. Grew, Undersecretary of State.

⁶⁷ William L. Clayton, Assistant Secretary of State for Economic Affairs.

⁶⁸ H. Freeman Matthews, Direktor des Office of European Affairs im Außenministerium.

Notizen:**HISTORIKERTAG 1967**

Der 27. Deutsche Historikertag findet vom 11.-15. Oktober 1967 in der Universität Freiburg/Br. statt. Zur Information unserer Leser sei im folgenden eine Vorschau auf die zeitgeschichtlich relevanten Themen des Kongresses gegeben.

Die allgemeinen Vorträge sind den theoretischen und methodischen Grundlagen der Geschichtswissenschaft und ihrem Verhältnis zu den Nachbarwissenschaften gewidmet:

Am Vormittag des 12. 10. Vortrag Schieder-Köln „Die Geschichte im System der Geistes- und Sozialwissenschaften“, Diskussionsleitung Gollwitzer-Münster, Korreferate Maier-München und Borchardt-Mannheim, nachmittags Diskussion darüber. Am 13. 10., 9 Uhr: Vortrag Brunner-Hamburg „Der Historiker und sein Verhältnis zur Geschichte von Verfassung und Recht“, Leitung Bosl-München, Korreferate Krause-München, Thieme-Freiburg. 11.15 Uhr: Vortrag Oestreich-Marburg „Die Fachhistorie und die Anfänge der sozialgeschichtlichen Forschung in Deutschland“, Leitung Conze-Heidelberg, Korreferate Nipperdey-Karlsruhe, Vierhaus-Bochum; Diskussion zu diesen beiden Themen am Nachmittag. Am 14. 10., 9 Uhr: Vortrag Heuss-Göttingen „Die Möglichkeiten einer Weltgeschichte heute“, Leitung Vogt-Tübingen, Korreferate Köhler-Freiburg, H. Franke-München.

Die Sektion Kirchengeschichte behandelt am 12. 10. nachmittags den „Kirchenkampf im Dritten Reich“, Leitung Jedin-Bonn, Referate: Volk-St. Blasien „Die katholische Kirche und der Nationalsozialismus im Jahr der Enzyklika ‚Mit brennender Sorge‘“, Scholder-Tübingen „Die evangelische Kirche in der Sicht der nationalsozialistischen Führung“.

Sektion Späte Neuzeit, am 12. 10. nachmittags: „Die Verwaltung im Span-

nungsfeld von Politik und Gesellschaft im 19. und 20. Jahrhundert“, Leitung G. A. Ritter-Münster, Referate: Deuerlein-München „Koinzidenz von Verwaltung und Politik im Bundesrat von 1867 bis 1918“, W. Fischer-Berlin „Staatsverwaltung und Interessenverbände im Deutschen Reich von 1871-1918“, Korreferate G. Schulz-Tübingen, Pikart-Stuttgart.

Sektion Zeitgeschichte, am 13. 10. nachmittags: „Die kollektive Friedenssicherung im 20. Jahrhundert“, Leitung Bußmann-München, Referate: Lipgens-Heidelberg „Das Konzept regionaler Friedensorganisation. Zur Geschichte der europäischen Einigungsbewegung“, Fraenkel-Berlin „Idee und Realität des Völkerbundes im deutschen politischen Denken“, Meissner-Köln „Friede und Friedenssicherung in sowjetischer Sicht“.

Sektion Außereuropäische Geschichte, am 13. 10. nachmittags: „Asiatische Tradition und die moderne Welt“, Leitung Grimm-Bochum, Referate: W. Franke-Hamburg „Anpassungsprobleme im chinesischen Erziehungswesen des 20. Jahrhunderts“, Hammitzsch-Bochum „Die Religionen als staats- und gesellschaftsbildende Faktoren im neuen Japan“, Sarkisyanz-Freiburg „Aspekte von modernistischen und traditionalistischen Reformideologien in Britisch-Indien“.

Sektion Wirtschafts- und Sozialgeschichte, am 14. 10. nachmittags: „Die Technik in der Geschichte“, Leitung Nipperdey-Karlsruhe, Referate: Blumenberg-Bochum „Methodologische Probleme einer Geistesgeschichte der Technik“, Treue-Hannover „Erfinder und Ingenieur: zwei sozialgeschichtliche Probleme der Technik“.

Sektion Osteuropäische Geschichte, am 14. 10. nachmittags: „Die russische Revolution als Problem der Geschichte Rußlands und der Zeitgeschichte“, Leitung Stöckl-Köln, Referate: Neubauer-Heidel-

berg „Das Jahr 1917 in der Geschichte Rußlands“, Geyer-Tübingen „Die russische Revolution 1917 als zeitgeschichtliches Problem“.

Im Rahmen der zweiten Mitgliederversammlung des Verbandes der Historiker Deutschlands am 14. 10. vormittags berichtet Krausnick-München über „Die Arbeit des Instituts für Zeitgeschichte“.

Am 13. 10., 20 Uhr, öffentlicher Vortrag Ritter-Freiburg über „Das Problem

des Verständigungsfriedens 1917 unter Benutzung englischer Akten“.

Schlußvortrag am 14. 10. abends: Erdmann-Kiel „Geschichte, Politik und Pädagogik – aus den Akten des Deutschen Historikerverbandes“.

Anmeldungen sind zu richten an den Verband der Historiker Deutschlands, Schriftführer Professor Dr. Karl Jordan, Kiel, Neue Universität.

NACHRUF

Kurz vor Abschluß des Umbruchs erreichten uns zwei Todesnachrichten.

Am 26. Juni starb *Klaus Epstein*, Professor an der Brown University, vierzigjährig, an den Folgen eines Verkehrsunfalls. Er hat durch sein Erzberger-Buch zur gerechten Würdigung einer Schlüsselfigur und einer wichtigen Übergangsphase der neuesten deutschen Geschichte sehr Wesentliches beigetragen. In seinen Aufsätzen ist er ein Vermittler zwischen Deutschland und Amerika gewesen. Mit besonderem Dank sei hier seine, auch in den VfZ (10, 1962, S. 95 ff.) erschienene, zur Korrektur der Meinungsbildung in USA entscheidende Kritik des Shirer-Buches und die damit verbundene Zurückweisung der Pauschalverurteilung deutscher Geschichte genannt. Aus neueren Arbeiten zur Geschichte des deutschen Konservatismus hat ihn der Tod jäh herausgerissen.

Am 1. Juli ist *Gerhard Ritter*, neunundsiebzigjährig, in Freiburg verstorben. Sein wissenschaftliches Lebenswerk von imponierender Geschlossenheit und Fülle erstreckt sich von Studien zur Spätscholastik über Beiträge zur Reformationsgeschichte, über Biographien Luthers, Friedrichs d. Gr. und des Frhrn. vom Stein bis in die Behandlung zeitgeschichtlicher Themen. Ihnen war Ritter mit besonderer Intensität zugewandt. Er ist an der Gründung des Münchner Instituts beteiligt gewesen und war selbst ein zeitgeschichtlicher Zeuge, dem die Gestapo-Haft nicht erspart geblieben ist. Zur Würdigung derjenigen seiner Bücher, die unsere Leser besonders angehen, fehlt es hier an Raum. Es sei nur verwiesen, auf seine Studien zur „Dämonie der Macht“, die, 1940 zuerst veröffentlicht, ein Beispiel des indirekten Schießverfahrens gegen das Naziregime sind, ferner auf die Biographie Goerdelers und auf das seit 1954 erscheinende große Werk „Staatskunst und Kriegshandwerk“, das insbesondere für die politische Geschichte des ersten Weltkriegs neuen Grund gelegt hat. Den 4. Band, der bis 1918 reicht, konnte Ritter gerade noch im Manuskript vollenden. Mit Gerhard Ritter ist eine große Figur der Geschichtsschreibung von uns gegangen. H. R.

MITARBEITER DIESES HEFTES

Dr. Eugen Gerstenmaier, Präsident des Deutschen Bundestages, Bonn, Bundeshaus.

Dr. Günter Moltmann, ord. Professor f. Mittlere und Neuere Geschichte an der Universität Hamburg, Hamburg 13, Von-Melle-Park 6/IX.

Dr. Ernst Nolte, ord. Professor f. Neuere Geschichte an der Universität Marburg, Wehrda b. Marburg, Unter den Steinbrücken 10.

Dr. Harald Scholtz, wiss. Assistent am Erziehungswissenschaftlichen Institut der FU Berlin, Berlin 15, Pfalzburger Str. 82.